

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: Bräunungslos
Bierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei im Post-
Einzelnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Illustration 10 Pf. Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Nach-
schonement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berufungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das fertige
Wort 20 Pf. (zweifig fertige
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellenangebote und Stellenanzeigen
das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Zusätze
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Liebesgaben.

Wenn sich auch in diesen Zeiten der Teuerung unser Kampf vornehmlich gegen die agrarische Preistreiberer unserer wichtigsten Nahrungsmittel Brot und Fleisch richtet, soll dem Schnapsblock doch der Streich unvergessen bleiben, nach dem er seinen Namen trägt. Zölle haben auch andere Staaten. Aber die niederträchtige Prämierung der Ausfuhr unseres Brotgetreides durch das volksauszungernde Getreide-einfuhrsystem und die Liebesgabenpolitik machen uns andere Staaten doch nicht so leicht nach. Durch die Schnapsgesetzgebung haben sich die Agrarier in lieblichem Bären mit ihren geistigen und geistlichen Brüdern eine Domäne geschaffen, die wirklich in der Welt ihresgleichen sucht. Weit entfernt davon, den Schnapsgegnern einzudämmen zu wollen, erstrebten die Agrarier von jeher nur eine Festigung Preußens als „Zentral-Schnapsfabrik der Welt“, wie Engels es nannte, und eine Füllung der eigenen Taschen mit dem Gelde der Allerärmsten. Während die Junker ihre Zoll- und Einfuhrpolitiken noch durch einige Scheingründe beschönigen und auf gleiche Raubzüge fast aller europäischen Staaten verweisen können, ist die Brandfahung des Volkes durch die Liebesgaben so offensichtlich und ungeheuerlich, daß sie selbst die eigens zum Zweck der Verschleierung getroffenen verwickelten Einzelbestimmungen der letzten Reichsfinanzreform nicht verdeckt werden kann. Und noch unangenehmer als die Bezeichnung „Schwarzblauer Bloß“ ist daher den reaktionären Machthabern das brandmarkende Beiwort „Schnapsbloß“.

Die Geschichte der Schnapsgesetzgebung knüpft sich an den Namen Bismarcks. Er, der damals gerade mit den Junkern auf neue gute Freundschaft geschlossen hatte, setzte im Kartelltag von 1887 die für den Moloch notwendige Erhöhung der Reichseinkommen durch und gewährte ihnen dafür die „Liebesgabe“. Das Wesen der Liebesgabe besteht darin, daß ein begrenzter Teil der Produktion — das Kontingent — mit niedrigeren Verbrauchsabgaben belegt wird als das Ueberkontingent. Wird nun die Begrenzung der Produktion (die Kontingentierung) so gering gewählt, daß der Verbrauch notwendig über das Kontingent hinausgeht und daher die Produktion eines Ueberkontingents hervorgerufen muß, so bestimmt der Preis des Ueberkontingents mit der höheren Verbrauchsabgabe den Preis der Gesamtproduktion.

Es ist nicht möglich, bei dem gleichen Händler kontingentierten Branntwein zu einem niedrigen Preis und nichtkontingentierten zu einem höheren Preis zu kaufen. Denn der Kostenpreis der für den Bedarf noch notwendigen Ware bestimmt den Preis dieser gesamten Warenmenge überhaupt. 1887 wurde nun das Kontingent mit einer Verbrauchsabgabe von 50 Mark pro Hektoliter, das Ueberkontingent mit einer Verbrauchsabgabe von 70 Mark pro Hektoliter belegt. Die Produzenten des kontingentierten Branntweins steckten also für jeden Hektoliter eine Extragabe von 20 Mark ein. Das Kontingent war so bemessen, daß auf jeden Einwohner der süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg drei Liter entfielen, während für Norddeutschland 4 1/2 Liter pro Kopf der Bevölkerung kontingentiert wurden. Die Süddeutschen wurden durch die günstigere Kontingentierung für die Ausbeutungspläne gefördert; doch sind von ihnen weniger große Brenner an dieser Politik interessiert.

Die Verteilung des Kontingents an die einzelnen Schnapsproduzenten ist eine willkürliche. Von den vier Millionen Hektoliter verbrauchten Branntweins waren 2,25 Millionen Hektoliter mit der geringeren Abgabe belegt. Von den anfänglich 40, dann 46 Millionen Mark Liebesgaben streichen die preussischen Brenner allein 33 Millionen Mark und davon die ostelbischen wieder 32 Millionen Mark ein. Die 200 größten Brennereien sind zusammen mit 5 Millionen Mark Liebesgaben beteiligt, die 19 000 kleinsten Brennereien mit zusammen drei Millionen Mark. Gleich große Brennereien erhalten ein ganz verschiedenes Kontingent, dessen Höhe jährlich neu vom Bundesrat bestimmt wird. Einzelne Brennereien streichen allein 35 000 Mark an Liebesgaben ein. Auch eine Reihe von gefürchteten Hauptern finden sich unter den Hauptempfängern.

Außer den Verbrauchsabgaben von 50 bzw. 70 Mark erhob das Reich noch eine Maischraumsteuer (im Maischraum, d. h. großen Bottichen, wird der Branntwein durch Gärung hergestellt) von 1,31 Mark pro Hektoliter. Da aber der Großbetrieb durch technische Verbesserungen den Maischraum produktiv viel besser ausnützen kann als der Kleinbetrieb, verdienten die Großbrenner durch diese Steuer an jedem Hektoliter noch eine zweite Liebesgabe von 4 Mark, auch ein Beitrag zur „Mittelstandspolitik“.

Bei der Reichsfinanzreform plante die Regierung ein Branntweinmonopol. Das Reich sollte den privaten Brennern den Schnaps abkaufen — aber so, daß den Brennern die Liebesgabe von 20 Mark pro Hektoliter verblied — und dann mit einem Aufschlag von 50 Mark wieder verkaufen. Aus politischen Gründen war das Zentrum für diesen Vorschlag aber nicht zu haben und erwarb sich die Zuneigung der ostelbischen Junker dadurch, daß es trotz starker Erhöhung der Verbrauchsabgabe die dauernde Verbehalten der 20 Mark Liebesgabe beantragte.

Seither beträgt die Verbrauchsabgabe für das Kontingent 1,05 Mark, für das Ueberkontingent 1,25 Mark pro Hektoliter. Gleichzeitig wurde die zweite Liebesgabe, die Maischraumsteuer, fallen gelassen. Einen Ersatz fand man für sie aber im Brennerrecht, das durch eine verschiedene Bestimmung des Durchschnittsbrandes und des Ueberbrandes wiederum wie eine Kontingentierung preiserhöhend auf die gesamte Produktion wirkt. Gewerbliche Brennereien sind zu ungunsten der landwirtschaftlichen weiter durch erhöhte Betriebsauslagen schlechter gestellt. Gesehbrennereien müssen außerdem einen weit größeren Teil (65 Proz. ihres Erzeugnisses) vergällen als die übrigen Brennereien, die etwa nur 30 Proz. ihres Durchschnittsbrandes denaturieren. Da aber der denaturierte Branntwein, falls er für seinen Zweck, die Verwendung in der Industrie, noch rentabel bleiben soll, keine Preiserhöhung erträgt, muß der unvergällte Trinkbranntwein alle Kosten tragen. Die kleinen und gewerblichen Brennereien und die Konsumenten werden demnach durch die Liebesgaben schludenden Großagrarien zweifach geschädigt. So kommt es, daß von jedem Liter Trinkbranntwein die Brenner eine Liebesgabe von 14 Pfennig einstecken, während das Reich nur 33 Pfennig Steuern einzieht. Seit der Einführung der Liebesgaben haben die Schnapsbrenner nicht weniger als 1 Milliarde Mark eingesteckt!

An der Arbeiterkassette ist es, einmal den Agrariern diese Liebesgabe, wie sie 1887 von einem Junker selbst in seiner ersten Freude über diesen Extraprofit genannt wurde, durch Herabdrückung des Verbrauchs bis zur Höhe des Kontingents zu schmälern. Denn sobald der Kontingent unter das Kontingent sinkt, erhöht sich der Preis des Branntweins nur um die niedrigere Verbrauchsabgabe. Die 46 Millionen, die jetzt jährlich an Liebesgaben von den Agrariern eingesteckt werden, würden unseren Junkern dann verloren gehen. Mehr aber noch als von der durchaus notwendigen strikten Befolgung des in Leipzig beschlossenen Branntweinbottichs erwartet das Proletariat von der politischen Abrechnung mit dem ganzen System agrarischer Liebesgabenpolitik. Mit der Schnapsabhängigkeit des deutschen Volkes muß endlich Schluss gemacht werden. Es ist einfach eine Niederträchtigkeit, daß die ostelbischen Junker auf Kosten der Ärmsten ausgehalten werden. Der Schnapsbloß hat bei der Finanzreform die Liebesgabe zu verewigen geglaubt. Um die etwa 46 Millionen Mark betragende Schnapsrente zu sichern, haben Konservative, Antikonservative, Polen und Zentrum ihren Bund geschlossen. Die Wahl am 12. Januar muß diesen elenden Schnapshandel zu nichte machen. Den politischen Schnapsbrüdern keine Stimme! Das Ausbeutungssystem der indirekten Steuern, durch das die Bourgeoisie die Staatskosten auf die Besitzlosen abwälzt, würde aber, wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Parteien ginge, noch weiter ausgebaut werden. Die Sozialdemokratie allein vertritt dieses ganze die Volksmassen belastende System der indirekten Steuern und Zölle, von denen die Liebesgabe nur der freilich scheußlichste Auswuchs ist. Deshalb müssen die Stimmen der arbeitenden und besitzlosen Klassen am 12. Januar der Sozialdemokratie gehören.

Zur Reichstagswahl.

Die Wahlbewegung in der Provinz Hannover.

Die Provinz Hannover war von jeher die Hochburg der Nationalliberalen. Zwischen dieser Partei und den Welfen schwankte das Wahlgeld hin und her; bald hatte die eine, bald die andere Partei den größten Teil der 19 Reichstagsmandate der Provinz im Besitz. Nur das Zentrum hat seit 1867 einen sicheren Wahlkreis — Meppen-Lingen — den früher der Abg. Windhorst vertrat. Mit wenigen Ausnahmen errangen auch die Konservativen oder die Reichspartei bei den Wahlen 1 bis 2 Mandate, zweimal holte sich sogar der Freisinn einen Sitz durch Zufallswahlen.

Die Sozialdemokratie hat bisher nur einen einzigen Wahlkreis, Hannover-Linden, erobert. Viermal von 1884 bis 1893 ist uns der Kreis in der Stichwahl zugefallen; seit 1898 siegte die Sozialdemokratie immer im ersten Wahlgange unter fortwährender Steigerung der Stimmzahl. 1894 stimmten in der Stichwahl zwischen unserem Genossen Meister, der 8340 Stimmen erhielt, und dem Welfen Brühl mit 8969 Stimmen, die Nationalliberalen zum größten Teil für Meister, der dann auch mit 12 352 gegen 11 791 Stimmen das Welfen gewählt wurde. Nach dem 1906 erfolgten Tode Meisters glaubten unsere Gegner, uns den Wahlkreis entreißen zu können. In einem beispiellos geführten und vom Reichsverband geleiteten Wahlkampf wurden alle Gebel in Bewegung gesetzt, um zu beweisen, daß der bisherige Sieg der Sozialdemokratie nur der persönlichen Beliebtheit des Genossen Meister zuzuschreiben gewesen sei. Aber alles war nutzlos. Zwar wurden mehr gegnerische Stimmen abgegeben, aber auch die sozialdemokratischen Stimmen nahmen um 2500 zu, um im nächsten Jahre bei den Blockwahlen noch um weitere 4300 auf 36 113 anzusteigen. Die Gegner haben eine gut organisierte und durchgebildete sozialdemokratische Arbeiterkassette vor sich. Infolgedessen haben die Nationalliberalen es für diesmal aufgegeben, noch Geld in diese nutzlose Wahlagitation hineinzustecken. Sie haben Hannover den Freisinnigen überlassen. Diese merkwürdigen Leute reden sich jetzt ein, sie könnten den Kreis von der Sozialdemokratie befreien. Dabei besteht der Freisinn nur aus einem Häuflein Welpenpolitiker, das den Spottnamen: „Klub Eugen Richter“ erhalten hat.

Seit den Wahlen von 1893 ist den Nationalliberalen der Bund der Landwirte zwischen die Beine geschoben. Anfangs hielten die Nationalliberalen sich für völlig immun gegen diese „ostelbische Junkerfauch“. Später wurden sie vom Bund der Landwirte immer mehr in das bündlerische Joch gezwängt. Sie wagten schon bald nicht mehr, stramm liberale Kandidaten selbständig aufzustellen, ohne vorher mit dem Bunde Rücksprache gehalten zu haben. Und 1907 konnten sie der vollständigen Ausschaltung als Mehrheitspartei nur dadurch vorbeugen, daß sie in den Wahlkreisen Emden, Welfen und Harburg auf Kandidaturen verzichteten. Der Wahlkreis Harburg war seit 1867 mit nur einmaliger Unterbrechung in nationalliberalen Besitze. Die Bündler holten auch Harburg und Welfen, nahmen den Nationalliberalen Gesessmünde ab und „reiteten“ durch ihre Zusammengehen mit dem Zentrum auch Hildesheim für sich. Außerdem fiel Goslar der Wirtschaftlichen Vereinigung zu. Die Nationalliberalen bekamen letzten Endes doch noch 9 Mandate, aber 5 davon nur deshalb, weil die Bündler sich verpflichtet hatten, keine Gegenkandidaten aufzustellen. Die Welfen konnten nur ein Mandat von sechs retten.

Inzwischen hat sich die politische Situation wesentlich verändert. Einige strammkonservative Herren sind Regierungspräsidenten geworden — darunter befindet sich auch der Gründer der konservativen Partei in der Provinz — und deren Einfluß ist der konservativen Einbruch bei der Landtagswahl 1908 zuzuschreiben. Nicht weniger als 8 nationalliberale Landtagsmandate gingen dabei verloren. Die Nationalliberalen zogen nun aus Rache nach dem Osten, und damit wurde das Zusammengehen mit dem Bunde der Landwirte für die Nationalliberalen nicht mehr möglich. Die Finanzreform, den schwarzblauen Bloß, alles hätten unsere Nationalliberalen geschluckt, wenn sie nur beim Bunde der Landwirte noch Gnade gefunden hätten; aber Dr. Diederich Hahn erklärte, er werde nicht eher ruhen, als bis der letzte Nationalliberale aus Hannover heraus ist.

In ihrer Herzensangst schlossen die Nationalliberalen mit dem Freisinn ein Bündnis. Der konnte ihnen aber gar nichts bieten, denn das Mandat für Emden behielt er für sich. Schließlich boten die Nationalliberalen den Freisinnigen noch Hannover an unter der Bedingung, daß die Freisinnigen sie in den für sie in Betracht kommenden Wahlkreisen in Ruhe lassen mögen. So wollten die einstigen Beherrscher der Provinz Hannover sich wenigstens diese „Feinde“ vom Leibe halten; doch auch das ist nicht gelungen, denn in Osnabrück und in Goslar betreiben freisinnige Kandidaten trotz der nationalliberalen Heulweierei freisch und munter ihre Agitation.

Die Wahlsituation ist noch nicht völlig geklärt, denn noch sind nicht alle Kandidaten aufgestellt. Im Wahlkreise Einbeck hat der Bund der Landwirte sogar die Welfen ins Vertrauen gezogen und mit ihnen gemeinsam einen Kandidaten aufgestellt. Das Poltern der Liberalen über die nationale Verfallerei läßt die Bündler ganz kalt, da der Zweck ihrer Taktik ist, hier die Nationalliberalen aus der Stichwahl herauszubringen.

Der größte Gegner erwacht den Nationalliberalen aber in der Sozialdemokratie. Doch wir bei dieser Reichstagswahl wie seit 1894 nur ein einziges Mandat bekommen, erscheint geradezu ausgeschlossen. Es nützt nichts, zu prognostizieren; aber doch wir Kreise erobern können, die jetzt nationalliberal vertreten sind, steht fest. Und was das wichtigste ist: in verschiedenen Wahlkreisen — auch nationalliberal vertretenen — werden wir durch Stimmengewinn in die Stichwahl kommen und dadurch die Nationalliberalen aus der Stichwahl herausdrängen können. Darauf läuft freilich auch die zielbewusste Politik Dr. Diederich Hahns hinaus, der schon vor einem Jahre im preussischen Abgeordnetenshaus verführte: In der Provinz Hannover wird derjenige gewählt, der mit einem Sozialdemokraten in Stichwahl kommt. Er kennt die hannoverschen Kämpen gegen den schwarzblauen Bloß zu genau, als daß er ihnen nicht zutrauen könnte, daß sie Schlepenträger der Junker werden. Und um Hahn in seinen Erwartungen zu bestärken, erklären einige Nationalliberale schon jetzt aufdringlich, daß sie in der Stichwahl die Schwarzblauen herausziehen wollen. Dafür werden sie auch vom Bunde der Landwirte noch Noten durchgeschickt, damit sie um so williger Stichwahlhilfe leisten. Sie bereiten diese Lage selbst vor, indem sie die Sozialdemokratie mit allen Mitteln bekämpfen. Die alberne Phrase des Herrn Lehmann: „Der Feind steht links, der Gegner rechts“, ist für unsere Liberalen ein Dogma geworden. Am Grabe ihrer Partei überschauen sie ganz, daß der Gegner „auf Gange“ geht.

Die Sozialdemokratie ist gerüstet. Sie kann mit größter Zuversicht dem 12. Januar entgegensehen.

Offener Brief an Herrn Kaempf.

Der Demokratische Wahlausschuß des ersten Berliner Reichstagswahlkreises hat an den von der Fortschrittlichen Volkspartei in diesem Kreise wieder aufgestellten Kandidaten Herrn Johannes Kaempf folgenden offenen Brief gerichtet:
Berlin, den 12. Dezember 1911.

Offener Brief!

An den Reichstagskandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei für Berlin I.

Herrn Johannes Kaempf, Berlin.

Sehr geehrter Herr!

Sie waren im Deutschen Reichstag Vertreter des I. Berliner Reichstagswahlkreises. Sie waren gewählt als Mitglied einer Partei, die sich „Volkspartei“ nennt, und Sie behaupten, immer nur das Wohl der Allgemeinheit und nicht die Interessen eines begrenzten Kreises vertreten zu haben. Sie waren gewählt durch das allgemeine, gleiche Stimmrecht und wollen durch dieses wiedergewählt werden.

Ist das die Wahrheit, so sind Sie verpflichtet, auch der Allgemeinheit in voller Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen über

Ihre bis hergeiges Wirken und klare, rückhaltlose Auskunft zu geben über die Grundsätze, nach denen Sie im Falle Ihrer Wiederwahl Ihre fernere Wirksamkeit im Deutschen Reichstage einzurichten gedenken!

Bisher war es uns nicht möglich, von Ihnen Auge in Auge die eines Mannes, vor allem jedes Volksmannes würdigen klaren und bündigen Antworten zu erhalten.

Zu Ihren Wählerversammlungen werden nur Ihre Anhänger eingeladen, d. h. ein begrenzter Kreis von Wählern, auf deren Vertretung Sie sich angeblich nicht beschränken wollen.

In Ihren Versammlungen wird entgegen den Grundsätzen Ihres Parteiprogramms Redefreiheit nicht gewährt und damit die Äußerung jeder gegenteiligen Ansicht rücksichtslos unterbunden. Das wissen Sie! Denn Sie waren stets Zeuge dieser Vorfälle und haben sie stillschweigend gebilligt! Damit Sie auch abweichende Meinungen der Bürgerschaft hören und zu ihnen Stellung nehmen können, haben wir Sie unter Zusage vollster Redefreiheit in eine von uns einberufene Wählerversammlung eingeladen! Sie sind nicht gekommen!

Jetzt fragen wir Sie auf diesem Wege: wollen Sie dafür sorgen, daß in Ihren Wählerversammlungen volle Redefreiheit genährt wird? Oder — wenn Sie das nicht können — sind Sie bereit, in einer von uns einberufenen Wählerversammlung aufzufordern zu sein, die Ausführungen unserer Redner anzuhören und zu beantworten?

Wir erwarten Ihre Antwort bis zum 10. d. Mts. Bleibt dieselbe bis dahin aus, dann: keine Antwort ist auch eine Antwort!

Hochachtungsvoll

Demokratischer Wahlausschuß Berlin I.

Gescheitertes Wahlkompromiß.

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen in Hessen sind, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, gescheitert.

Konservative und Nationalliberale.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift, in der heftig Einspruch erhoben wird gegen konservative Verständigung mit Nationalliberalen:

Nach Zeitungsnachrichten mehrten sich die Fälle, in denen die konservative Partei zugunsten der Liberalen, insbesondere der Nationalliberalen, auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet oder bereits aufgestellte Kandidaturen zurückgezogen hat, so in Dresden, in einer Reihe von hiesigen Wahlkreisen, Brandenburg-Westhavelland, Sorau-Fork u. a. mehr. Diese an sich rühmtenwerthe patriotische Selbstverleugung ist aber geeignet, die konservativen Gesamtinteressen und — bei der jetzigen Unzuverlässigkeit aller Liberalen gegenüber der Sozialdemokratie — auch allgemeine vaterländische Interessen zu schädigen.

Wehr freilich als die „vaterländischen“ Interessen liegen dem Wähler die konservativen Wahlinteressen am Herzen; von diesem Standpunkt aus vollständig er nicht unrichtig, wenn er schreibt:

Jeder mit konservativer Hilfe schon in der Hauptwahl erfochtene Sieg der Liberalen verschlechtert die Wahlaussichten der Konservativen, da angesichts der parteipolitischen do-ut-des-Politik der liberalen Gruppen diesen die Hilfe der Sozialdemokratie wertvoller erscheinen kann, als die der Rechtsparteien, wenn sie auf letztere seltener, als auf die Genossen vom rotschwarzen Block angewiesen wird. . . Soll der Konservatismus im kommenden Wahlkampf nicht unbeschädigen Schaden leiden, so können nur die schwerwiegendsten Gründe einen Verzicht auf eine eigene Kandidatur rechtfertigen. Grundsätzlich dürfen aber die direkten und indirekten Helfershelfer der Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen jedenfalls keine konservativen Stimmen erhalten.

Bei den Stichwahlen fallen diese „Grundsätze“ weg, da entscheidet der Preis, den die Nationalliberalen zu bieten haben, über die Frage, inwieweit sich die Konservativen mit den Nationalliberalen zusammensuchen.

Abgeordneter Müller-Gulda.

Aus dem Zentrumslager wird gemeldet: Der Abg. Müller-Gulda hat sich trotz seiner früheren Versicherung, nicht wieder kandidieren zu wollen, doch wieder für Gulda-Schlüchtern aufstellen lassen. — Es ist nicht das erstemal — so bemerkt die „Köln. Zig.“ zu dieser Notiz —, daß dieser Zentrumsführer sich zunächst weigert, wieder eine Kandidatur zu übernehmen und dann sich doch wieder wählen läßt.

Der Leberkönig von Worms.

Freiherr von Schil wollte ebenfalls, wie er verbreiten ließ, nicht mehr in seinem bisherigen Wahlkreis kandidieren. Wie berichtet wird, hat er sich aber entschlossen, doch wieder die Kandidatur zum Reichstage für den Wahlkreis Worms anzunehmen.

Die Freie Volksbühne unter Zensur!

Die an Triumpfen so reiche Aera des noch immer amtierenden Berliner Polizeipräsidenten ist durch einen neuen Sieg verklärt; Jagow, der große Krieger, kann seinen Wigwam mit einem frischen Stolz schmücken und seinem geringen Ein in aller Welt angeeignetes Bildungsinstitut der Berliner organisierten Arbeiterschaft, die Freie Volksbühne, ist gegen ihn im Kampfe vor dem Oberverwaltungsgericht unterlegen, der Zensur botmäßig gemacht!

Wir haben schon gestern das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Kürze wiedergegeben, das die Rechtsgültigkeit des berüchtigten Jagow'schen Zensurverlases mit Siegel und Unterschrift bekräftigt. Das siebzehn Seiten starke enggeschriebene Dokument wird seinen dauernden Platz in der Geschichte unserer preussischen Kultur beanspruchen dürfen. Mit Staunen werden spätere Zeiten aus ihm erfahren, wie viel juristische Scharfsinn und gründliche Gewissenhaftigkeit daran gebraucht worden sind, einem Verein, dessen gegenwärtige Tätigkeit von allen Seiten anerkannt wird, seine alten, seit vielen Jahren unangefochtenen Freiheitsrechte abzuschneiden.

Für die Mehrzahl der Gebildeten, die dem Verein in seinem Kampfe ihre volle Sympathie ausgesprochen haben, und für den gesunden Menschenverstand handelt es sich um die einfache Frage, ob irgend ein Grund vorlag, der Freien Volksbühne ein erlassenes Recht zu entziehen, das sie, nach dem Erkenntnis ihre Gegner, niemals mißbraucht hat. Und es handelt sich für sie weiter um die Frage, ob es im reichshauptstädtischen Kunstleben nicht einen Platz geben soll, der vor den Ein- und Uebergriffen einer nicht sachverständigen Zensurbehörde hinreichend geschützt ist. Gingen hätte das Oberverwaltungsgericht nur zu untersuchen, ob die Freie Volksbühne als „ein in sich abgeschlossener, bestimmt abgegrenzter Kreis innerlich untereinander verbundener Personen“ zu betrachten ist. Diese knifflige Definition stammt aus der Zensurverordnung vom Jahre 1850 und hat, wie alle polizeilichen Begriffsbestimmungen, die angenehme Eigenschaft, sich nach Belieben pressen oder dehnen zu lassen. Was ist ein „geschlossener bestimmt abgegrenzter Kreis“? Was sind „innerlich mit einander verbundene Personen“? Einem tüchtigen Verwaltungsjuristen kann es nicht schwer fallen nachzuweisen, daß es „innerlich“ mit einander verbundene Personen über-

haupt nicht gibt, abgesehen etwa von den flammenden Zwillingen oder den Schwestern Plakbel.

Die Freie Volksbühne ist ein alter festorganisierter Verein, der sich von seiner Gründung bis zum Jahre 1896 und von da, nach seiner Auflösung und Neukonstituierung, bis zum Jahre 1910 der Zensurfreiheit erfreuen durfte. Jetzt aber ist ihr nachgewiesen, daß sie „ein in sich abgeschlossener, bestimmt abgegrenzter Kreis innerlich mit einander verbundener Personen“ nicht ist, und daß sie daher von jetzt ab bis auf weiteres nur solche Stücke aufführen darf, die der Zensur ihr erlaubt.

Es wird Sache der Organisation selbst sein zu prüfen, ob und wie weit sie sich den ihr verloren gegangenen Charakter eines „Kreises von usw.“ wieder zu geben vermag. Sie hat sich im Jahre 1896 durch eine entsprechende Statutenänderung eine vierzehnjährige Ruhe vor behördlichen Schikanen zu sichern vermocht, vielleicht gelingt es ihr, auf ähnliche Weise ihre alten Rechte in eine kommende bessere Zeit hinüberzueretten, in der es selbst in Preußen keinen Zensur mehr geben wird.

Einstweilen hat das Oberverwaltungsgericht festgestellt, daß sich eine Berliner Arbeiterorganisation viele Jahre lang einer Freiheitsrechte erfreut hat, das ihr im Sinne einer höheren polizeilichen Gerechtigkeit gar nicht zustand. Wer hätte gedacht, daß dergleichen möglich sei? Man hatte geglaubt, die Köhler und Hammerstein, die Meerwein-Güllessem und Windheim seien Leute gewesen, die sich auf ihr Geschäft verstanden, jetzt sind sie als Stümper entlarvt, da sie sich die Freie Volksbühne durch die Finger gleiten ließen. Ein Stärkerer mühte kommen, um sich auch diese letzte freie Geistesprovinz untertan zu machen. Die Freie Volksbühne ist nicht mehr frei! In Berlin herrscht Ordnung und — Jagow!

Der Krieg.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 12. Dezember. Die Agenzia Stefani meldet aus Tripolis von gestern vormittag 11 Uhr: Nachrichten aus dem türkischen Lager besagen, daß einige Araberhäuptlinge die Türken dazu nötigen wollen, den Krieg fortzusetzen. Die Araber beschuldigen die Türken, sie verkauft zu haben, und drohen ihnen, sie zu verlassen, wenn sie den Krieg nicht fortsetzen. Erkennungszeichen wurden bis 16 Kilometer von Sirta auf der Südsüdost- und Südwestfront ausgeführt, doch wurde vom Feinde keine Spur gefunden. In Sirta ist alles ruhig. Die Hospitalschiffe „Regina Margherita“ und „Menfi“ sind hier angekommen. — Von gestern abend um 11 Uhr wird aus Tripolis gemeldet: Kavallerie unternahm heute vormittag von Sirta aus eine Erkundung in südwestlicher Richtung, stieß dabei auf einige kleine Abteilungen von Arabern, die nach Tarhuna marschierten. Einige von diesen feuerten aus großer Entfernung verschwand aber, als sie verfolgt wurden, in den Dünen und Wäldern.

Paris, 12. Dezember. Aus Tunis wird gemeldet: Türkische Offiziere, die in einem Automobil die tunesisch-tripolitanische Grenze in der Nähe von Gabes zu überschreiten versucht hatten, wurden bei Ben Guerdan angehalten. Die Offiziere werden nach Frankreich gebracht und dort interniert werden.

Kämpfe bei Benghasi.

Rom, 12. Dezember. Die Agenzia Stefani meldet aus Benghasi: In der Nacht vom 10. zum 11. Dezember griff der Feind heftig einen Teil der vorgeschobenen italienischen Stellungen an, wurde aber nach kurzem, heftigem Kampfe zurückgeworfen durch einen von dem 3. Bataillon des 79. Infanterieregiments glänzend durchgeführten Bajonettsangriff. Die Verluste des Feindes betragen 38 Tote, die auf dem Kampffelde liegen gelassen wurden, und außerdem zahlreiche Tote und Verwundete, die unter dem Schutze der Nacht fortgeschafft wurden. Die italienischen Verluste beliefen sich auf drei Tote und zwölf Verwundete.

Keine Ausweisung der Italiener aus der Türkei.

Konstantinopel, 12. Dezember. (Telegramm des Wiener A. N. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Nachrichten aus Smyrna bestätigen, daß die Ausweisung der Italiener aus dieser Stadt zurückgezogen worden ist, weil es sich dabei um eine falsche Auslegung des betreffenden Auftrages durch die Lokalbehörden gehandelt hat.

Sperrung der tunesischen Grenze.

Konstantinopel, 12. Dezember. Frankreich hat die tunesische Grenze definitiv gesperrt. Das bedeutet einen ziemlichen Schlag für die türkische Verteidigung. Die wichtigen Kameltransporte mit Proviant und Munition nach Delikat sollen bereits ausgehört haben. Hauptsächlich machte sich im türkischen Hauptquartier in Djebel das Wegbleiben der Munitionsnachschube unangenehm fühlbar. Einige zwanzig Offiziere, welche von Konstantinopel nach Tripolis abgingen, wurden wieder zurückberufen, da im Gegensatz zur bisherigen Praxis auch dem Uebertritt einzelner Offiziere in Zibilligkeit seitens der tunesischen Grenzbehörden ein Veto entgegengelegt wird.

Schensliedkeiten.

Rom, 12. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) Wie General Canova der Regierung meldet, wurden bei einer Erkundung am 10. Dezember in einem Hause bei Amruh im Osten der Oase vier menschliche Augen angehängt gefunden. Es handele sich offenbar um ein Nachspiel der Grausamkeiten, die an den italienischen Soldaten verübt wurden.

Die Kreisafrage.

Athen, 12. Dezember. Die revolutionären Kretischen Deputierten Hadjistichanis, Michalidis und Cephalonnis erklärten gestern dem Konsul in Ranea, der Uebergangszustand der Lage, in dem sich seit langer Zeit die Bevölkerung der Insel befinde, nehme den Behörden und der kretischen Regierung ihr ganzes Ansehen. Das kretische Volk fange an, in der unbestimmten Erwartung einer den Wünschen des Volkes entsprechenden Regelung des politischen Regimes, die Geduld zu verlieren. Die Konsuln sollen Anweisung erhalten haben, alle notwendig werdenden Maßnahmen anzuwenden, um die Abgeordneten von der Reise nach Athen zurückzuhalten. Eine Versammlung der Revolutionäre beschloß, gegen die von Griechenland getroffenen Quarantänemaßregeln zu protestieren.

Die Revolution in China.

Die Friedensverhandlungen.

London, 12. Dezember. Wie aus Peking gemeldet wird, hat gestern die erste Sitzung des Friedensauschusses stattgefunden. In japanischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Delegierten der Republik der Monarchie vorziehen werden. Die Republikaner setzen ihre eifrige Tätigkeit fort, und man schreibt ihnen die Absicht zu, eine neue, wichtige Operationsbasis in Chuning zu gründen, von wo aus sie die Eisenbahn und den großen Kanal beherrschen.

Juanfiskais Haltung.

Peking, 12. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Verantwortung eines Telegramms, in dem Hwangfong, der frühere Führer der Aufständischen in Wutschang, Juanfiskai die Präsidentschaft der Republik angeboten hatte, erklärte er sich mit den Aufständischen vereinigen zu wollen, erklärte Juanfiskai, daß die fremden Regierungen die Republik niemals anerkennen würden.

Neue Kämpfe trotz des Waffenstillstandes.

Peking, 12. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Trotz des Waffenstillstandes haben rundum Schibiatfchwang weitere Gefechte stattgefunden, die zugunsten der Kaiserlichen ausfielen. Die Rochhut Tschangshun ist in der Nähe von Fukau so gut wie vernichtet worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember 1911.

Ungeheuliche politische Agitation im deutschen Heer.

Politische Propaganda im Heer ist bekanntlich verboten. Unsommer Aufsicht dürfte folgendes Rundschreiben erregen, das zu veröffentlichen uns ein gültiges Geschick in die Lage versetzt hat:

Friedrich Braumann,

Hauptmann d. R.

Magdeburg, den 24. November 1911.

An das königliche Kommando des

Dem königlichen Kommando

erlaube ich mir mit ausdrücklicher Genehmigung des königlichen Kriegsministeriums die beigelegte Schrift

„Der Ruhen des Heerwesens für die Deutsche Volkswirtschaft“

ganz gehorsamt zu überreichen.

Der Zweck des Heftchens ist, der immer gefährlicher auftretenden antimilitaristischen Propaganda wirksam entgegenzutreten und das Uebel an der Wurzel zu fassen. Die antimilitaristische Propaganda gewinnt dadurch am meisten Boden auch bei sonst gut patriotischen Männern, daß sie die wirtschaftlichen Verhältnisse weilt. Sie schreut die urteilslose Menge mit Anführung der großen Summen, die unser Heereetat allerdings erfordert und findet nur zu leicht Glauben mit der falschen Behauptung, daß angesichts so vielen Geldes Millionen für das Heer nutzlos vergeudet und wichtigen kulturellen und sozialen Zwecken entzogen würden. Demgegenüber will die beigelegte Schrift in überzeugender und auch für den einfachen Mann leicht verständlicher Form den Nachweis führen, daß die Ausgaben für das Heerwesen nicht nur nicht weggeworfen sind, sondern geradezu segensreich für die deutsche Volkswirtschaft sind.

Diese Uebersetzung muß in die breite Masse unseres Volkes hineingebracht werden. Am ehesten wird der Zweck erreicht, wenn jeder Soldat ein solches Heftchen erhält, und wenn der Inhalt der Ausführungen mit zum Gegenstand des Offiziersunterrichts gemacht wird. Wenn das geschieht, der Mann durch seinen Offizier über die volkswirtschaftlichen Vorteile des Heeres aufgeklärt wird, und dann noch die Verbreitung gedruckt in seinen Händen liegt, dann dürfte das antimilitaristische Demagogentum später einen Boden vorfinden, in den es vergeblich seinen Gedanken einzugraben suchen wird. Die Schrift kann aber um deswillen jedem Soldaten ruhig in die Hand gegeben werden, weil jede politische Anspielung darin unterblieben und die Verbreitung streng sachlich volkswirtschaftlich geführt ist.

Auf Empfehlung des kgl. Kriegsministeriums lege ich nunmehr die Schrift dem kgl. Kommando vor mit der gehorsamsten Bitte, dem unterstellten Truppenteil eine möglichst ausgedehnte Beschaffung des Heftchens anheimzugeben. Der ungeheuren Wälderarbeit der antimilitaristischen Propaganda kann wirksam nur durch eine ebenso ausgedehnte großzügige Aufklärungsarbeit von seiten der Armee entgegengetrieben werden.

Der Preis des Heftchens in praktischem blauen Kartonumschlag beträgt 15 Pf. Bei Bestellung von 50 Exemplaren für jede Batterie, Kompanie, Eskadron und mehr ermäßigt sich der Preis auf 12 Pf. Die Bestellung erbitte ich gehorsamt an meine Adresse, Magdeburg, Gartenstr. 30. — Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung ganz ergebens!

Friedr. Braumann,

Hauptmann d. R. des 6. bad. Inf.-Reg., Kais. Friedr. III. Nr. 114.

Herr Friedrich Braumann ist Generalsekretär der nationalliberalen Partei für die Provinz Sachsen. Er weiß genau, wie man zwischen den Zeilen seines Rundschreibens lesen kann, daß politische Agitation im Heere verboten ist. Das weiß auch der Kriegsminister. Trotzdem unternimmt Braumann eine solche politische Agitation im Heere, und zwar allergrößten Stils, und der Kriegsminister, ein Mitglied der Regierung, die über die Beachtung der Befehle wachen soll, genehmigt sie. Beide dürften kaum im Zweifel darüber sein, daß die Broschüre hochpolitischen Inhalts ist, wenn auch angeblich „jede politische Anspielung darin unterblieben“ sein soll.

War hat sich Herr Braumann bemüht — er mußte wohl oder übel sehr vorsichtig sein — polemische Wendungen soviel wie möglich zu vermeiden. Ganz ist ihm das aber nicht gelungen. So heißt es z. B. auf Seite 7 der Broschüre:

„Die Gegner des Militarismus behaupten, daß zwischen 40 bis 50 Proz. der Gesamtausgaben des Reiches für Heer und Marine ausgegeben würden und daß für alle übrigen Aufgaben des Reiches, besonders für Bildungszwecke, so gut wie nichts geläße. Das ist eine grobe Täuschung!“

Ist das nicht etwa eine agitatorische Wendung? Und ist es nicht politische Polemik, wenn es auf Seite 12 heißt:

„Trotzdem gibt es Schwärmer, die glauben, man könne alle Kriege vermeiden und die Streitigkeiten der Völker durch Schiedsgerichtspräsidenten aus der Welt schaffen.“

Doch der Zitate bedarf es gar nicht. Allein der Titel der Schrift läßt die Broschüre als eine politische erkennen und mehr noch der in dem Rundschreiben mit aller Deutlichkeit angegebene Zweck, der mit ihr erreicht werden soll. Die Schrift soll eine politische Streitschrift sein und ist eine solche! Wer noch daran zweifelt, den erinnern wir an die

Sätze, mit denen dieser Tage schon die bürgerliche Presse das Erscheinen der Broschüre ankündigt: „Bei den maßlosen Angriffen der Sozialdemokratie auf den Militarismus dürfte eine 32 Seiten starke neue Flugchrift, betitelt „Der Nutzen des Heereswesens für die deutsche Volkswirtschaft“ von Friedr. Braunmann, Hauptmann der Reserve, als geeignete Waffe für den Reichstagswahlkampf willkommen sein.“

Der Beweis ist schlüssig, und alles Abstreiten, das ja nicht ausbleiben wird, vergebens: Die Schrift ist eine politische Schrift und der nationalliberale Parteisekretär Braunmann hat ungeschicklicherweise eine politische Agitation im Heere entfacht, zu der der preussische Kriegsminister trotzdem seine Zustimmung gegeben hat. Ohne die kriegsministerielle Zustimmung hätte der Plan nicht zur Ausführung kommen können. Der Kriegsminister hat die ungeschickliche Handlung überhaupt erst ermöglicht. Hunderttausende von Exemplaren der Broschüre haben Eingang in die Kasernen gefunden oder werden in den nächsten Wochen Eingang finden.

Wird die preussische Regierung den Kriegsminister zwingen, gegen die politische Agitation im Heere einzuschreiten?

Nieder mit dem Koalitionsrecht!

Dresden, 11. Dezember.

Die Verhandlungen, die am Montagmorgen bis spät abends in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages über die Frage des Arbeitswilligensgesetzes geführt wurden, dürften wegen der von der Regierung abgegebenen Erklärung in weitesten Kreisen des deutschen Volkes Aufsehen erregen und besonders die Arbeiter zu schärfster Opposition gegen die schwarzen Pläne des Unternehmertums aufheitzen.

Die Konservativen brachten gleich zu Beginn des Landtages einen Antrag ein, der die Regierung veranlassen sollte, im Bundesrat für eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen Streikende, oder wie man sich ausdrückt, gegen den „Terrorismus“ der modernen Gewerkschaften Sorge zu tragen. Und da die Nationalliberalen auch mit dabei sein wollten, brachten sie nachträglich eine Interpellation ein, die den gleichen Zweck verfolgte. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte nun den Streik um und fragte die Regierung: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter in Sachsen sicher zu stellen?“

Der Antrag und beide Interpellationen wurden heute gemeinsam verhandelt. Die Erörterungen selbst boten nichts Bemerkenswertes, soweit die Vertreter der bürgerlichen Parteien zum Wort kamen. Wunders konnte man sich höchstens über die lendenlahme Begründung. Die Herren waren nämlich in Verlegenheit, mit einwandfreiem Tatsachenmaterial ihr Vorhaben zu rechtfertigen. Sehr bald ergaben sich die von ihnen angeführten wenigen Einzelfälle als Schwänkel, der längst als solcher durch Gerichtsurteile oder Nichtigstellungen nachgewiesen ist. Bemerkenswert ist, daß auch der Redner der Freisinnigen in die Kerbe der Scharfmacher fiel. Konservativ und Nationalliberal waren selbstverständlich in ihren Absichten ein Herz und eine Seele.

Mit gutem Material ausgerüstet gingen unsere Redner den bürgerlichen Scharfmachern zu Leibe und alle im Saale Anwesenden werden sicher das Gefühl gehabt haben, daß unserer Partei mit diesem Vorstoß unerschütterlich ein unschätzbare Dienst jezt vor den Wahlen geleistet worden ist, indem den Arbeitern die Augen über die Absichten der bestehenden Klasse in bezug auf das Koalitionsrecht geöffnet worden sind. Und mit Recht konnte einer unserer Redner verkündigen, daß wir die wichtigsten Teile der Ministerantwort in Form eines Wahlflugblattes unter den Arbeitern verteilen würden.

Zufällig liegt in dieser Ankündigung keine Übertreibung, denn der Minister des Innern, Graf Bismarck, brachte von neuem den Beweis, daß sich die sächsische Regierung ganz und gar als Ausschuß der bestehenden Klasse fühlt und der Verdacht der „Deutschen Tageszeitung“, daß sie in neuerer Zeit etwa arbeiterfreundlich geworden sei, nicht länger das Herz der Scharfmacher aller Grade zu beschweren braucht, denn der Minister gab die klare und ungewöhnliche Erklärung ab, daß die sächsische Regierung dem konservativen Antrage entsprechen und bei der Reichsregierung einen größeren Schutz der Arbeitswilligen beschwören werde.

Auf sozialdemokratischer Seite entfesselte diese Erklärung einen Sturm der Entrüstung, während die konservativ-nationalliberale Mehrheit demonstrativ Drabs schrie. Nach 6 1/2 stündiger Debatte, in der drei unserer Redner zum Worte kamen, stellten die Gegner Antrag auf Schluß, der gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde, während ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Schlußberatung und namentliche Abstimmung abgelehnt wurde. Es waren noch 19 Redner gemeldet, und unsere Genossen erklärten, daß sie mit Bedauern die Debatte über den wichtigen Gegenstand fortzusetzen gewillt seien, auch wenn sie bis spät in die Nacht gehen oder am anderen Tage weitergeführt werden sollte. Doch der Mehrheit schien die Lust dazu gründlich vergangen zu sein, deshalb machte sie dem für sie so grausamen Spiel ein Ende.

Der konservative Antrag wurde an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen. Wenn er von dort wieder ans Plenum kommt, kann der Tanz von neuem beginnen.

Keine neue preussische Wahlrechtsvorlage.

Verschiedentlich ist in der letzten Zeit von liberalen Vätern die Frage gestellt worden, ob die Regierung in der nächsten Session des preussischen Landtages eine neue Wahlrechtsvorlage einbringen werde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt folgende Antwort:

„Wir möchten demgegenüber nur darauf hinweisen, daß die Regierung nach dem Scheitern der ersten Vorlage erklärt hat, sie werde dem gegenwärtigen Landtage einen neuen Wahlrechtsentwurf nicht vorlegen, weil bei seiner Zusammenkunft die Annahme einer Vorlage, die den Wünschen und Anschauungen der Regierung entspreche, doch als ausgeschlossen erscheinen müsse. Seitdem ist nicht das geringste eingetreten, was zu einer Veränderung dieses Standpunktes Anlaß geben könnte; und wir glauben mit aller Bestimmtheit aussprechen zu können, daß an seiner maßgebenden Stelle der Plan erwogen wird, dem gegenwärtigen Landtage eine neue Wahlrechtsvorlage zu machen.“

Die Broschüre mit dem sozialdemokratischen Kaiserhoh.

Kurzest enträufelt sich die bürgerliche Presse über sozialdemokratische Denksätze. Diese Unanständigkeit soll darin liegen, daß in einem Handbuche für Vereinsvorstände und Vereinsmitglieder der sozialdemokratische Verlag der Sächsischen Volksbuchhandlung in München den Leitern einer Versammlung empfiehlt, „wo es angebracht ist“, die Versammlung mit einem „Hoh auf den Kaiser, den Landesherren oder sonstigen Protettor zu eröffnen.“

Wir wandten uns in dieser Angelegenheit an den Münchener Verlag und haben folgendes erfahren:

Vor etwa zwei Jahren wurde der Verlag, wie es im Buchhandel alle Tage geschieht, auf ein Inserat aufmerksam, das die erwähnte, im Verlage von Otto Friedrich in Nizdorf erschienene Broschüre empfahl. Bei dieser Firma aber handelte es sich um einen sogenannten Fofalverlag, und der Eigentümerversorger war, wie auch die letzte Seite der vier Vogen starken Broschüre erkennen läßt, die Firma Sieghart Scheuerpfel in Leipzig.

Unser Münchener Parteiverlag prüfte die Broschüre oberflächlich, ließ sich eine Offerte kommen und gab dann beim Leipziger Verleger 100 Exemplare auf, die mit dem Aufdruck der Münchener Firma abgedruckt wurden.

Es handelt sich also nicht um einen Verlagsartikel der Sächsischen Volksbuchhandlung, sondern um nichts als eine Sortimentsbestellung. Die hundert Exemplare sind verkauft, eine Nachbestellung erfolgte selbstverständlich nicht, und die Broschüre wäre längst vergessen, wenn nicht nachträglich irgendwer das „sozialdemokratische Kaiserhoh“ entdeckt und es an die bürgerliche Presse verhölet hätte.

Die persische Krise.

Afshabad, 12. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Lage in der persischen Provinz Chorasan verfinstert sich zusehends. Die Unsicherheit auf den Verkehrswegen wächst. In der Hauptstadt Meshed agitiert eine große Zahl kaufmännischer Auswanderer gegen die Ausländer. In einer in der Moschee abgehaltenen Versammlung wurde offen zum Kampfe gegen die Ungläubigen aufgerufen. Nachher wurden dem Staat gehörende Gewehre an das Volk verteilt. Ein Geheimkomitee organisiert Ueberfälle auf russische Einrichtungen und russische Untertanen.

Die Anstellung von Ausländern.

London, 11. Dezember. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte ein Regierungsvertreter im Namen des Staatssekretärs Gresh auf eine Anfrage wegen der zukünftigen Besetzung persischer Amtsstellen mit Fremden, Auflandsförderung sei, daß Persien keine Fremden anstellen solle, ohne vorher die Zustimmung der englischen und der russischen Gesandtschaft einzuholen. Von Interessentengruppen sei in der Forderung nichts erwähnt. Die englische Regierung sei von der Absicht Rußlands, diese Forderung zu stellen, vorher in Kenntnis gesetzt worden und habe ihr zugestimmt, aber sie sei nicht gebeten worden, diese Forderung zu unterstützen. Die Praxis sei bisher gewesen, daß die beiden Regierungen über die Berufung von Fremden in amtliche Stellen befragt worden seien.

Die Verhandlungen mit Rußland.

London, 12. Dezember. Wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, nehmen die Verhandlungen in Teheran mit dem russischen Gesandten Prokowski über eine Abänderung des zweiten Artikels des Ultimatums ihren Fortgang. Der Artikel betrifft die Ernennung auswärtiger Ratgeber durch Persien, das hierbei England und Rußland um Rat zu fragen habe. Rußland hat Persien bereits mitgeteilt, daß es bei aller Wahrung der eigenen Interessen die Erfüllung der russischen Forderungen so leicht als möglich zu gestalten wünsche, und die Hoffnung ausdrückt, daß kein unangenehmer Zwischenfall die Lage verändern werde, die eine baldige und befriedigende Beilegung verspreche. Dem Versprechen nach würden die gegenwärtigen Verhandlungen keinen Fortschritt bedeuten, wenn nicht Rußland bereits die Zustimmung hätte, daß seine Forderungen betreffend den Generalkonventionen erfüllt werden sollen.

Frankreich.

Das Marokkoabkommen.

Paris, 12. Dezember. Die Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Erörterung des deutsch-französischen Abkommens in der Kammer am 14. Dezember ihren Anfang nimmt, aber zur Bedingung gemacht, daß alle Nachmittags-sitzungen hierfür bestimmt werden, während die Vormittags-sitzungen für die Beratung des Budgets verwendet werden sollen. Es wird bestätigt, daß die Regierung in die Abtrennung der Interpellationen unter der Bedingung eingewilligt hat, daß diese bis zur Abstimmung des Senats über das Abkommen vertagt werden. Die Regierung wird über diesen Punkt die Vertrauensfrage stellen. Der Ministerpräsident Caillaux und Minister de Selvas werden, wie angenommen wird, nicht vor Montag sprechen. Die Debatte wird vier bis fünf Tage dauern.

England.

Das Versicherungsgesetz.

London, 11. Dezember. Oberhaus. Kriegsminister Haldane beantragte heute die zweite Lesung der Versicherungsbill. Lord Lansdowne sprach sich im Prinzip für die Vorlage aus, läßt aber strenge Kritik an verschiedenen Einzelbestimmungen des Entwurfs. Er empfahl dem Hause schließlich, die Bill anzunehmen, lehnte aber zugleich jede Verantwortlichkeit für einzelne Bestimmungen ab, die nach seiner Meinung Ungerechtigkeiten enthalten oder zu weit gingen. Seinem Antrage entsprechend wurde die zweite Lesung der Bill einstimmig angenommen.

Eine Rede des Admirals Bercsford.

London, 12. Dezember. Lord Charles Bercsford hielt gestern abend in Leicester eine Rede, in der er sich gegen die wegen seiner letzten Bemerkungen über die Flotte erhobenen Angriffe wandte und schätzlich sagte: Ich habe nicht ein, weshalb wir nicht mit Deutschland zu einer Verständigung gelangen sollten. (Lauter Beifall.) Aber wir können zu keiner Verständigung mit Deutschland kommen, wenn wir nicht offen, ehrlich und furchtlos, ohne jede Ueberhebung und ohne dikatorische Annahme, freimütig und höflich es aussprechen, daß wir die Herrschaft zur See unter allen Umständen behalten müssen. (Beifall.) Wir wollen Deutschland das Recht auf Expansion nicht bestreiten, welches ihm als große Nation zusteht. (Hört, hört!) Es ist reichlich Raum in der Welt für uns beide.

Amerika.

Ein Streit mit Rußland.

Washington, 12. Dezember. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat einstimmig die Resolutionen angenommen, die die sofortige Aufhebung des 1892 zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten geschlossenen Handels- und Niederlassungsvertrages empfiehlt, weil Rußland sich weigert, die an Juden verabschiedeten amerikanischen Pässe anzuerkennen.

Aus der Partei.

Die Stuttgarter Gemeinderatswahl.

Ueber das Ergebnis der unter so verzweifelten Umständen zustande gekommenen Wahlen schreibt die „Schwäbische Tagwacht“:

„Der zahlenmäßige Wahlausfall ist für die Sozialdemokratische Partei nicht besonders günstig. Wir haben zwar unsere Position als weitaus stärkste politische Partei behauptet und unsere Wählerzahl — die Gesamtstimmzahl durch 14 dividiert — gegenüber der vorjährigen Bürgerauswahl um 824 (von 10 215 auf 11 039) gesteigert. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, haben jedoch ebenfalls viel mehr Wähler als im Vorjahre an die Urne gebracht. So hat die Nationalliberale Partei um 2254 Wähler, die Volkspartei um 1184 und das Zentrum um 273 Wähler zugenommen. Die beiden ersten Parteien haben damit die im letzten Jahre erlittenen Verluste wieder wettgemacht. Dementsprechend ist auch das prozentuale Stimmverhältnis unserer Partei zur Gesamtstimmzahl erstmalig seit langer Zeit zurückgegangen von 42 Proz. im Jahre 1910 auf 38,63 Proz. in diesem Jahre. Ein Vergleich des Resultats der im Rat d. J. stattgefundenen Stadtvorstandswahl mit dem der jetzigen Gemeinderatswahl ist aus verschiedenen Umständen nicht gut angängig. Unser Kandidat Lindemann vereinigte damals 12 286 Stimmen auf sich. Es war von vornherein anzunehmen, daß diese Zahl von uns bei der heutigen Gemeinderatswahl nicht erreicht wird. Von der diesjährigen weit stärkeren Wahlbeteiligung scheinen die Bürgerlichen in erster Linie profitiert zu haben.

Und noch ein sehr wunder Punkt trat bei der Wahl vom 8. Dezember in die Erscheinung: die unheimlich gestiegene Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Wahlzettel. Unsere Partei war bisher mit Recht stolz auf die Disziplin ihrer Wähler. Hierin kam uns keine andere Partei gleich. Schon im Vorjahre war die bedauerliche Tatsache zu konstatieren, daß in Stuttgart das Wenden der Zettel um sich griff, daß diese Wahlstille aber einen derartigen Umfang annehmen konnte, davon glaubte wohl niemand in unserer Partei. Im Vorjahre wurden 1479 abgeänderte Zettel abgegeben, am 8. Dezember 1911 waren es 5843, also beinahe die Hälfte sämtlicher für die Sozialdemokratie abgegebenen Zettel. Die Abänderungen erstreckten sich auf sämtliche Namen. Es wurde gestrichen oder anders kumuliert bei sämtlichen Namen. Fremde Namen sind dagegen nur wenige auf sozialdemokratische Zettel gesetzt worden. Das Ergebnis dieser Kumulierungen war das Vorrücken der auf dem parteioffiziellen Wahlvorschlag an letzter Stelle stehenden vier Kandidaten, der bisherigen Kollegialmitglieder, an die erste Stelle und das Zurückdrängen der auf dem offiziellen Zettel je zweimal kumulierten Namen Westheimer, Oster und Selter an die letzte Stelle. Auf bürgerlicher Seite waren die Zettelabänderungen freilich noch viel umfangreicher, was für uns jedoch keinerlei Entschädigung sein darf.“

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Ein „unbefangener“ liberale Richter.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 11. Dezember: Ein sehr interessanter Verhörsprozeß beschäftigte heute das Schöffengericht. Es lagte im Privatverfahren der Oberleutnant und Großagrarier Wendenburg aus dem Mansfeldischen Kreise gegen den Redakteur Genossen Kasparek vom „Volkswort“ wegen Verleumdung. Herr Wendenburg hatte sich mit zwei Verteidigern versehen, und seine Hofmeister, Aufseher usw., etwa ein Duzend an der Zahl, die ebenfalls beleidigt sein wollten, waren als Nebenkläger gegen unseren Genossen losgelassen. Dem Genossen Kasparek standen die Rechtsanwälte, Genosse Dr. Rosenfeld, Berlin und Dr. Müller, Halle zur Seite. Es waren etwa 60 Zeugen und Sachverständige geladen. Der Privatkläger schloß sich durch einen Artikel des „Volkswort“, in dem die Zustände auf seinen Gütern geschildert wurden, und besonders durch die Worte, er sei ein Prozagrarier noch dem Gesandten Stuten-Dertels, beleidigt. Genosse Kasparek trat, bezüglich der Schilderung der Zustände den Wahrheitsbeweis an. Die polnischen Arbeiter seien auf den Gütern verprügelt worden; in dem Essen der Arbeiter hätten sich Maden befunden usw.

Bei dem Eintritt in die Verhandlung spielte sich folgende komische Episode ab. Am grünen Tische saß als Schöffe der Redakteur der hiesigen „liberalen“, „Saalezeitung“, Eugen Brinkmann. Die „Saalezeitung“ ist daselbst das jüngst die infame Terrorismandgedichte, nach der angeblich sozialdemokratische Arbeiter in Emmendorf als Vorkämpfer eines Hirsch-Dundeschen Arbeiter „ermordet“ haben sollten, verbreitet hat. Das heftige Schwurgericht verurteilte die gemeine Lüge und sprach jene Arbeiter bekanntlich frei. — Genosse Dr. Rosenfeld beantragte dabei, den Redakteur der „Saalezeitung“ als Schöffen wegen Verlogenheit abzulehnen, da die „Saalezeitung“ im permanenten Kampfe mit der Sozialdemokratie und dem „Volkswort“ operiere. — Herr Brinkmann fand jedoch den Rat, zu erklären, daß er sich durchaus nicht besangen fühle und zu dem Befragten in keinem feindseligen, sondern im kollegialen Verhältnis stehe. Mit dem „Volkswort“ beschäftige er sich grundsätzlich nicht; er werde objektiv urteilen. Nach Gegen- und Widerreden erhob sich der Amtsrichter und erklärte, daß er in diesem Falle doch Bedenken gegen den Herrn Schöffen als unparteiischen Richter habe und deshalb den Herrn Brinkmann als Redakteur eines Blattes der Gegenpartei für besangen erklären müsse. Herr Brinkmann machte darauf den Gerichtssaal verlassen.

Nach Hinzuziehung eines Ersatzschöffen nahm Rechtsanwalt Rosenfeld die durch den Herrn Oberleutnant beantragte Aufsammlung des Prozesses etwas auseinander. Der Herr Leutnant hatte nämlich aus keinem, dem Mansfeldischen Bezirk mehrere Güter- und Wäldchenbesitzer usw. als „Sachverständige“ mit zur Verhandlung gebracht. Die Herren sollten bekunden, es sei so üblich, daß auf den Gütern von den Kuckuckern „Jagdhiebe“ usw. verabschiedet würden. In der Tat sagte auch ein Gutbesitzer als Sachverständiger aus, es sei rein menschlich, daß sogar schulpflichtige Kinder bei der Arbeit auf den Gütern „Jagdhiebe“ erhielten. Die Kinder wollten wohl Geld verdienen, aber sehr wenig leisten. Der Herr Rechtsanwalt sollte nur einmal dahin kommen und sich das ansehen. Rechtsanwalt Rosenfeld entgegnete: „Ja, danke, meine Anwesenheit könnte dort sehr gefährlich werden.“ — Das Gericht lehnte auf schließlich auf Antrag des Genossen Rosenfeld die ganzen Sachverständigen als besangen ab und kam dann zur Vertagung des Prozesses. Es sollen zum nächsten Termin Mitglieder der hiesigen Landwirtschaftskammer als Sachverständige geladen werden.

Aus Industrie und Handel.

Hundertmillionen-Unternehmungen.

Das sechzehnte deutsche 100 Millionen-Unternehmen wurde geboren! Es ist der Warner Bankverein, er erhöht sein Aktienkapital um 25 auf 100 Millionen Mark. Als ihm nobelstehendes Bankinstitut ist die Diskontogesellschaft, die 200 Millionen Mark Aktienkapital besitzt, zu betrachten. In Deutschland zählt man jetzt folgende Hundertmillionen-Unternehmen:

Deutsche Bank	200 Millionen
Dresdener Bank	200
Diskontogesellschaft	200
Reichsbank	180
Darmstädter Bank	100
Schaaffhausen'scher Bankverein	145
Berliner Handelsgesellschaft	110
Warner Bankverein	100
Kred. Krupp	180
Gelsenkirchener Bergw.-u.-G.	180
Wöhring	106
Deutsch-Luzemburg. Bergw.-u.-G.	100
Hamburg-Amerika-Linie	125
Norddeutscher Lloyd	125
Große Berliner Straßenbahn	100,08
Wg. Elektrizitäts-Gesellschaft	180

Die kommende Reichstagswahl.

Die „Wählerversammlungen“ zur diesmaligen Reichstagswahl ziehen in ganz eigenartiger Weise die Frauen an. Obgleich nicht wahlberechtigt, haben diese ein solches Interesse am öffentlichen und politischen Leben gewonnen, wie das noch bisher der Fall gewesen ist. Auch die 43 öffentlichen Wähler- und Volksversammlungen, welche unsere Partei zu gestern abend für Groß-Berlin einberufen hatte, zeigten das. Wir danken diese erfreuliche Erscheinung dem schwarz-blauen Block — das einzige, was wir ihm zu danken vermögen! Freilich hat er diese gewaltige Aufrüttelung der Frauen wieder seinen Willen herbeigeführt. Als die Junker und die Pfaffen nach dem Ausfall der letzten Wahlen sich gemeinsam daran machten, das deutsche Volk zu schröpfen, wie das nie zuvor geschehen ist, da haben sie kaum daran gedacht, daß ihre skrupellose Bereicherung auf Kosten der breiten Masse des Volkes derartig aufreizend und auflösend wirken würde, daß selbst die bis dahin politisch meist indifferenten Frauen mit Eifer sich dem Studium der Politik und speziell der Wirkungen der Zollgesetzgebung hingeben würden. Das Maß, in dem das geschehen ist und sich jetzt durch den Eifer der Frauen zeigt, läßt uns ahnen, wie weit auch andere, dem politischen Getriebe bisher fernstehende Kreise jetzt von diesem ergriffen worden sind und steigert die Erwartung auf den Ausfall dieses trotz seiner kurzen Dauer so heftigen Wahlkampfes, wie wir wenige bisher erlebt.

Die gestrigen Versammlungen waren durchweg gut besucht, obgleich eine übermäßige Propaganda für sie kaum entfaltet worden ist und obgleich unsere organisierten Genossen, die überall die Masse der Besucher stellten, am Sonntag schon durch die Wahlarbeit in Anspruch genommen worden waren und sie mühten, daß der heutige Tag ihnen neue Arbeit bringen muß. Aber der Eifer, mit dem schwarz-blauen Block abzureden und für eine andere Zusammensetzung des neuen Reichstages Sorge zu tragen, rief die Massen in erfreulichem Umfange auf die Beine. Auch unsere Polizei hatte offenbar einen „großen Tag“ erwartet. Man sah sie fast überall in der Nähe der Versammlungslokale stark vertreten. Meist allerdings hielt sie sich im Hintergrund und nur einige Posten mit umgeschuldeten Revolvern verrieten, daß im Verborgenen starke Aufgebote der Dinge harrten, die da kommen sollten und — nicht kamen. Denn ob auch die Herren Polizeioffiziere mit wichtiger Amtsmiene hin und her schritten, ob auch zeitweilig sich einer der von den Straßendemonstrationen her bekannten Radfahrer zeigte, zu „Ungehörigkeiten“ im „polizeitechnischen Sinne“ kam es nicht.

Unsere Genossen hörten überall in den Sälen mit Ruhe die Ausführungen der Redner an. Sie fargten nicht mit Weisfall, auch den Diskussionsrednern gegenüber. Und fast überall sprachen auch in der Diskussion Frauen. Dann aber ging man ruhig auseinander, ohne der Polizei Gelegenheit zum Einschreiten und der Regierung den Stoff für die noch immer gesuchte Wahlparole zu geben.

Mit derselben Gelassenheit, aber auch mit derselben Energie wird das Volk am 12. Januar sein Votum abgeben. Und kein Säbelraseln wird das Strafgericht an Junkern und Pfaffen, an der gesamten Reaktion verhindern können!

Ueber den Ausfall der einzelnen Versammlungen erhielten wir folgende Berichte:

Erster Wahlkreis.

In den Corona-Festsälen in der Kommandantenstraße sprach der Kandidat des Kreises, Genosse Düwelle, vor etwa 250 Personen. Im Anschluß an das Referat fand eine rege Diskussion statt. Vor dem Lokal sah man ein starkes Polizeiaufgebot.

Zweiter Wahlkreis.

Die bei Niemitz, Hasenheide, tagende Versammlung war von circa 1000 Personen besucht. Der Kandidat des Kreises, Richard Fischer, ermunterte die Anwesenden in zündender Rede zur Niederwerfung der Reaktion. Der Redner erntete stürmischen Weisfall. In der Diskussion sprachen u. a. Genosse Georg Schmidt und die Genossin Meine.

Für den zweiten Kreis fanden außerdem noch zwei ebenfalls gutbesuchte Versammlungen in der „Bockbrauerei“ und in „Rigles Festsälen“ in der Dönnewitzstraße statt.

Dritter Wahlkreis.

In der Versammlung bei Keller, Neue Philharmonie, sprach an Stelle des durch einen Todesfall verhinderten Genossen Ebert Genosse Braun-Königsberg. Er zeichnete in scharfen Strichen die Sünden des vergangenen Reichstages und forderte die Anwesenden auf, sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen und die Parteipresse zu unterstützen. In der Diskussion sprach die Genossin Mittig im Sinne des Referenten.

Der „Märkische Hof“ in der Admiralstraße war gut besucht. Es waren circa 500 Personen anwesend. Referent war der Kandidat des Kreises, Genosse Wilm. Pfannkuch. Die Anwesenden gollten dem Referenten lebhaften Weisfall.

Vierter Wahlkreis.

Die Versammlung bei Keller in der Koppenstraße war überfüllt. In anregender fesselnder Weise sprach Genosse Dittmer unter großem Weisfall der Anwesenden, darunter viele Frauen, über die kommenden Reichstagswahlen. In der Diskussion forderte ein Redner zum Austritt aus der Landeskirche auf, eine Genossin fordert die antretenden Frauen auf, bei den Wahlen zu helfen und der Organisation beizutreten.

Die Versammlung bei Voelker in der Webersstraße war mittelmäßig besucht. Referent war Arbeitersekretär Link. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Weisfall entgegengenommen.

In der Brauerei Friedrichshain referierte Genosse Spließ. Der Saal war überfüllt, so daß die Tische besetztigt werden mußten. Die Frauen bildeten etwa den dritten Teil der Versammlung. Gegner nahmen trotz Aufforderung dazu nicht das Wort.

In der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 53, referierte vor überfüllter polizeilich abgesperrter Versammlung Genosse Eugen Bräuner.

Im Elbium referierte Genosse Wächner, Kandidat des Kreises. Der Redner wurde oft von stürmischem Weisfall unterbrochen.

In den Markgrafensälen sprach Genosse Küter vor einer gut besuchten Versammlung.

In der Drachenburg referierte Genosse Thuro. Die Versammlung war überfüllt. Circa 1000 Personen, der dritte Teil davon Frauen, waren anwesend. Die Stimmung der Anwesenden war die denkbar beste.

In den Comenius Sälen referierte vor einer dichtgedrängten aber aufmerksamen Zuhörerschaft Genosse R. Barth. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Weisfall aufgenommen. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort.

Die Versammlung im Gewerkschaftshaus war sehr gut besucht. Genosse Wermuth schilderte unter großem Weisfall die Sünden des schwarz-blauen Blocks und forderte die Versammelten auf, am 12. Januar ihre Schuldigkeit zu tun.

Die „Ressource“ in der Mantuffelstraße war gedrängt voll. 800 Personen waren anwesend, viele lehrten um. Auch hier waren die Frauen zahlreich vertreten. Gegner waren nicht anwesend. Referent war Genosse Hartmann. Genossin Theuert und Genosse Rees sprachen in der Diskussion.

Fünfter Wahlkreis.

Die Versammlung in den „Union-Festsälen“ in der Greifswalder Straße war so stark besucht, daß die Gallerien geöffnet werden mußten. Der Referent Genosse Tarnow erntete mit seinen Ausführungen starken Weisfall.

Die Versammlung in den Königsälen war ebenfalls sehr stark besucht. Dort referierte unter lebhaftem Weisfall Stadtverordneter Genosse Dupont.

Sechster Wahlkreis.

Puhlmanns Theater, Schönhausen Allee. Die Versammlung war von circa 1200 Personen besucht. Genosse Drunsel zeigte, wie viel die beschlossene Klasse durch die Beschlüsse des letzten Reichstages an Lasten aufgebürdet erhielt. Er geißelte scharf die Parteien, die sich durch besonders reaktionäres Vorgehen gegen die Arbeiterklasse ausgezeichnet haben. Während des Vortrages rückten immer neue Besucher heran, so daß der Saal bei weitem nicht ausreichte, alle Personen zu fassen. Reichert Weisfall lohnte dem Redner für seinen 1½stündigen Vortrag. In der Diskussion sprachen einige Genossen.

In Obigios Festsälen hatten sich 500 Personen versammelt, unter denen ganz besonders viel Frauen vertreten waren. Das Referat des Genossen Langhammer fand vielen Weisfall.

Vorussia-Säle, Aderstraße. Referent Genosse Brühl. Richterberg schilderte die Gesetzgebung, die der verlassene Reichstag dem Volke beschert hat. Er ging der Reihe nach auf die in der Reichsfinanzreform gegebenen Steuern sowie auf die Versicherungsordnung, wo die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt wurden, ein. Zum Schluß wies er darauf hin, daß es nicht auf die Mandate ankommt, sondern auf die Zahl der Stimmen. Gegner waren nicht anwesend, auch fand keine Diskussion statt. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Einschichtnahme in die Wählerliste hin.

Im Swinemünder Gesellschaftshaus waren Saal und Tribünen überfüllt. Genosse Albin Röhls schilderte die Arbeiten des verlassenen Reichstages, speziell die fogenannte Finanzreform mit seiner schweren Belastung durch indirekte Steuern und nachfolgender Steuererhöhung. Unter den zukünftigen Arbeiten des neu zu wählenden Reichstages hob er besonders das gefährdete Koalitions- und Strafrecht hervor. Der Referent forderte besonders die Frauen auf, sich an der Kleinarbeit zu betätigen, um so wenigstens mit für einen günstigen Ausgang der Wahl in unserem Sinne zu sorgen.

In der Versammlung bei Daase, Brunnenstraße, schilderte Genosse Bahm in treffenden Worten die Entwicklung der Sozialdemokratie, indem er die Zahlen der vergangenen Reichstagswahlen den Anwesenden vor Augen führte. Weiter gerzauste der Redner die „Laten“ der herrschenden Parteien.

Die Versammlungen in der Wadstraße, wo im Frankischen Lokal Genosse Wartsch referierte und im Voigttheater Genosse Lehmann sprach, waren gut besucht. Die Ausführungen beider Redner fanden bei den aufmerksamen Zuhörern gute Aufnahme.

Pharusäle, Müllerstraße. Beide Versammlungen waren gut besucht und polizeilich abgesperrt. Referenten waren die Genossen Glocke und Roth, die großen Weisfall ernteten. Im selben Lokal tagte die St. Joseph-Gemeinde. Da der Vorsitzende die Meinung vertrat, seine Schäflein hätten sich in unsere Versammlungen verirrt, wurde ihm gestattet, der Versammlung bekanntzugeben, daß im anderen Saal die St. Josephsgemeinde tagt. Lautes Gelächter war die Antwort, aber es folgte ihm niemand.

Die Versammlung in der „Kronenbrauerei“ Roabit war schon frühzeitig überfüllt und konnte weitere Massen nicht fassen. Genosse Däumig rechnete unter lebhaftem Weisfall mit dem verbliebenen Reichstage ab. Im Restaurant hatte sich ein Polizeileutnant und ein Kriminalbeamter eingefunden.

Im Saale der „Bockbrauerei“ in der Chausseestraße referierte vor einer starkbesuchten Versammlung Genosse Hans Weber unter lebhaftem Weisfall.

Im „Cölliner Hof“ nahm die äußerst gutbesuchte Wählerversammlung das Referat des Genossen Schubert mit Weisfall entgegen. In scharfen Umrissen entwarf der Referent ein Bild der Sünden des Block-Reichstages.

In den Arminius-Hallen, Bremerstraße, referierte in gut besuchter Versammlung Genosse Th. Fischer, der stürmischen Weisfall erntete.

Lororte.

Nieder-Schönhausen. Die Volksversammlung im Saale von Liedemitz war von circa 400 Personen besucht. Der Redner Genosse Leo verhand ab, seine Zuhörer zu fesseln. In der Diskussion sprach Genosse Viech, der sich besonders an die Frauen wandte, indem er sie aufforderte, die Lebensmittelsteuerung gehörig auszunutzen.

Weißensee. Im überfüllten Saale von Tschentschler lauteten die Verammelten mit Spannung den Worten des Genossen Wütz. Die marxistischen Stellen in seinem 1½stündigen Vortrage wurden mit vielem Weisfall aufgenommen. Große Siegestimmung herrschte unter den Anwesenden. Gegner waren nicht anwesend, wenigstens nahm keiner das Wort.

Richterberg. Im Lokal von Schwarz referierte der Genosse Wähler. Anwesend waren 800 Personen. Im Lokal von Steuer sprach der Genosse Rysch vor etwa 500 Personen. In Neu-Richterberg im Bürgerlichen Lokale hielt Genosse Wuschel das Referat, zu dem sich über 400 Personen eingefunden hatten. In allen Versammlungen herrschte Kampfstimmung.

Kantaberk. Vor einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, wie sie hier am Orte noch nie gesehen worden ist, referierte in einer circa zweistündigen Rede Genosse Stadthagen. Im Anschluß an das Referat fand eine rege Diskussion statt, an der sich jedoch Gegner nicht beteiligten. Für den Wahlverein fanden einige Neuaufnahmen statt.

daß die erwähnte allgemeine Polizeiverordnung rechtsgültig sei. Sie finde ihre Stütze in § 10 Teil 2 Titel 17 Allgemeinen Landrechts, wonach die Polizei unter anderem die Aufgabe habe, Gefahren abzuwenden, die dem Publikum oder einzelnen seiner Mitglieder drohen. Darunter fielen auch Gesundheitsgefahren. Zweifellos handele es sich hier nun um Wirtschaftswasser im Sinne der Polizeiverordnung. Wenn aber eine solche allgemeine gültige Bestimmung durch eine Polizeiverordnung gegeben sei, dann komme es nicht darauf an, ob in jedem einzelnen Falle die fragliche Abführung der Wässer zu einer Gesundheitsgefahr Anlaß gebe oder nicht. Es genüge, daß die allgemeine Vorschrift erlassen sei zur Anwendung von Gesundheitsgefahren. Wäre jemand in seinem Betriebe speziell keinen Anlaß geben zu einer Gesundheitsgefahr, er solle doch unter die allgemeine Verordnung. Die Polizei habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt, einzuschreiten. Nun hätten einige der Schlichtermeister geltend gemacht, ihre Grundstücke gestatten es nicht, dort Sammelgruben anzulegen. Demgegenüber sei zu bemerken: es sei ein allgemeiner Grundsat, daß niemand sein Gewerbe ausüben dürfe auf Kosten des Lebens und der Gesundheit seiner Mitmenschen. Wenn einzelne Geschäfte, vielleicht wegen örtlicher Beschränktheit, die Einrichtung von Sammelgruben nicht gestatten, dann würde daraus nur folgen, daß diese Geschäfte sich nicht zur Wurstmacherei eignen und daß die Betriebe dort eingestell werden müßten. Das möge ja für einzelne hart sein. Inbesten: niemand dürfe auf Kosten von Leben und Gesundheit seiner Mitmenschen sein Gewerbe betreiben. Was nun die Abfuhr aus den Sammelgruben betreffe, so könnten die Kläger nicht geltend machen, daß sie keinen Ort besäßen, wohin die Reste der Abwässer abgeführt werden könnten. Wenn es der einzelne nicht vermöge, dann müßten sich Gen die Meister zusammentun und gemeinschaftlich solchen Ort beschaffen. Es sei auch gleichgültig, ob der Bürgermeister durch die Verfügung die Schaffung der noch fehlenden öffentlichen Kanalisation fördern müsse. Das ändere nichts daran, daß die Verfügungen zu Recht ergangen seien auf Grund einer dem Schutze der Gesundheit dienenden Polizeiverordnung.

Letzte Nachrichten.

Die Seepräsenbill im englischen Oberhause.

London, 12. Dezember. (W. T. B.) Im weiteren Verlauf der Sitzung leitete der erste Kommissar für Arbeiten und öffentliche Bauten Carl Beauchamp die zweite Lesung der Seepräsenbill ein, erklärte ihre Bestimmungen und kündigte an, daß die Bill erst in Wirksamkeit treten werde, wenn die Regierung die befriedigende Zusicherung erhalten habe, daß die anderen Mächte, welche die Londoner Deklaration unterzeichneten, den Worten „Stützpunkt für Proviantversorgung“ (base of supply) und „befestigter Platz“ dieselbe Bedeutung beilegen, wie die britische Regierung. Die Regierung setze mit den anderen Mächten über den Gegenstand bereits in Verbindung und habe allen Grund zu der Annahme, daß die Antworten befriedigend ausfallen würden. Lord Selborne beantragte hierauf die Ablehnung der Bill. Er wandte sich gegen die Beschaffenheit und Zusammensetzung des vorgeschlagenen internationalen Präsenrichtshofes und erklärte, es sei vollkommen widersinnig, einen Gerichtshof dieser Art zu schaffen und dem britischen Reiche nur dieselbe Vertretung zu geben, wie einer zentralamerikanischen Republik.

Änderung in der indischen Verwaltung.

London, 12. Dezember. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses machte Ministerpräsident Asquith auch förmliche Mitteilung von der Erklärung, die der König beim Durbar in Delhi über die Veränderung der Verwaltung in Indien abgegeben hat. Lord Curzon erklärte, es würde für die Öffentlichkeit nicht von Vorteil sein, die Sache jetzt zu besprechen, da der König noch in Indien weile; er schlage aber vor, daß die Frage in der nächsten Session angeregt werde. Eine ähnliche Mitteilung wurde von Viscount Morley im Oberhause abgegeben. Lord Lansdowne erklärte, die Vorschläge bedeuteten eine jährliche Umkehr jener Politik, die von Lord Curzon eingeleitet, von seinem Nachfolger im Vizeregiment befolgt, von der unionistischen Regierung angenommen und von der liberalen Regierung fortgesetzt worden sei. Das ist ein großer, plötzlicher und gewaltiger Wechsel in der Politik. Was diesen Vorschlägen eine ganz besondere Bedeutung gibt, ist die Tatsache, daß sie verbunden sind mit einer persönlichen Intervention des Herrschers. Das ist in der Tat eine sehr ernste Sache, und wenn ich mich nicht irre, werden die Vorschläge in Indien Gefühle der verschiedensten Art hervorrufen, gehobene Stimmung sowohl als große Enttäuschung. Lord Lansdowne gab zu, daß es unmöglich sei, die Frage gerade am Ende der Session zu erörtern und wies darauf hin, daß, wenn jetzt eine kritische Besprechung dieser Dinge stattfände, es schwer sein dürfte, einen Riß zu vermeiden, den niemand im gegenwärtigen Zeitpunkt anzuschlagen wünsche. Ueberdies, schloß Lord Lansdowne, kann nichts, was das Haus sagen oder tun kann, das ändern, was vom König heute morgen verkündigt worden ist. Lord Curzon betont hierauf, daß die Veränderungen in der Verwaltung von Indien von Wichtigkeit seien, stimmte aber einer Vertagung der Debatte bis zur nächsten Session zu.

Beschickung eines englischen Dampfers durch Italiener.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Witterungsmeldung hat der Kapitän des heute in Marseille eingetroffenen Waggoner Postdampfers „Baron Goltzow“ der dortigen Handels-Kammer Bericht erstattet darüber, daß ein italienischer Kreuzer am 30. November im Roten Meer fünf Kanonenschiffe auf sein Schiff abgefeuert habe. Eine Kugel habe den Vordersteven getroffen und beträchtlichen Schaden angerichtet. Der Veschlohaber des italienischen Kriegsschiffes habe sich, als er den Irrtum erkannte, beeilt, dem englischen Kapitän seine Entschuldigung auszusprechen.

Spionität.

Portsmouth, 12. Dezember. (W. T. B.) Vor dem Polizeigericht wurde heute das Verfahren gegen den deutschen Kapitän Heinrich Groffe wegen Verletzung des Gesetzes zur Wahrung des Amtsgeheimnisses wieder aufgenommen. Die Anklage lautet auf geschwändriges Betreten eines verbotenen Platzes und ferner auf Versuch, Tatsachen über die Kohlenvorräte und über die Stärke der Besatzung zu erfahren.

Nach den Ausführungen des Staatsanwalts beschloß das Polizeigericht hierauf das Hauptverfahren gegen Groffe vor dem Geschworenengericht.

Neue Unruhen in Albanien.

Salonik, 12. Dezember. (W. T. B.) Im Gebiete von Karatowa sind Unruhen ausgebrochen. Es wurden dort eine Menge Bomben und Dynamit beschlagnahmt. Infolgedessen wurde aus Uesüb ein Regiment nach dort gesandt. Zwischen den Stationen Demirkapu und Kribolaz der Orientbahn wurden letzte Nacht Feuerzüge von der Bahnwache mehrere Dynamitbomben, die mit elektrischen Batterien versehen waren, entdeckt und von den Schienen entfernt.

Erdbeben in Smyrna.

Konstantinopel, 12. Dezember. (W. T. B.) Erdstöße werden aus Denizli im Vilajet Smyrna gemeldet. Im Dorfe Dounar sind einige Häuser eingestürzt, mehrere haben Risse bekommen.

Aus Mexiko.

El Paso, 12. Dezember. (W. T. B.) Die amerikanische Grenzwaache ist verstärke worden, da Meldungen vorliegen, daß General Reyes am 15. Dezember mit einem Angriff auf Juarez die Revolution wieder beginnen wird.

Gerichts-Zeitung.

Gegen Veruntreuung öffentlicher Ableitungen.

In einem Prozeß gegen den Oberpräsidenten von Schlesien, den der Schlächtermeister Sommer und 28 andere Schlächtermeister aus Grünberg angeklagt hatten, fällt das Oberverwaltungsgericht eine wichtige Entscheidung. Die Kläger hatten die Abwässer von ihrer Wurstfabrikation immer in die Rinngräben oder unterirdischen Ableitungen zu dem Fläpchen der Stadt abgeführt. Eine öffentliche Kanalisation gibt es noch nicht in Grünberg.

Die Polizeiverwaltung erließ nun an die Schlächtermeister eine Verfügung, durch die sie ihnen aufgab, jene Art der Abführung

der Wässer zu unterlassen und auf ihren Grundstücken Sammelgruben anzulegen. Dorthin sei das Wasser von der Wurstfabrikation abzuleiten und von Zeit zu Zeit, jedenfalls so oft als erforderlich, abzuführen. Die Polizei ging davon aus, daß die bisherige Ableitung gesundheitsgefährlich sei; auch stütze sie sich noch auf eine Polizeiverordnung für Grünberg, welche die Abführung von überfließenden Abwässern und von Wirtschaftswässern in die Rinngräben u. s. w. verbiete.

Nachdem der Regierungspräsident zu Liegnitz und der Oberpräsident der Provinz Schlesien die Beschwerden der Kläger abgewiesen hatten, klagten diese beim Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht wies dieser Tage die Klage mit folgender Begründung ab: Zunächst gehe das Gericht davon aus, daß die Kläger, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Intrigen gegen die portugiesische Republik.

Paris, 12. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Humanität“ feht morgen ihre Enthüllungen über die Umtriebe gegen die portugiesische Republik fort. Sie behandelt vor allem die Rolle, die Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern und seine Frau Maria de la Paz bei diesen Intrigen gespielt haben. Der lebenslustige Prinz, der sich sonst fast nicht um Politik kümmert, hat mehr als einmal als Mittelsmann zwischen Alfons XIII. und Wilhelm II. gedient. Die Infantin Paz aber ist eine leidenschaftliche Politikerin und stets mit Plänen zur Bekämpfung jener beschäftigt, die sie „Feinde Gottes und der Könige“ nennt. Das Schloß von Nymphenburg ist ein Herd der schwarzen Weltpolitik. Von den Personen, die in den Salons der Prinzessin oft gefundene Gäste sind, nennen wir: Herr Krupp, Bohlen-Salbach, Freund Wilhelms II., Fürst Gendel von Donnersmarck, Freiherr v. Hertling, die Brüder Mannesmann, Fürst von Radomir, der von 1892 bis 1908 Vizekanzler in Madrid war.

Seit etwa einem Jahr und ganz besonders seit dem Beginn der deutsch-französischen Verhandlungen sind die genannten Personen immer häufiger in Nymphenburg gesehen worden. Auch sind während des neulichen Aufenthaltes der Prinzessin in Spanien Adjutanten zwischen München und Paris ununterbrochen hin und her gefahren. — In Verbindung mit diesen Tatsachen mag noch ein vor zwei Monaten erschienener Artikel des „Vaterländischen Kuriers“ erwähnt werden, der ausführte: „Es scheint, daß den großen deutschen Eisenindustriellen bald das Erz mangeln wird, was die Tätigkeit Krupps erklärt, um jeden Preis und gleichviel wo — sei es in Marokko, in Spanien oder anderswo Erzlager zu finden.“

Die geschändete Gefährlichkeit im Nymphenburger Schloß scheint die Gerüchte, die in bezug auf die Haltung Deutschlands gegen Portugal seit langem im Umlauf sind, zu bestätigen. Im Zusammenhang damit sei auf folgende Tatsachen hingewiesen: Vor einiger Zeit hat der ehemalige portugiesische Marineminister Terra Viana für die portugiesischen Royalisten in Paris eine Anleihe von 50 Millionen aufzunehmen versucht, mit der Vürgschaft „zweier gekrönter Häupter“, wie versichert wird. Magalhães Lima, der sehr gut informiert ist, bestätigte kürzlich diese Nachricht. Die „España Nueva“ fügte hinzu, daß es sich um einen König und einen Kaiser handele. „O Mundo“ in Lissabon nennt — mit Berufung auf die portugiesischen Monarchisten selbst — Alfons XIII. und Wilhelm II.

Noch schwerwiegender ist folgende Tatsache: Zwischen dem 10. und 15. Oktober lagen im Hamburger Hafen zwei mit Waffen und Munition für die portugiesischen Royalisten beladene Schiffe. Die deutsche Regierung wußte davon, aber sie verhinderte die Abfahrt erst auf die offiziellen Vorstellungen zweier Grobmächte hin.

Ferner geht aus ganz sicheren Informationen hervor, daß Räderlen-Waechter während der deutsch-französischen Verhandlungen Cambon erklärt hat, daß Deutschland keine oder fast keine Kompensationen im Kongo beanspruche, wenn man ihm freie Hand in Angola lasse.

Endlich ist die „Humanität“ in der Lage mitzutellen, daß Deutschland vor einigen Tagen das portugiesische

Fort von Mucasso, das Territorium des Soda (eines eingeborenen Hauptlings), ferner Lebebe (im Gebiet von Cubango) und die Festung von Dirico (Cubango), die zu Angola gehören und an der Grenze von Deutsch-Südwestafrika liegen, besetzt hat. Hier liegt also eine Reihe von Gewalttätigkeiten gegen die portugiesische Republik vor. (In Deutschland ist bisher von diesen Vorgängen nichts bekannt. Wir müssen die Verantwortung dafür natürlich der „Humanität“ überlassen, halten aber eine amtliche Aufklärung für dringend notwendig. Red. d. „Vorwärts“.)

Die deutsche Kolonialpolitik macht übrigens kein Geheimnis aus ihren Absichten auf die portugiesischen Kolonien. Am 3. Dezember wies die „Post“ darauf hin, daß in dem deutsch-englischen Vertrag von 1898 die portugiesischen Besitzungen nicht garantiert seien. Jetzt sei der beste Moment für Deutschland, seine Ansprüche geltend zu machen und sich derart Kompensationen für seine Verluste in Persien zu verschaffen.

Von Interesse ist auch die Berliner Depesche der „Temps“ vom 14. November über die Verhandlungen Deutschlands mit Spanien über die Abtretung von Rio Nuni und Bernardo Po ohne Entschädigung. Canalejas dementierte — recht spät — die Meldung, die auf eine Absicht der deutschen Kolonialisten, den westafrikanischen Besitz Deutschlands von Kamerun bis zur Kapkolonie auszudehnen, hinweist.

Was versteht sich alles hinter diesen Machenschaften? Offenbar ist Alfons XIII. bereit, Deutschland die Stützung seines wackelnden Thrones zu bezahlen. Der Raub der portugiesischen Kolonien aber würde den verschiedensten Interessen dienen. Er würde den ultramontanen Feinden der Republik und den deutschen Imperialisten Befriedigung gewähren und in Portugal selbst die republikanische Regierungsform discredibilisieren. Es ist offenbar, daß die portugiesischen Royalisten nicht auf eigene Faust operieren. Woher kommt das viele Geld, das diese völlig beschloßen Leute für ihre Abenteuer schon angewendet haben? Wer hat ferner die systematische Lügenkampagne gegen die portugiesische Republik inspiriert, an der sich in Deutschland namentlich die „Germania“, die „Nölnische Volkszeitung“ und das bayerische „Vaterland“ beteiligten? Bei der Infantin de la Paz könnten außer dem sterikalen Fanatismus auch familiärpolitische Spekulationen im Spiele sein. Schwägerin der Infantin Theresie, der Schwester Alfons XIII., ist sie nicht nur am Schicksal der spanischen Dynastie interessiert, sondern vielleicht macht sie sich auch Hoffnung darauf, daß im Falle einer Restauration in Portugal ihre Tochter Pilar dort Königin wird.

Soziales.

Welche Änderungen treten vom 1. Januar ab für die Invalidenversicherung ein.

Am 1. Januar 1912 treten die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Kraft. Die Landesversicherungsanstalt Berlin gibt folgende Uebersicht über die wichtigsten Neuerungen, welche vom 1. Januar an in Kraft treten:

1. In die Versicherungspflicht werden neu einbezogen unter der Voraussetzung, daß ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt: a) Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, b) Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, c) Angestellte in gehobener Stellung (in ähnlich gehobener Stellung wie Betriebsbeamte und Werkmeister), wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.

2. Die Wochenbeiträge sind erhöht: sie betragen in Lohnklasse I 16 Pf. (bis jetzt 14 Pf.), Lohnklasse II 24 Pf. (bis jetzt 20 Pf.), Lohnklasse III 32 Pf. (bis jetzt 24 Pf.), Lohnklasse IV 40 Pf. (bis jetzt 30 Pf.), Lohnklasse V 48 Pf. (bis jetzt 36 Pf.). Es müssen also z. B. vom 1. Januar für weibliche Diensthöten

32 Pf. Marken und für männliche Diensthöten 40 Pf. Marken geleistet werden.

3. Vom 1. Januar ab werden Zusatzmarken zum Preise von 1 M. ausgegeben. Durch die Verwendung von Zusatzmarken wird der Anspruch auf eine Zusatzrente für den Fall der Invalidität erworben. Jeder Versicherte kann zu jeder Zeit und in beliebiger Zahl Zusatzmarken einer beliebigen Versicherungsanstalt in die Quittungsmarkte einlefen.

4. Die Leistungen der Invalidenversicherung sind erweitert. a) Neben Invalidenrente und Altersrente hat der Versicherte auch Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge, welche besteht in Witwenrente, Waisenrente, Witwenrente, Witwengeld und Waisenaussteuer. Witwenrente erhält nur die dauernd invalide Witwe nach dem Tode ihres versicherten Ehemannes. Waisenrente erhalten nur Kinder unter 15 Jahren. Witwenrente erhält nach dem Tode der versicherten Ehefrau nur der erwerbsunfähige Witwer (falls die Ehefrau aus ihrem Arbeitsverdienste den Lebensunterhalt der Familie bestritten hatte), solange er bedürftig ist. Witwengeld erhält die versicherte Witwe nach dem Tode ihres versicherten Ehemannes. Die Waisenaussteuer wird den Waisen bei Vollendung des 15. Lebensjahres ausbezahlt. Keinen Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge haben die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren; dergleichen haben keinen Anspruch die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am 1. Januar 1912 bereits dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben. — b) Hat der Empfänger einer Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um 1/10 bis höchstens zum 1/4fachen Betrage der Invalidenrente. Diesen Anspruch haben aber nur die Empfänger von Invalidenrente, deren Invalidität nach dem 31. Dezember 1911 eingetreten ist oder deren Krankenrente nach diesem Tage beginnt.

5. Die Rückerstattung der Hälfte der Beiträge insbesondere bei Verheiratung weiblicher Versicherte fällt vom 1. Januar an weg. Durch freiwillige Weiterversicherung kann der Anspruch auf sämtliche Leistungen aufrechterhalten werden.

6. Die Pensionen von Beamten und ähnliche Bezüge haben vom 1. Januar 1912 nicht mehr die Wirkung, daß neben ihnen eine etwaige Invaliden- oder Altersrente ruht. Die Renten kommen also vom 1. Januar 1912 neben den Pensionen voll zur Auszahlung.

7. In der Organisation der Invalidenversicherung treten folgende Änderungen ein: a) An Stelle der jetzigen „Unteren Verwaltungsbeförde“ (in Berlin der Magistrat) tritt das Versicherungsamt. Bei diesem Versicherungsamt sind alle Ansprüche aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung anzumelden. Die Entscheidung über die Ansprüche erfolgt durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt. b) An Stelle des jetzigen „Schiedsgerichts“ tritt das „Oberversicherungsamt“, welches wie das frühere Schiedsgericht die Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt bildet.

Um wieviel wird das Einkommen des Arbeiters durch die Höhe und indirekten Steuern belastet?

In dem Artikel vom 10. d. M. ist ein kleiner Fehler enthalten. Wichtig ist angegeben, daß das Kilogramm Reis mit 4 Pf. belastet ist. Aber in der Berechnung, um wieviel 1/2 Pfund Reis belastet ist, hat ein Rechen- oder Schreibfehler aus 1 1/2 Pf. 6 Pf. gemacht. Die Gesamtsumme der Belastung des Wochenbudgets verringert sich daher von 1893 Pf. auf 1848 Pf. Die wöchentliche Belastung beträgt mithin 1,85 M., die jährliche 98 M. 9 Pf. (nicht 98 M. 28 Pf.). Die jährliche Belastung der schmalen Haushaltung mit rund 120 M. wird hierdurch nicht geändert.

Gerichts-Zeitung.

Bruhn als Kläger.

Die Urteile in den vor acht Tagen verhandelten Verleibungsfällen, die Bruhn gegen zwei unserer Parteizeitungen und ein bürgerliches Blatt gerichtet hatte, wurden gestern verkündet. Danach ist Genosse Drechler von der „Neufischen Tribune“ zu 600

„Der Bergsee“ von Wittner. Die deutsche Uraufführung von Julius Wittners Bergsee im Münchener Opernhaus hat dem Dichterkomponisten einen starken äußeren Erfolg eingebracht, dem die Kritik nur sehr bedingt zustimmen kann. Wittner galt als Hoffnung der deutschen Oper. Man hoffte noch dem „Ruslanen“ von ihm eine wirkungsvolle, humorvolle, volkstümliche Oper zu erhalten. Er hat mit seiner dritten Oper diese Erwartungen nicht rechtfertigen können. Zwar ist „Der Bergsee“, der in drei Akten eine Episode aus dem Freiheitskampf Salzburger Bauern gegen päpstliche Steuerkraft und kaiserliche Drangsal behandelt, der Anlauf zu einem tragisch-musikalischen Volksstück, aber Wittner bleibt auf halbem Wege stehen und vermag seine dramatischen Absichten nicht zum Ziel zu führen. Er zerstückelt die Handlung, löst sich den Fäden unter den Händen zergehen und spielt mit Symbolen. Befriedigt so die künstlerische Gestaltung der Idee nicht, so versteht er doch starke theatralische Wirkungen auszulösen, wobei sein sicher gehender Bühneninstinkt allerdings auf starke Mithilfe der Maschinen- und Donnerorgel im Theater angewiesen ist. Musikalisch ist „Der Bergsee“ kein Fortschritt. Wittner hat zu wenig melodische Selbständigkeit und holt sich den „Stil“ bei früheren Großen. Bei hübschen Tonmalereien führen ihn abwechselnd Purcini, Wagner und Wagner die Hand. Einzig im Schlusssbild des zweiten Aktes erhebt sich die Tonsprache zu pathetischem, unmittelbarem Ausdruck. Die Instrumentation ist geschickt, aber sehr überladen. Die recht gute Münchener Aufführung leitete der Wiener Hofkapellmeister Bruno Walter, der voraussichtliche Nachfolger Rottis, sehr erfolgreich.

Notizen.

Das Lessingtheater wird vom 1. Juli 1914 auf 10 Jahre an Direktor Carnowsky übergeben. Die Schauspielergesellschaft wird sich also eine neue Wirkungsstätte suchen müssen.

Als Nachfolger Prof. Wölfflins, der nach München geht, ist für das Lehrfach der Kunstgeschichte an der Berliner Universität Prof. Adolf Goldschmidt aus Halle berufen worden. Seinen Arbeiten nach ist W. ein normaler Fachmann.

Weitertelegramme von Spitzbergen. Der europäische Wetterdienst dürfte in absehbarer Zeit eine wertvolle und wichtige Ergänzung durch Meldungen von der Eismeerinsel Spitzbergen erhalten. Der neuerrichteten Station für drahtlose Telegraphie auf Jugo im nördlichsten Norwegen ist es gelungen, mit der drahtlosen Station an der Ostküste Spitzbergens in Verbindung zu treten. Die Station auf Jugo wird auch tägliche Wettertelegramme von Spitzbergen erhalten und weitergeben können, die bei der exponierten Lage Spitzbergens im Eismeer für die Prognose von erheblicher Bedeutung werden dürften. Es wird dann möglich sein, die polaren Winde, die aus den allerhöchsten Breiten nach den Küsten Lapplands wandern, wenigstens einen Tag früher als bisher zu signalisieren. Gegenwärtig bildet Vardö am nördlichen Eismeer die nördlichste Station des europäischen Wetterdienstes.

Kleines feuilleton.

Chinesische Sprachweisheit. Der amerikanische Reisende und Chinaforscher W. C. Welt hat in New York ein neues Werk über das in Mafeln so reiche Reich der Mitte erscheinen lassen, das die Ergebnisse seiner Forschungsreisen zusammenfaßt und einen wertvollen Einblick in das für uns oft schwer erklärliche Wesen des Ostasiaten gewährt. Besonders wertvoll ist ein Kapitel, das sich mit der Sprachweisheit des Chinesen beschäftigt und aus dem einige chinesische Sprichwörter herausgehoben werden mögen. Wenn Du zornig bist, gehe nicht zum Richter. Wenn Du sehr hungrig bist, mache keine Gedichte. — Der Mensch ist ein kleiner Himmel. — Der Straßencäuber hat keine Schulden. — Du kannst Menschen mit dem Gewicht Deiner Zunge erdrücken. — Eine dicke Nase ist sicher ein Dieb. — Ein lauter Richter kann die Henne krähen hören. — Nach einem Taifun kann man Birnen sammeln. — Eine gute Trommel braucht keinen schweren Stoß. — Keine Nadel hat zwei Spitzen. — Ein Steinlöwe sündigt keinen Regen. — Der dumme Dieb verstopft seine Ohren, um die Glöde zu fehlen. — Ein Blinder braucht keine Brille. — Auf den Bergen des Ostens fressen die Tiger Menschen und auf den Bergen des Westens fressen die Tiger auch Menschen. — Es kostet keine Mühe, der Arbeit anderer zuzusehen. — Geht table Dich, dann andere. — Ein reicher Mann auf einer Bergspitze wird immer entfernte Verwandte haben. — Ein kleiner Stein kann einen großen Krug zerbrechen. — Wer am Fluße wohnt, verzieht die Fische. — Regen am Abend verzeiht einen sonnigen Tag. — Wenn die Wasser steigen, steigen auch die Boote. — Du kannst nur einmal eine Nabe für ein Ei ausgeben. — Ist der Bauer fleißig, wird der Boden nicht unfruchtbar sein. — Ein großes Herz ist besser als ein großes Haus. — Wenn Du weicht wie, ist kein Ding schwer; ist es schwer, dann weicht Du nicht wie. — Falsches Rülch ist echter Schmutz. — Die Menschen ehren die Reichen und die Hunde beißen die Lumpen. — Eine Blinde Nase fängt nur eine tote Ratte.

Die Kanarienvögel, die man auf alten Porträtsbildern so häufig auf dem rechten Zeigefinger der Damen sitzen sieht, sind durchaus keine Erfindung der Maler, die etwa um Schwabgebensände verlegen gewesen wären. Diese Porträts stammen vielmehr aus einer Zeit, in der die niedlichen gelben Vögel derart geübt wurden, daß sie sogar einen fast unentbehrlichen Toilettengegenstand ausmachten. Denn zum Sonntagsstaat der Frau gehörte der Kanari auf dem Zeigefinger der rechten Hand. Mit diesem Schmuck sah sie an Sonn- und Feiertagen im Coter ihres Zimmers. Mit dem Vogel in der Hand wurden die Besuche empfangen und eine Hauptwürze der Unterhaltung bildeten die Erkundigungen nach dem Befinden des „Zuckerhügels“. Eine Frau, die etwas vorstellen wollte, ließ sich gewiß nicht anders malen, als mit dem Kanari auf dem Finger.

Bekanntlich stammen die niedlichen Säger von den Kanarischen Inseln und sind bald nach der Mitte des 16. Jahrhunderts in Deutschland bekannt geworden. Die Jagd und Pflege hatte damals noch ihre Schwierigkeiten, weil die Spanier, in deren

Händen der Handel ganz allein lag, fast ausschließlich Männchen nach Europa brachten. Als aber 1630 ein nach Livorno bestimmtes spanisches Schiff, das einen tausend Kanarienvögel mit an Bord hatte, an der italienischen Küste strandete, wurden die kleinen Gesangsengel frei, flogen sämtlich westlich und siedelten sich auf der Insel Elba an. Hier fanden sie ein so günstiges Klima, daß sie sich rasch vermehrten und nun beuteten die Italiener diese unerwartete Einnahmequelle aus.

Da man sah, daß die vielbegehrten Fremdlinge sich auch auf dem Kontinent leicht fortpflanzten, so liehen sich nun auch bald in nördlicheren Ländern spekulative Köpfe ihre Jagd anzulegen. Das geschah namentlich in Tirol, und in ganz kurzer Zeit dehnte sich der Handel mit Tiroler Kanarienvögeln bis über ganz Europa aus. Gerade bei den Tiroler Vögeln war die so gesuchte reinigende Farbe vorherrschend, denn nach einem merkwürdigen Naturgesetz bekommen die Tiere, die künstlich über ihren Verdauungsbezirk hinaus in nördlichere Länder verpflanzt werden, hellere Farben. Dasselbe Naturgesetz hat sich auch an den Goldfischen benachteiligt, die ebenfalls etwa um 1630 aus China zuerst nach St. Helena und durch Philipp Barth nach England gebracht worden sind. Auch sie haben erst im kälteren Europa die glänzende reine Goldfarbe angenommen.

Witz.

Wieder lebte sie auf, die alte Oper, als am Montag die Kurfürsteneroper als ihre zweite Gabe eine Einstudierung von Charles Gounods „Philemon und Baucis“ brachte. Eine französische Textfirma hat aus dem mythologischen Stoff von dem idyllischen alten Ehepaar eine rührsame Götterliebesgeschichte gemacht: Jupiter kommt auf die Erde, verjüngt die beiden gastfreundlichen Alten, verliebt sich in Baucis, und sie will ihn erlösen, wenn er ihr erst schwört, sie wieder alt zu machen. Aber das geht dem Jupiter doch über den Spah, und er schwört beim Sturz, daß er so leicht den Schwur beim Sturz nicht wieder tue. Ein Zugl von einer Wode, die dadurch nichts von ihrer Simpelie verliert, daß man fort und fort glaubt, jetzt müsse doch Offenbach als Erlöser kommen!

Der französische Komponist des „Faust“ hat seinen Welterfolg von 1859 kaum wieder erreicht, auch nicht, als im folgenden Jahre „Philemon und Baucis“ herauskam. Jammerhöhe um die bisweilen in die vornehmsten Schönheiten gehende lyrische Musik mit ihrer bescheidenen, harmlosen, geradankrigen Bilgranarbeit und mit ihrer Theaterschönheit, die sie im dritten Akt bis auf den Arienhund herunterbringt!

Direktor Nox ist jedoch immer noch der durchaus künstlerisch ernste Mann. Fast freut es uns, daß im zweiten Akt seine Regiekunst nicht genug vom Eigennutz leiste, und daß Song und Spiel seiner Künstler besser waren. Ein prächtig profunder Wah, Reimar Poppe, und eine koloraturvollkommene von lebendigstem Spiel, Rosa Hjorth, überraschten; und wie der Wagnerfänger von neuem, Ariur Pachna (so schreibt er sich), die französische Operpartie des Vulkan best bayreuthisch gab, das war „tragisch“.

Run halt fest, Publikum — schau! und vor einem weiteren Variete.

Marx und Genosse Baron von der „Brandenburger Zeitung“ zu 700 Mark Geldstrafe verurteilt. Redakteur Prümmer von der „Allgemeinen Zeitung“ in Chemnitz wurde freigesprochen, weil das Gericht in den Ausführungen dieses Blattes keine Beleidigung finden konnte. Die Begründung der Urteile gegen die beiden sozialdemokratischen Blätter stimmt in allen wesentlichen Punkten überein und geht dahin: In dem betreffenden Artikel seien die Ausführungen des im Verhüllungsprozess amtierenden Staatsanwalts in tendenziöser Weise wiedergegeben und liehen die Absicht erkennen, Bruhn verächtlich zu machen. Dieser werde in außerordentlich schwerer Weise beleidigt. Der Artikel enthalte keine konkreten Tatsachen, sondern nur formale Beleidigungen und moralische Werturteile. Deshalb sei die Anwendung des § 186 ausgeschlossen und nur § 185 anzuwenden. Der Schutz des § 186 stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil er keine ihn nahe angehende Interessen zu vertreten gehabt habe. Die Beweisanträge seien nur für das Strafmaß zu würdigen. Einer Verweigerung über die Bruhn zur Last gelegten Handlungen habe es nach der eingehenden Beweiserhebung im Verhüllungsprozess und nach der Freisprechung Bruhns nicht bedurft. Strafmildernd sei, daß in der öffentlichen Meinung ein ungünstiges Urteil gegen Bruhn bestesse, was schon daraus hervorgehe, daß er eine Anzahl von Zeitungen verklagt habe. Strafschärfend sei, daß die Angeklagten ihre beleidigenden Äußerungen auch in der Gerichtsverhandlung noch aufrechterhalten haben.

Da das Gericht die Kritiker Bruhns nur wegen formaler Beleidigung verurteilte, die Beweiserhebung über die moralische Qualität des Klägers Bruhn aber ablehnte, so hat die öffentliche Meinung natürlich keinen Anlaß, das abfällige Urteil, welches sie sich infolge des Verhüllungsprozesses gebildet hat, auch nur im geringsten zu ändern. Auch der Kläger Bruhn hat keine Veranlassung, erhabenen Hauptes den Gerichtssaal zu verlassen.

Artistenrechte.

Nach Artisten haben ein Recht auf die von ihnen erfundenen Kunststücke. Diese rechtliche Feststellung ist anlässlich einer Klage gegen den Anhaber des Zirkus Busch in Berlin getroffen worden, in dessen Arena die Kunst eines eigenartigen Tricks in unberechtigter Weise ausgebeutet worden war. Der Anspruch der Klägerin, der französischen Artistin Dutrieu, beruht auf folgenden Begebenheiten:

Die Klägerin übte im Juni des Jahres 1908 auf einer ihr gehörigen Bahn in einem Vororte von Paris ein der Schleifenfahrt ähnliches Radkunststück ein, bei dem sie den durch die Luftfahrt erhaltenen Schwung zu einem Luftsprunge von 8 bis 9 Meter Länge ausnutzte. Nach diesem Sprung fuhr sie auf dem Rade weiter. Zu jener Zeit weilte der Geschäftsführer des beklagten Zirkus in Paris. Er hat einen Agenten Marinelle (deutsch: Karl Müllner), ihm doch ein neues Kunststück zu beschaffen. Marinelle führte den Geschäftsführer des Busch zu Madame Dutrieu, die ihm das Kunststück nach vorher erhaltener Zustimmung der Geheimhaltung zeigte. Der Geschäftsführer wollte nach einer Rücksprache mit dem Direktor Busch die D. für den Zirkus Busch engagieren. Der Direktor B. konnte sich aber zunächst nicht dazu verstehen, da er noch andere Nummern in Vorbereitung hatte. Inzwischen übte der Radkünstler R., der gerade bei Busch arbeitete, das ihm mitgeteilte Kunststück der D. ein und führte es nach Herstellung der dazu nötigen Vorarbeiten genau so aus. Die D. wurde dann vom Zirkus Schumann engagiert, wo sie 15 000 Franken für ihr Kunststück erhielt. Schumann erklärte dabei, daß er ihr gern 30 000 Franken gegeben haben würde, wenn dieser Trick nicht schon im Zirkus Busch ausgebeutet worden wäre. Die D. klagte nunmehr gegen Direktor Busch wegen unzulässiger Wettbewerbs, Verletzung ihres Patentes und wegen Verstoßes gegen die guten Sitten (§ 323 B. G. B.) auf Schadloshaltung in Höhe von 12 000 Franken.

Ihr Anspruch wurde von den Berliner Gerichten anerkannt. Das Kammergericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 8000 M. Das Kammergericht hat den Anspruch auf Grund des § 323 für gerechtfertigt gehalten. Zur Begründung seines Urteils führt das Kammergericht aus, daß der Geschäftsführer des Zirkus der Klägerin strengste Discretion zugesichert habe. Der Beklagte habe sich als Besitzer eines erstklassigen Zirkus sagen müssen, daß es der Klägerin darauf ankomme, das Kunststück bis zur Vorführung durch sie selbst geheim zu halten. Die Einkundungen des Beklagten, daß ein gewisser Jackson das selbe Kunststück auf einer freiliegenden Fahrbahn verübt habe und daß es von anderer Seite schon ähnlich vorgeführt worden sei, weist das Kammergericht mit der Begründung zurück, daß diese Kunststücke stets darin bestanden haben, daß der Fahrer nach dem Sprunge das Rad laufen ließ und festhielt in ein Netz oder in ein Bassin mit Wasser absprang. Das Kammergericht erklärt weiter, daß es seinem Urteile unterliegt, daß der Beklagte gewußt hat, daß es der Klägerin darauf ankomme, das Kunststück geheim zu halten und daß er mit der Aufführung in seinem Zirkus das ihm und seinem Geschäftsführer geschenkte Vertrauen der Klägerin mißbräuchlich verletzt hat. Darin liegt ein Verstoß gegen die guten Sitten, der auch seine Schadensersatzpflicht begründet, weil der Beklagte sich ohne weiteres sagen mußte, daß der Klägerin durch die vorzeitige Aufführung ihres Tricks ein Schaden entstehen werde.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Kammergerichts am 9. d. Mtz. bestätigt und die Revision des Beklagten zurückgewiesen.

Die Tat einer verzweifelten Mutter

hilflose von Wegenstand einer Klage wegen verführten Kindes, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte. Aus der Untersuchungsgeschichte wurde die 21jährige ledige Marie Buder vorgeführt, welche beschuldigt wurde, es versucht zu haben, ihr eigenes Kind durch Salmiakgeist zu vergiften. — Die Angeklagte ist die einzige Tochter anständiger Bauernleute. Vor einiger Zeit machte sie die Bekanntschaft eines jungen Mannes, mit dem sie ein Liebesverhältnis einging. Als sich Folgen einstellten, wurde sie von ihrem Vater aus dem Hause gewiesen. Sie stand schließlich ohne Geldmittel und ohne genügende Kleidungsstücke ganz allein in der Welt da, da ihr Liebhaber sie außerdem auch noch im Stich ließ und nach Amerika ging. Die Angeklagte kam dann nach Berlin, wo sie „gegen Hausarbeit“ bei einer Hebamme Unterkunft fand und hier Mutter eines Kindes wurde. Da ihr erzählt worden war, daß sie als Amme viel Geld verdienen könne, wandte sie sich an eine Stellenvermittlerin, die ihr gegen gepfefferte Gebühren ein Spreewälder-Kostüm ließ und ihr eine Stellung verschaffte. Ihr eigenes Kind gab sie zu fremden Leuten in Pflege, wofür sie monatlich 25 M. zahlen mußte. Ihre Hoffnung, in dieser Weise für sich und ihr Kind eine Zukunftstätte gefunden zu haben, wurde jedoch zunichte, da sie ihre Stellung verlor, weil die natürliche Nahrungsquelle infolge der erlittenen Entbehrungen versagte. Als sich ihr Vater nochmals meldete, sie wieder aufzunehmen, pochte sie die Verzweiflung. Sie beschloß, mit ihrem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Am 18. Juni dieses Jahres erschien sie bei dem Leuten, denen sie ihr Kind in Pflege gegeben hatte und schüttete hier heimlich ein geringes Quantum Salmiakgeist in die Milchflasche. Da das arme Kind schon bei dem ersten Schluck laut schrie, wurde ihre Absicht noch rechtzeitig vereitelt. Sie ließ sich wie willenlos abführen und gab ohne weiteres zu, die Absicht gehabt zu haben, ihr Kind und dann sich selbst zu töten. — Vor Gericht bezeichnete der als Sachverständiger geladene Medizinalrat Dr. Hoffmann die Tat der Angeklagten als ein Produkt einer Verzweiflung, bei der es sehr unwahrscheinlich sei, daß sie mit voller Ueberlegung ausgeführt sei. — Die Geschworenen bejahten demgemäß auch nur die Schuldfrage nach verjüngtem Todschlag unter Jubelstimmung mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Die Angeklagte wurde außerdem aus der Untersuchungshaft entlassen.

Raubanfall auf der Straße.

Der Raubanfall, der am 14. November auf dem Postamt 30 in der Neuen Winterfeldstraße auf die Dienstmagd Erna Rogosch ausgeführt wurde, beschloß gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Fräulein R. erhielt am Schalter des Postamts einen Betrag von 150 M. ausgezahlt. Als die junge Dame das Geld an sich nehmen wollte, entriß ein neben ihr stehender Mann die Scheine mit einem klugen Griff und wandte sich eiligst zur Flucht. Er wurde sofort von den im Schalterraum anwesenden Personen und mehreren Postbeamten verfolgt, und es gelang auch, seiner habhaft zu werden. Das geraubte Geld konnte dem Fräulein R. wieder eingehändigt werden. Der Verhaftete war der Former Georg Treptom. Er hatte einen Komplizen in der Person des Formers Friedrich Heidenreich, der draußen vor dem Postamt Schmiere stand und von der Wildflut verjämunden war, als sich die wilde Jagd hinter Treptom entwickelte. Heidenreich wurde auf Grund der Angaben der Schloßwartin Treptom am nächsten Tage in der Postauer Straße ermittelt. Beide behaupteten vor Gericht, durch die Not zu der verbrecherischen Tat getrieben worden zu sein. Das Schöffengericht verurteilte Treptom zu 2 Monaten, Heidenreich zu 1 Monat Gefängnis.

Aus aller Welt.

Straßenbahnkatastrophe in Oporto.

16 Personen getötet, 30 verwundet. Ein schweres Verkehrsunfall hat sich am Dienstagvormittag in der portugiesischen Hafenstadt Oporto zugetragen. Ein aus drei Wagen bestehender Zug der elektrischen Straßenbahn entgleiste auf dem Kai Massarelos, zwei mit Passagieren stark besetzte Wagen stürzten in den Duerofluß. Trotzdem die Rettung der Verunglückten sofort in Angriff genommen wurde, sind 16 Personen in den Fluten ertrunken. Bei den Rettungsarbeiten zeichnete sich ein Engländer namens Wall, unterstützt von seinem Diener, ganz besonders aus. Die Weiden haben fünfzehn Personen lebend aus den Fluten gerettet. Neben den Getöteten wurden dreißig Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Unter den Verunglückten befinden sich zahlreiche Reisende, die eben erst aus Para und Manars angekommen waren.

Das Unglück hat in der Stadt große Erregung hervorgerufen. Die Bevölkerung zeigt gegen die Straßenbahn-Gesellschaft eine drohende Haltung. Die Bureaus und Wagenschuppen müssen militärisch bewacht werden, um Ausschreitungen der Volksmengen zu verhindern. Der Unfall wird auf den schlechten Zustand des Schienenweges zurückgeführt. Ein harter

Mengen hatte in eine Kurve von keinem Durchmesser Sand angehäuft. Auch hat es dem Beamten an Reaktionsfähigkeit gefehlt, da er angesichts der Gefahr vom dem Zuge sprang und davonlief. Er ist verhaftet worden.

Riesenbrand auf Coney Island.

Von einem gewaltigen Schadenfeuer ist am Montag der auf der Insel Coney Island gelegene Vergnügungspark der New Yorker heimgegründet worden. Der Brand, der durch Kurzschluss ausgelöst sein soll, verbreitete sich sehr schnell und bald stand die Mehrzahl der teilweise nur leicht gebauten Vergnügungshäuser in Flammen. Erst in den späten Abendstunden konnte das Feuer, das nach vorläufigen Schätzungen einen Schaden von vielen Hunderttausenden Mark verursacht hat, zum Erlöschen gebracht werden. Verluste an Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Zur Nachahmung empfohlen.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, hat sich die Regierung des zu Brasilien gehörigen Staates Pernambuco auf englisch gedrückt. Die regierenden Minister haben das Regierungsgeldbeheimlich verlassen, niemand weiß, wohin sie sich gewandt haben. Es verlautet nicht darüber, daß die Einwohner über das Verschwinden besonders betrübt wäre, was auch von den Einwohnern anderer Staaten behauptet werden kann, wenn ihre Regierungen ebenso vernünftig handelten.

Kleine Notizen.

Erdbeben in Stuttgart. Am Dienstagmorgen 8 Uhr 15 Minuten wurde in Stuttgart ein heftiger Erdstoß verspürt. An verschiedenen Häusern bröckelte das Mauerwerk ab.

Ein ungetreuer Sachwalter. Wegen Unterschlagung von 280 000 Mark wurde der Rechtsanwalt Justizrat Baetke von der Strafkammer des Altonaer Landgerichts zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die unterschlagenen Gelder waren zum größten Teil für milde Stiftungen bestimmt und dem Angeklagten als Nachlassvollstrecker anvertraut worden.

Tödliches Automobilunglück. Der Wunderdoktor Johannes Spieß aus Birkensfeld (Eichsfeld) fuhr am Dienstagmorgen zum Besuch seiner Patienten im Automobil nach Sichenberg. In der Nähe des Schließes stieß er auf einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Spieß schlug mit dem Kopf gegen den Baum. Sein Tod trat sofort ein.

Explosion auf einem Kanaldampfer. Der zwischen Le-Tréport und London verkehrende Dampfer „Harby“ ging infolge einer Kesselexplosion unweit der französischen Küste unter. Ein Matrose wurde getötet, sechs wurden verwundet. Die übrige Mannschaft konnte sich retten.

Explosion auf einem englischen Schlachtschiffe. An Bord des in Portsmouth im Dock liegenden Schlachtschiffes „Orion“ ereignete sich bei der Erprobung einer Dynamomachinerie eine Explosion. Ein Offizier und fünfzehn Mann wurden verletzt.

Heftiger Kampf im Goldbergwerk. Im Goldbergwerk Ruszar in Ungarn kam es gestern zwischen den Grubenbeamten und der Gendarmerie einerseits und fünf mit Pistolen und Dynamitpatronen bewaffneten Burken andererseits zu einem heftigen Kampfe. Die Burken waren ins Bergwerk eingebrungen, um Gold zu hehlen. Schließlich gelang es, sie zu überwältigen und zu verhaften.

Klassiker-Ausgaben des Vorwärts
HEINES WERKE :: ::
SCHILLERS WERKE
 Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von Franz Mehring. 247/11*
 Preis für jedes Werk nur 4 M.
 Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 180/19*
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
 Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstentor. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Bis 24. Dezember inkl. kommen billig zum Verkauf

zirka 2500 Stück

Ulster □ **Jackett- und Rock-Anzüge** □ **Paletots**

für Herren

statt 25 28 32 36 42 48 54 60 68 75 90 M.

jetzt **21** **24** **28** **32** **36** **42** **48** **54** **60** **65** **70** M.

Vorzüglicher Sitz. Haltbare Stoffe. Gediegene Näharbeit.

Seineweber

4-5-6 Kölnischer Fischmarkt 4-5-6, gegenüber der Breiten Strasse

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 10. Dezember verstarb unser
Genosse, der Arbeiter
Paul Hirsland
Garnier-Straße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Dezember,
nachmittags 1 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
233/18

Sozialdemokrat. Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Lackierer
Paul Straube
Weichselstraße 35, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstagnachmittag 2 1/2 Uhr
von der Leichenhalle des Rixdorfer
Gemeinde-Friedhofes, Marien-
dorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Großvater und Schwiegervater,
der Drachsenkaffee
Christoph Prignitz
am Montag, den 11. Dezember,
im 54. Lebensjahre durch den
Tod von seinem schweren Leiden
erlöst wurde.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Halle des Emmaus-Kirchhofes,
in Rixdorf aus statt. 20115

Deutscher Transportarbeiter-
Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Karl Hirsland
am Sonntag, den 10. d. M., im
Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 13. Dezember, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drochsen-
führer
Ernst Grunack
am Freitag, den 8. d. Mts., im
Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 13. Dezember, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
58/20 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.
Hilfsk. Berlin.
Unseren Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Maler
Richard Raeke
(Eberstraße 31)
am 11. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
130/11 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 11. Dezember,
nach schwerem Leiden unser
lieber Sohn, Bruder und Enkel,
der Maler
Richard Raeke
im 26. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten
Familie **Karl Raeke**
nebst Großmutter.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf,
Hermannstraße, aus statt.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Janos Bolyos
Dresdener Str. 110,
im Alter von 36 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Dezember,
vormittags 11 Uhr, von der
Halle des neuen Michael-Kirch-
hofes am Mariendorfer Weg aus
statt. 94/1
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am bald vollendeten 26. Lebens-
jahre verstarb am 11. Dezember
nach langen schweren Leiden
unser Herzogtugler Tochter und
Schwester
Anna.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Einus Fischer nebst Familie,
Panfow, Schloßstr. 19.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des III. Friedhofes der Ge-
meinde Panfow (Schönholzer
Weide) aus statt. 20926

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Revolver-
brecher
Eugen Anders
am 10. d. Mts. an Lungenerkran-
kung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Philippus-Postel-
Kirchhofes, Müllerstraße, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Bauamtsführer
August Boege
am 10. Dezember an Lungener-
krankung.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 13. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Philippus-Postel-Kirch-
hofes, Müllerstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
152/19 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse d. deutschen Wagenbauer
Berlin X.
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Verwaltungs-
mitglied
Karl Wernlein
am 7. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle der Philippus-
Postelgemeinde, Müllerstr. 44/45,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
20445 Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden
entschied sich am 11. Dezember
meine liebe Frau, unsere gute
Mutter
Elisabeth Wittkowsky
Die Beerdigung findet Donners-
tag, den 14. d. M., nachmittags
2 Uhr, vom Trauerhause aus
in Westend statt.
Hermann Wittkowsky
nebst Kindern,
Kaiserin-Augusta-Allee 93.

Brandenburgischer
Maschinensetzer-Verein
V. d. D. B.
Am 10. Dezember er. verschied
nach langem, schweren Leiden
unser langjähriges Mitglied, der
Maschinensetzer-Unsalbe
Georg Kröncke
aus Berlin im Alter von
42 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 13. Dezember, um
11 Uhr, von der Leichenhalle des
städtischen Friedhofes in Fried-
richshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
67265 Der Vorstand.

Taufzusage.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die vielen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Franz Kahlert
sage ich allen Verwandten und Be-
kanten sowie dem Wahlverein des
2. Kreises, dem Genossen des 96. Be-
zirks, dem Verband der Raschhüter
und Heizer und den Kollegen der
Blockstation Charlottenburg, Wilmer-
dorfer Str. 53/54, meinen innigsten
Dank. 20126
Wwe. **Marija Kahlert geb. Hummel.**

Bekanntmachung.
1000 Mark Belohnung
erhält derjenige, welcher Täter oder
Teilnehmer des in der Nacht zum
10. November 1911 in der Kantine
des hiesigen Zentralgüterbahnhofs
an dem Kaffeekocher **Ulrich**
verübten Raubmordes zur Anzeige
bringt. 273/13
Stettin, den 1. Dezember 1911.
Der Erste Staatsanwalt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau sage ich allen Teil-
nehmern, insbesondere den Genossen und
Genossinnen des 4. Kreises, den
Kollegen der Firma Franke und dem
Genossen Kelle für seine trefflichen
Worte unseren besten Dank.
Alfred Holder, Mutter u. Geschwister.

Weihnachts-Tage

Extra-Angebote für Festgeschenke

Schlafröcke | **Morgen-Joppen**
Mollige Stoffe. | Hübsche Fassons. | Schöne Beistie.
Schönstes Weihnachts-Geschenk
40, 30, 24, 21, 18, 15, 12⁵⁰ | 27, 24, 21, 18, 15, 12, 10⁵⁰

Herren-Artikel = **Berufs-Kleidung**

Herren-Unterhemd und -Hosen, gemischt Wolle	1 50	Operations-Mäntel In klassischer Koper, vorn oder hinten knöpfbar	4 75
Strickwesten in viel. Farben u. Fassons... von	2 50	Luftschiffer - Anz. In Mojoskin, bestens erprobt	12 00
Kragen-Schoner farb. u. walg 1 50 1 25	95 Pf.	Kellner-Jacken be- liebtest. Form, sch./bewährt	4 25
Hosenträger in Gummi und Band	1 50 85 50 Pf.	Koch-, Konditor- u. Friseur- Jacken	3 00
Bunte Garnituren Servier- und Manschetten	85 Pf.	Manschester-Hosen Marke Gambrius, braun und mod.	6 75
Nachthemden m. verschied. Besätzen	2 50	Herkules-Lederhosen Allort- Verkauf, einfarbig und gestreift ...	4 50
Kragen u. neueste Formen 1/2 Dutzend	95 Pf.	Braune Mechaniker-Kittel	2 75
Manschetten in allen Weiten u. Formen. Paar 60 Pf., ... 6 Paar	3 25	Maler-Kittel starker Rob.-Nessel	2 35
Regenschirme in Tafel Gloria 2 Jahre Garantie	3 90	Manchester-Jacketts Marke Gambrius, 2reihig, warm gefüttert ..	11 90
		Schürzen u. Mützen weiß u. farbige. für jeden Beruf passend	

Baer Sohn

Kleider-Werke = Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 * **11 Brückenstraße 11**
Gc. Frankfurter Straße 20 * **Schöneberg, Hauptstr. 10**

Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Letzte Moden) kostenfrei

Leiser's

Gummischuhe

Garantie für jedes Paar.

Echte Harburger.

Damen: • • • 2,95
mit Lasche 3,50

Herren: • • • 4,75
mit Lasche 5,00

Kinder:
Gr. 29-35 2,65 Gr. 24-28 2,35

Extra Angebot:
Gummischuhe "Marke Nordpol"

Herren 3,50 Damen 2,25



Müllerstr. 3a
Rixdorf, Bergstr. 2-8
Zentrale u. Versand
Oranienstr. 34.

Togentzienstr. 20
Beipzigerstr. 65
Königsplatz 34
Oranienstr. 42a

Westmann

Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Strasse)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)

Der grosse Inventur-Verkauf

beginnt Mittwoch, d. 13. Dezember, vormittags 10 Uhr:

500 elegante Plüsch-Mäntel (von 100 bis 150) z. T. für die Hälfte der früheren Preise
33.- 40.- 48.- 56.- 77.- 88.- 105.- 121.- 18.-

400 aparte Abend-Mäntel z. T. für ein Drittel der früheren Preise
15.- 20.- 25.- 32.- 35.- 42.- 50.- 65.- 75.-

1000 Uister u. Flausch-Mäntel z. T. für die Hälfte der früheren Preise
11.- 12,50 15.- 18.- 22.- 27.- 33.- 42.- 50.-

Kostüme u. Gesellschaftskleider
15.- 18.- 22.- 27.- 33.- 50.-
früher z. T. weit über das Doppelte

Pelz-Stolas, -Garnituren, -Jacketts
um zu räumen, zu jedem irgend annehmbarem Preis

Zurückgesetzte Konfektion

nach passend für Geschenke

Plüschkonfektion ... 15.-
früher z. T. bis M. 100.-

Abendmäntel ... 18.-
früher z. T. bis 75.-

Röcke ... 5.-
früher z. T. bis 28.-

Uister ... 6.50
früher z. T. bis 30.-

Des starken Andranges wegen Besuch möglichst vorzeitig erbeten

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalem Strasse).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstrasse).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hochlegalen Luxus zu über-
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
u. u. Mariannen-Straße 2.

Malchower Kautabake
Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Charlottenburg.
Uhren und Goldwaren.
Größte Auswahl, solide Bedienung.
Friedrich Stabenow,
Berliner Str. 146.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslosenstatistik im Bauarbeiterverband.

Der Bauarbeiterverband ist von den großen Gewerkschaftsorganisationen die einzige, die bis jetzt die Einführung der Erwerbs- oder Arbeitslosenunterstützung konsequent abgelehnt hat und ablehnen möchte. Zwar an Anträgen, die auf Einführung dieses Unterstützungszweiges hinausliefen, hat es auf den Verbandstagen der früheren Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht gefehlt; aber bei der Schwierigkeit, in einem Saisongewerbe, das stärker als jedes andere von der Witterung abhängig ist, eine solche Unterstützung durchzuführen, wurden die Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung niemals ernsthaft diskutiert. Es kam hinzu, daß die baugewerblichen Organisationen mit großen und schweren Kämpfen zu rechnen hatten und noch zu rechnen haben, so daß sie ihre Gelder für Kampfszwecke und die bereits vorhandenen Unterstützungsgegenstände nur bei einer gleichzeitigen außerordentlich starken Erhöhung der Beiträge denken könnten. Eine solche ist aber bei der Abneigung, die beim weitaus größten Teil der Bauarbeiter gegen die Arbeitslosenunterstützung heute noch herrscht, vorläufig nicht durchführbar, so daß auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband in den nächsten Jahren nicht zu rechnen ist.

Immerhin ist zu erwarten, daß auch auf den nächsten Verbandstagen von einzelnen Zweigvereinen des Verbandes wieder Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung gestellt werden; ja, es ist sogar zu erwarten, daß sich die Stimmung zugunsten dieser Unterstützung mit jedem Jahre ändert, weil immer mehr Gemeinden dazu übergehen, Zuschüsse zu der von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Daher ist es notwendig, daß sich die Bauarbeiterorganisation, selbst wenn sie in absehbarer Zeit an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht denken kann, wenigstens die nötigen Unterlagen zur Beurteilung einer so wichtigen Frage schafft.

Um diese Unterlagen zu erhalten, haben die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter bereits im Jahre 1909 eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen, indem der Maurerverband an zwölf und der Bauhilfsarbeiterverband an elf Stichtagen die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder feststellten. Dabei ergab sich bei den Bauhilfsarbeitern eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 15,63 Proz., von der 10,20 Proz. auf Arbeitsmangel, 3,67 Proz. auf Krankheit und 1,76 Proz. auf schlechte Witterung entfielen. Im Maurerverband betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den sieben Sommermonaten (April bis Oktober) 5,40 Proz., wovon 3,30 Proz. auf Arbeitsmangel, 0,28 Proz. auf schlechte Witterung und 2,32 Proz. auf Krankheit entfielen. Viel höher waren die Arbeitslosenzahlen in den Monaten März, November und Dezember, die man für das Baugewerbe als Uebergangszeit bezeichnen kann. In diesen Monaten waren durchschnittlich 24,46 Proz. der gezählten Mitglieder arbeitslos, und zwar 15,43 Proz. wegen Arbeitsmangels, 5,80 Proz. wegen schlechter Witterung und 3,23 Proz. wegen Krankheit. Noch viel höher waren die Arbeitslosenzahlen in der eigentlichen stillen Zeit des Baugewerbes, nämlich in den Monaten Januar und Februar. Hier waren von den gezählten Mitgliedern durchschnittlich 62,55 Proz. arbeitslos, und zwar 32,18 Proz. wegen Arbeitsmangels, 26,19 Proz. wegen schlechter Witterung und 4,18 Proz. wegen Krankheit.

Diese Zahlen geben ein ungefähres Bild von der Arbeitslosigkeit, unter der die baugewerblichen Arbeiter zu leiden haben. Aber aus diesen Zahlen allein lassen sich doch noch keine sicheren Schlüsse ziehen; denn bei dem starken Wechsel der Konjunktur wird auch die Stärke der Arbeitslosigkeit mit jedem Jahre wechseln. Daher hat der Vorstand des deutschen Bauarbeiterverbandes für das Jahr 1912 erneut eine Arbeitslosenstatistik aufgeschrieben, die wieder an zwölf Stichtagen von allen Zweigvereinen des Verbandes aufgenommen werden soll. Der erste Zähltag ist Sonnabend, den 16. Dezember. Die Statistik wird in der Weise aufgenommen, daß die Hauskassen oder besondere, von den Zweigvereinen bestimmte Kommissare jedem Mitglied in seiner Wohnung die auf die Zählung bezüglichen Fragen vorlegen und die Antworten in eine Liste eintragen. Außer dieser allgemeinen Zählung an Stichtagen soll in einer beschränkten Anzahl von Zweigvereinen eine laufende Zählung der Arbeitslosen vorgenommen werden, um die Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit einzelner Personen und Personengruppen zu ermitteln und dadurch die allgemeine Zählung an Stichtagen wirksam zu ergänzen. — Bei der großen Wichtigkeit dieser Zählungen ist zu hoffen, daß alle Mitglieder des Bauarbeiterverbandes zur Erzielung eines vollständigen und durchaus einwandfreien Resultats beitragen, indem sie den Zählern unter allen Umständen wahrheitsgemäße Angaben machen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Damenkonfektion.

Die Besprechung über die Möglichkeit einer Verlegung des Kampfes in der Damenkonfektion hat gestern nachmittag zwischen den Vorsitzenden der drei am Streik beteiligten Organisationen und dem Kommissar v. Schulz stattgefunden. Ueber Verlauf und Ergebnis dieser Besprechung wird heute in einer gemeinsamen Versammlung der Meister und Arbeitnehmer berichtet, die auf nachmittags 4 Uhr nach der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße, einberufen ist.

Die Vertreter der arbeitswilligen Meister und ihrer gelben Organisation hatten gestern abend eine Verhandlung mit den Konfektionären. Geladen waren dazu auch die Vertreter der streikenden Meister. Ueber diese Angelegenheit wird ebenfalls in der heutigen Versammlung in der Neuen Philharmonie berichtet werden.

Daß es sich bei der Nachricht von der Aufhebung des Streiks um ein Schwindelmandat der Arbeitswilligen und ihrer Hintermänner handelte, haben wir ja schon gestern deutlich gesagt, und an dieser Tatsache haben auch die gestrige Besprechung und Verhandlung nichts geändert.

Ein neues Stück der Gelben.

Die einzigen Rechte der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, soweit sie Mitglieder der dort bestehenden Ruhegehaltskasse waren, sollten bekanntlich beschritten werden. Trotz des energischen Protestes der Mitglieder, trotz der Warnung einer stark besuchten Mitgliederversammlung und eines nach 10 Uhr Stunde von der Organisationsleitung des Transporthilfsverbandes herausgegebenen Flugblattes haben die gelben Delegierten der Direktion die Statutenverschlechterung schweigend abgelehnt. In der Protokollversammlung der Straßenbahner wurde berichtet, daß die Herren noch die Vorlage der Direktion zu beurteilen. Als dann die Delegierten sähungsgemäß zur Beratung der Verschlechterung eingeladen werden mußten, ließ der Herr Generalsekretär Rothe, der geistige Urheber der Entschädigung der Mitglieder, die Delegierten erst mürde werden. Die Versammlung derselben war zu 4 Uhr nachmittags einberufen. Um 7 Uhr abends erschien Herr Rothe, um fürderliche Ausfertigung zu halten. Von 7 bis 1/2 Uhr nachts wurden die Delegierten dann „bearbeitet“ und obwohl auch die Gelben noch in der Sitzung gegen die Statutenverschlechterung sprachen: bei der Abstimmung fielen sie alle um — sie schlochten die von der Direktion geforderten Verschlechterungen des Statuts mit Haut und Haaren.

Wie wir bereits mitteilten, ist die Direktion der Großen Berliner der Ansicht, daß die für sie nicht mehr brauchbaren Angestellten zwar dienstunfähig, aber noch zu 50, 75 oder gar 100 Proz. erwerbsfähig sein können! Deshalb soll den „Dienstunfähig-Erwerbsfähigen“ das Ruhegehalt gekürzt werden. Stellt der Vertrauensarzt der „Großen Berliner“ bei einem bis zu 19 Jahren im Betriebe tätigen Angestellten, der dienstuntauglich geworden ist, eine Erwerbsfähigkeit fest, dann wird dessen Ruhegehalt nach der neuen Satzung gekürzt:

Table with 2 columns: Percentage of earning capacity and corresponding percentage of pension reduction. 50% earning capacity leads to 20% pension reduction, 75% to 33%, 100% to 50%.

Hat sich also ein Angestellter in einer bis zu 19 Jahren wärenden Dienstzeit soweit hingearbeitet, daß er für den Dienst der „Großen Berliner“ nicht mehr tauglich ist, dann braucht der Arzt der Direktion nur zu verfügen, daß der Mann sich von einem anderen Arbeitgeber noch weiter ausbeuten lassen kann, ihm wird ohne weiteres das Ruhegehalt gekürzt. Ob so ein menschliches Brod einen anderen Arbeitgeber findet, das ist nebensächlich.

Diese eben bezeichnete Rechtslosmachung der Angestellten ging der Direktion noch nicht weit genug. Deshalb verfügte sie in einer Anzahl neuer Paragraphen folgende willkürliche Bestimmungen: Den Empfängern von Ruhegehalt kann dasselbe ganz entzogen werden, wenn ihnen vom Arzt nachgewiesen wird, daß sie wieder dienstfähig sind und sie sich weigern, die von der Direktion ihnen angebotene Stellung wieder anzunehmen, oder wenn sie sich einer vom Rassenvorstande angeordneten ärztlichen Untersuchung und Beobachtung nicht unterziehen. Die Entscheidungen des Rassenvorstandes bezüglich der Verlegung in den Ruhestand und der Höhe des zu gewährenden Ruhegehalts können von den Rassenmitgliedern nach dem neuen Statut nicht mehr beeinflußt werden. Gegen die Verfügungen des Vorstandes steht, nach dem neuen Statut, den Mitgliedern auch kein klagbares Recht zu. Nur ein sogenanntes „Schiedsgericht“ ist zur Prüfung der Vorstandentscheidungen zugelassen, dessen Besetzung der Direktion und ihren Beiliegern gänzlich überlassen ist. Den Vorsitzenden ernannt die Direktion. Dessen Stellvertreter wählt sie aus der Zahl der Beisitzer. Sie ernannt aber der Sicherheit wegen auch die 4 Beisitzer zu dem Schiedsgericht, geruht allerdings huldvoll, dieselben aus einer 12 Personen betragenden Körperchaft zu entnehmen, deren eine Hälfte von den Rassenbelegierten gewählt, die andere Hälfte von der Direktion ernannt werden. Also: die Direktion ernannt von 12 Beisitzern 6. Von diesen ernannt sie 4 zu Schiedsgerichtsbeisitzern und den stellvertretenden Vorsitzenden, sie wählt sich den ordentlichen Vorsitzenden, wie es ihr beliebt und nennt es dann ein — Schiedsgericht, welches die Rechte der Mitglieder gegen den Rassenvorstand, oder deutlicher gesagt, gegen den Willen der Direktion vertreten soll.

Das Heldenstück, solchen Bestimmungen zugestimmt zu haben, werden die Straßenbahner und namentlich deren Frauen den Gelben so bald nicht vergessen.

Die Aussperrung der Isolierer

Am Mittwoch, den 13. Dezember, von Berlin auf das ganze Reich ausgesprochen werden. So hat wenigstens der Zentralverband der Isolierfirmen beschlossen. Von der Aussperrung absehen will er nur, wenn ihm bis 11. Dezember die Mitteilung zugeht, daß der Bauarbeiterverband die über die einzelnen Firmen verhängten Sperren bis 12. Dezember aufheben will. Da der genannte Verband selbstverständlich an die Aufhebung der Sperren vor der Erledigung der bestehenden Differenzen gar nicht denkt, so wird die Aussperrung am 13. Dezember wohl eine größere Ausdehnung annehmen, wenn der Verband der Firmen die Zwecklosigkeit seines Vorgehens nicht noch rechtzeitig einsieht. Wie wir erfahren, haben eine Reihe von Firmen den bei ihnen beschäftigten Isolierern von Vorkommen erklärt, daß sie eine Aussperrung nicht mitmachen würden. Abzugewandt wird also der Umfang der Aussperrung nicht werden.

Der Kampf der Lithographen und Steindrucker.

Wie in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, fanden am 7. Dezember erneute Verhandlungen mit den Unternehmern statt die aber deshalb scheiterten, weil die Unternehmer eine Regelung der Arbeitszeit verlangten, die für einen großen Teil der Arbeitnehmer eine Verlängerung der seither üblichen Arbeitszeit bedeutet. — In dieser Angelegenheit hatte eine öffentliche Versammlung Stellung zu nehmen, die am Montag in Kellers Saal in der Kopenstrasse tagte und äußerst stark besucht war. Der Referent sah sich über die Situation des Kampfes und betonte unter einmütiger Zustimmung der Versammlung, daß jede Bedingung, welche eine Verschlechterung für die Arbeitnehmer bedeutet, unannehmbar ist. Die von den Unternehmern vorgeschlagene Formulierung der Bestimmungen über die Arbeitszeit würde für Berlin eine bedeutende Verschlechterung bedeuten und konnte deshalb nur abgelehnt werden. Die Unternehmer haben, um Uneinigkeit unter den Ausgesperrten hervorzurufen, Flugblätter und Briefe an einen Teil derselben verandt, worin ausgeführt wird, die Verlängerung der Arbeitszeit läge im Interesse beider Teile, und die Verabbarung der Arbeitszeitverlängerung sei ja eine Lohnerhöhung. In Briefen versprechen die Unternehmer denen, die sich ihnen zur Verfügung stellen und die gemeinsame Sache ihrer Kollegen vertreten, Entschädigung für die Zeit der Aussperrung, 100 M. Weihnachtsgratifikation und Lohnzulage. — Daß die Unternehmer durch solche Versprechungen Arbeitswillige zu ködern sich bemühen, zeigt deutlich, daß sie keineswegs Herren der Situation sind, sondern daß ihnen die Fortsetzung des Kampfes recht unangenehm fühlbar ist. Nur wird ja der Kampf noch über Weihnachten hinaus dauern. Wenn die Unternehmer darauf gerechnet haben, daß die Aussperrten schon jetzt den Kampf abbrechen würden, so haben sie sich gründlich verrechnet. Es ist ausgeschlossen, daß der Kampf wegen Mangel an Mitteln, wie die Unternehmer hoffen, abgebrochen werden müßte. Für die Unternehmung der Kampfschritte ist noch für längere Zeit gesorgt. Auch eine besondere Weihnachtsgeschenkunterstützung, sowie ein Neujahrsgeld wird den Ausständigen gewährt werden. Im übrigen ist die Position der Arbeitnehmer keineswegs schlecht. Die wenigen Streikbrecher, die sich den Unternehmern zur Verfügung gestellt haben, können die Ausfälle des Kampfes nicht verschlechtern. Andererseits rückt die Zeit immer näher, wo die Unternehmer genötigt sein werden, den Kampf zu beenden. Das Weihnachtsgeld ist für sie verloren. Wollen sie nicht auch noch das Neujahrsgeld und Ostergeld verlieren, was für manchen den Ruin bedeuten würde, dann werden sie den Kampf nicht mehr lange fortsetzen können. Die Ausgesperrten dagegen können und werden im Kampfe beharren, bis sie ein befriedigendes Resultat erreicht haben.

Der lebhafteste, allseitige Beifall, mit dem die Ausführungen des Referenten aufgenommen wurden, ebenso die Reaktionen der Diskussionredner gaben den besten Beweis dafür, daß der Kampfesmut und die Kampfeslust der Lithographen und Steindrucker noch ungebrochen ist, daß sie heute noch so fest und entschlossen zusammenhalten, wie vor zehn Wochen, als der Kampf begann, und daß es den Unternehmern nicht gelingen wird, eine so unerschütterliche Kampfergar zu besiegen.

Achtung, Mühlenmacher!

Die Kollegen und Kolleginnen der Mühlenfabrik von G. A. Hoffmann, Eisenaustr. 33, haben gestern abend in einer Versammlung von 112 anwesenden Personen in geheimer Abstimmung mit 106 gegen 6 Stimmen beschlossen, die Arbeit niederzulegen.

Die Firma hatte am 2. Dezember bei der Lohnzahlung ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine Bekanntmachung ausgehängt, daß die Lohnarbeit wieder in Affordarbeit umgeändert wird. Die am Freitag vorgenommene Abstimmung hatte die Annahme der Affordarbeit beschlossen. Da die Firma zugefugt hatte, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend, den Arbeitern im weitesten Maße entgegenzukommen, damit niemand durch die Affordarbeit geschädigt werden solle, sondern es ihr nur darauf ankomme, vermöge des Affordsystems für die Kalkulation eine feste Grundlage zu besitzen, so wollten die Arbeiter, daß die Zusicherungen vertraglich festgelegt werden sollten.

Als Herr Hoffmann gestern von dem Fabrikonschuh der Vertrag überreicht wurde, erklärte er in der herabwürdigendsten Weise, daß er sich überhaupt auf keinen Vertrag einlasse, das bedeute für ihn nur einen Witz. Diesen Herrenstandpunkt hatte Herr Hoffmann vor der Unterredung schon dadurch dokumentiert, daß er in familiären Arbeitsräumen folgenden Anschlag anbringen ließ:

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 13. d. M., wird in unserem Fabrikbetriebe die Affordarbeit mit Ausnahme der Zuschneider und Stepperrinnen, wieder eingeführt und zwar auf Grund der mit der Lohnkommission festgesetzten Affordhöhe.

Diese veränderte Haltung der Firma bewies den Arbeitern, daß die Affordarbeit nur dazu dienen sollte, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz willkürlich zum Nachteil der Arbeiter zu handhaben und daß sie ganz einflußlos gemacht werden sollten.

Diesem Akt abzuwehren, gebot die Selbstachtung der dort Beschäftigten.

Die Firma ist geberdet und ist jeder Bezug fernzuhalten. Deutscher Kürschnerverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck vorstehender Zeilen gebeten.

Achtung, Marmorarbeiter! Am Bau Piccadilly am Potsdamer Platz haben die Kollegen der Firma Saalburger aus Gesundheitsrücksichten die Arbeit eingestellt. Von der Bauverwaltung wurde ihnen zugemutet, in dem heißen trockenen Rohbau zu arbeiten, den die Ausstrahlungsföhren der Firma Lürz u. Co. verursachen. Jugendwelche Maßregelungen von Seiten der Firma Saalburger sind bis jetzt nicht vorgenommen, doch halten wir es für notwendig, andere Kollegen zu warnen, vor Beilegung dieser Differenz etwaige Arbeitsangebote anzunehmen. Die gesundheits-schädlichen Räume des Baues Piccadilly sind hiermit für sämtliche Steinarbeiter gesperrt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter.

Achtung, Freiseugehilfen! Für Verbandsmitglieder gesperrt Brandt, Weberstr. 13, W. n. n., Türkenstr. 25. Verband der Freiseugehilfen

Deutsches Reich.

Der Streik auf der „Carlschütte“ bei Reudburg währt fort. Trotz der schwarzen Listen, die nochmals eine Erneuerung erfahren haben, hat eine Anzahl der streikenden Arbeiter anderweitig Arbeit gefunden. Die „Carlschütte“ läßt es allerdings an der Verfolgung dieser Arbeiter nicht fehlen und versucht, sie wieder aus der Arbeit zu bringen. Viel Glück hat sie damit bis jetzt nicht gehabt. Die „Carlschütte“ versucht jetzt, durch ein Flugblatt die öffentliche Meinung irrezuführen, indem sie erklärt, das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht illusorisch machen zu wollen. Und doch dreht sich darum der Kampf, wie wir wiederholt einwandfrei dargelegt haben. Die Direktion hatte von den Arbeitern verlangt, aus dem Metallarbeiterverband auszutreten und dem gelben Werkverein beizutreten. Wer dem nicht nachkam, für den waren die Spalten der „Carlschütte“ geschlossen. Allerdings hatte sie nicht viel Glück damit. Wenn es der „Carlschütte“ ernst mit der Wahrung des Koalitionsrechtes wäre, so wäre eine Einigung leicht zu erzielen. Zugut ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Die städtischen Arbeiter in Danzig stehen seit dem Frühjahr in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine zehnprozentige Lohnaufbesserung, Einführung von Lohnskalen mit alljährlichen Steigerungen, nach weichen der Höchstlohn in fünf Jahren erreicht werden soll, Bezahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von 13 Wochen und Errichtung eines Arbeiterauschusses. Diese Forderungen wurden einer Kommission überwiesen, die die Sache jedoch sehr in die Länge zog. In keiner deutschen Großstadt sind die Arbeiter der Regiebetriebe schlechter entlohnt als in Danzig. Zweimal haben die städtischen Arbeiter eine Kommission zum Dezerementen der städtischen Betriebe geschickt und beide Male wurde ihnen versichert, daß sie bald ihre Forderungen bewilligt erhalten. Diesen Worten sind bisher keine Taten gefolgt. Jetzt ist die Geduld der Arbeiter zu Ende. Sie bitten deshalb, den Zugang von Arbeitern und Handwerkern von Danzig fernzuhalten.

Der Streik im Bremer Eisengießergewerbe ist nach fünfzshöcher Dauer mit einem guten Erfolg für die beteiligten Arbeiter beendet worden. Nach langen mühseligen Verhandlungen wurde durch die Vermittlung des Gewerbergerechts für die Monteure ein Grundlohn von 65 Pf. festgelegt. Dieser Lohn tritt am 1. November 1913 in Kraft. Wer bereits 2 1/2 Jahre in dieser Branche als Monteure tätig ist, erhält 70 Pf. Vom 1. Oktober 1912 und vom 1. Juli 1913 ab steigt der Grundlohn um je einen Pfennig. Monteure, die vor Abschluß des neuen Vertrages bereits 61 bezw. 66 Pf. oder mehr verdienen, erhalten in ihrer bisherigen Stellung sofort eine Lohnerhöhung von 5 Pf. Der Grundlohn für Hilfsmonteure beträgt 65 Pf. Dieser steigt am 1. Oktober 1912 und am 1. Juli 1913 ebenfalls um je einen Pfennig. Hilfsmonteure, die schon jetzt 65 Pf. oder mehr verdienen, erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 4 Pf. und am 1. Juli 1913 einen weiteren Pfennig. Die Monteure haben demnach eine Lohnerhöhung von 10 bis 12 Proz., die Hilfsmonteure von 12 bis 15 Proz. zu verzeichnen. Der Grundlohn für Helfer beträgt 50 Pf., er steigt am 1. Oktober 1912 und 1. Juli 1913 um je 2 Pf. Die Lohnsteigerung beträgt für Helfer 10 Proz. Die Landzulage wurde auf 3,25 bezw. 3,50 M. festgesetzt.

Ausland.

Beilegung der englischen Eisenbahnerbewegung. „Standard“ meldet, daß es in London zwischen den Vertretern der Eisenbahngesellschaften und denen des Eisenbahnersyndikats zu einem Uebereinkommen gelangt ist, in welchem den Forderungen der Eisenbahner in fast allen Punkten volle Gerechtigkeit wird. Die Gefahr eines Streiks sei dadurch für längere Zeit ausgeschlossen.

W. Wertheim

G.m.b.H.

Potsdamer Straße 10/13 Friedrichstraße 110/112 Leipziger Straße 75/76
(Passage-Kaufhaus)



In allen Abteilungen großer

Weihnachts-Verkauf zu äußerst niedrigen Preisen

Steingut

- Waschbecken dekoriert 1.10
- Wasserkügel dekoriert 35, 65 Pf.
- Satz Töpfe mit Fond, Satz von 5 Stück 90 Pf.
- Küchenservice 22 Teile 7.50, eckige Form 9.50
- Toiletteneimer dekoriert 3.75
- Waschgarnitur fünfteilig 2.50, 3.75, 4.75
- Blumenkübel aus Ton 90 Pf.

Tafelservice

- f. 6 Pers., 23 Teile, blaues Karo 8.00, Festonform, mit Goldrand 10.50

Glaswaren

- Kompottschale mit 6 Tellern . 48, 95 Pf.
- Wasserservice mit Tablett, vierteilig 95 Pf.
- Kompottiere mit Henkel 90 Pf.
- Selleriegläser Neuheit 90 Pf.
- Schreibtischgarnitur dreiteilig 90 Pf.
- Sahnenservice dreiteilig 45 Pf.
- Fruchtschale mit Fuß und 6 Tellern 1.35
- Sport-Likörgläser farbig 25 Pf. bis 1.50
- Zier-Römer farbig 2.35, 2.85
- Tablett mit 6 Wassergläsern 95 Pf.

Garnitur „Rheinland“ hervorragender Ersatz für Kristall

- Dessertteller 12 Pf.
- Kompottschalen 15 bis 70 Pf.
- Zuckerschalen mit Fuß . 28 Pf.
- Honigdosen 35 Pf.
- Käseglocken mit Teller . . 85 Pf.
- Fruchtschalen mit Fuß 1.10, 1.75

Porzellan

- Kaffeetassen mit Unterlassen 7 Pf., mit Goldrand 22 Pf.
- Kinder-Eßservice mit Weihnachtsbild, vierteilig 1.10
- Satz Töpfe dekoriert Satz von 6 Stück 95 Pf.
- Eierservice mit Tablett, achteilig 65 Pf.
- Teekannen dekoriert 35 Pf.
- Kaffeesevice für 2 Personen, fünfteilig, mit Rosendekor 1.95
- für 6 Personen, 1.90, 2.50, 3.35, 5.75

Tafelservice

- elegant dekoriert, für 12 Personen, 78 Teile 73.50

Wirtschafts-Artikel

- Kaffeemühlen mit Steinguteinlage 3.50
- Wandkaffeemühlen 1.65, 2.25
- Wirtschaftswagen mit emailliertem Zifferblatt 1.25, 1.75
- Tafelwagen . . 5 kg geeicht 8.75, 10 kg geeicht 10.25
- Fleischhackmaschinen 1.65, 2.25
- Reibmühlen fein und grob mahlend 90 Pf., 1.25
- Wäschemangeln mit Hartholzwalzen . . 16.50, 19.50
- Messerputzmaschinen mit Schmirgel 3.00, 5.25
- Brot Schneidemaschinen 4.25, mit rundem Messer 9.25
- Ofenvorsetzer fein lackiert 1.75, 2.50
- Teppichkehrmaschinen 6.75, 9.00
- Passiermaschinen mit 6 Einlagen 2.75
- Wringmaschinen 7.50, 9.00
- Plättbretter 1.65, 2.25

Metallwaren

- Kaffeesevice prima vernickelt, vierteilig 6.50, 8.50
- Teegläser mit vernickeltem Halter 40, 65 Pf.
- Brotkörbe vernickelt, mit Einlage 85 Pf., 1.45
- Eßbesteck Stahl, vernickelt Paar 30, 55 Pf.
- Eßbesteck mit echtem Ebenholz-Heft Paar 65 Pf.
- Obstmesser 25, 30, 35 Pf.
- Geflügelscheren Prima Stahl 1.50, 1.90, 2.10

Theatergläser

- französisches Fabrikat, schwarz, gute Optik 5.50, 6.50
- franz. Fabrikat, Perlmutter, Metallteile vergid. 9.00, 11.00

Klappkamera

- Plattengröße 9 x 12 cm, mit kompletter Ausrüstung 6.00

Lederwaren

- Damenhandtasche schwarz, verschiedene Lederarten, moderne Form 1.65
- Mouton, mit Kordel 2.85, Mouton, gros grain, mit Einrichtung 3.75, Autolackleder, mit Einrichtung 5.75
- Papierkörbe aus Linokrusta-Linoleum, moderne Muster 90 Pf., 1.35, 2.00, 2.65
- Kasten für Krigen, Manschetten, Taschentücher, Handschuhe und Krawatten, graues Moirémuster 90 Pf.
- Portemonnaies f. Herren u. Damen, Écrasé Saffian u. imit. Bergleige 85 Pf., 1.35; Écrasé, echt Saffian, Rindleder u. Seehund 2.50
- Herren-Rahmen-Tresors aus Saffian und Rindleder 2.75
- Zigarren- und Brieffaschen aus Saffian und Rindleder 2.85

Gefüllte Nähkästen

- Karton mit imitiertem Lederbezug, reichhaltige Einrichtung 2.10

Gefüllte Holznähkästen in allen Preislagen

Gefüllte Stickkästen

- 45, 60, 95 Pf. bis 3.75

Amateur-Alben zum Einschleiben von 96 Bildern, äußerst preiswert 1.35

Taschenlampen Tulumuster, mit Dauerkontakt, komplett . . . 1.10

Joseffi

JUNO

Beste 2 Pfg.-Cigarette

SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:

WYBERT-TABLETTEN

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

schützen Sie vor:
HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH

Zahlabend für Groß-Berlin: Heute, Mittwoch, den 13. Dezember.

Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Niederbarnim.

Weißensee.

„Auf zur Reichstagswahl“ lautete das Thema einer öffentlichen von über 500 Personen besuchten Wählerversammlung, in der Genosse Braun vom Parteivorstand referierte. Ausgehend von den Wahlen des Jahres 1907, entwarf der Referent ein getreues Spiegelbild des verflorenen Reichstages. Die gegenwärtige Zerstückelung und die ablehnende Haltung der Regierung, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, sowie das schändliche System der Einfuhrzölle, die Grenzsperr, die Liebesgaben für die Junker wurden gedehrend beleuchtet. Aber auch die geleistete Arbeit des verflorenen Reichstages auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, die famose Reichsversicherungsordnung mit ihrer geradezu elenden Witwen- und Waisenversicherung, ihrer Entziehung der Krankenlöhne usw. gaben dem Redner reichlich Gelegenheit, die wahre Natur dieser Art der Gesetzgebung zu enthüllen. Der Marokkorummel mit seinem Drum und Dran, wie Kronprinzendebüt, Fegdebrandt-Reichsminister-Zusammenstoß, bildeten den Schluß seiner trefflichen Ausführungen. Langanhaltender Beifall lobte den Redner. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, zur Reichstagswahl unermüdet für uns zu agitieren, schloß Genosse Schlemminger die Versammlung.

Heinerdorf.

Arg enttäuscht wurden bei Eröffnung des Wahlkampfes in unserem Orte die Konservativen, an deren Spitze der „Allerweltsherr“ Herr Hänel steht. In einer auf den letzten Sonnabend abend um neun Uhr abgehaltenen Wahlversammlung wurden alle national gesinnten Männer Heinerdorfs und Umgegend eingeladen. Trotzdem man es an der nötigen Reklame nicht fehlen ließ, erschienen die national gesinnten Männer in so spärlicher Anzahl, daß nachdem man über eine Stunde mit dem Beginn der Versammlung wartete, eine Frauenmehrwahl national gesinnter Zuhörer beisammen war, um sich das krause Zeug des Schriftstellers Fedor anzuhören. Der Referent schien seine Zuhörer zu kennen, denn sonst hätte er ihnen nicht alles Nummögliche über die Sozialdemokratie aufzählen können. Am 12. Januar werden die Felder auch hier ihre Quittung von den Wählern erhalten.

Wahlisdorf an der Dsbahn.

Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung tagte am Sonntag im „Heidekrug“ Genosse Käming referierte über die kommenden Reichstagswahlen, die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Redner schilderte eingehend die Entwicklung des Militarismus, Marinismus und die Kolonialpolitik; beleuchtete unsere unzulängliche Sozialgesetzgebung, die schwere Belastung der breiten Volksmassen durch indirekte Steuern und Zölle und das reaktionäre Regierungssystem. Ferner schilderte er das schädliche Treiben des schwarz-blauen Bloks im verflorenen Reichstag und forderte die Anwesenden auf, energisch für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Zum Schluß forderte Genosse Wiedemann noch auf, dem Wahlverein beizutreten und den „Vorwärts“ zu abonnieren, und alles daran zu setzen, daß der Wahltag zu einem Siegestag für die Sozialdemokratie werde.

Teltow-Bershow.

Steglitz.

In einer überfüllten öffentlichen Versammlung im Wirtshauschen sprach der Kandidat des Kreises Genosse Zubeil über den letzten Reichstag. Er erinnerte an die Wahlen 1907 und brachte die Versammlung nochmals in Erinnerung, wie die bürgerlichen Parteien zur Verschlechterung der Lebenslage der breiten Volksmassen beigetragen haben. Auch das übrige Verhalten des Reichstages und der Regierung in allen anderen Fragen unterzieht der Redner einer scharfen Kritik. Am Schluß seines Vortrages bespricht Redner das Verhalten der demokratischen Vereinigung, die es für notwendig erachtet hat, im Kreise einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Das kann aber nur dazu beitragen, die Kräfte zu zersplittern und uns in eine Stichwahl zu drängen. Es sei deshalb Aufgabe der Genossen, alles aufzubieten, damit der Kreis wie bisher als fester Bestandteil unserer Partei gilt und eine Stichwahl vermieden wird. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende Genosse Piel schloß sich mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden dem Referenten an und forderte zum Beitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ auf.

Groß-Dichterfelde.

Unter den bürgerlichen Parteien ist von einer nennenswerten Wahlbewegung noch nichts zu hören. Außer einer Versammlung der Nationalliberalen, die bereits Anfang vorigen Monats stattfand, sind solche anderer bürgerlicher Parteien bisher nicht einberufen worden.

Am Freitag sprach in einer von unseren Genossen einberufenen, gut besuchten Wählerversammlung Genosse Dr. Julius Wiese. Nachdem der Redner seiner Freude dahin Ausdruck gab, daß endlich der Reichstagswahlkampf sein langstündiges Ende gefunden, ließ er die bürgerlichen Parteien und ihre Taten Revue passieren. Er zeigte, daß den Junkern und Wölfen immer noch die schändlichste Begehr nachträgliche Wahlparole fehle. Die Ritter und Heiligen scheuten sich nicht, zu diesem Zweck das deutsche Volk innerhalb kurzer Zeit dreimal an den Rand eines Krieges zu bringen; für neue Krieger zu Lande und zu Wasser rieferten sie jeden neuen Staatspomp, während sie den armen Veteranen die längst versprochene Unterstützung ablehnten, da hierzu kein Geld vorhanden sei; im letzten Jahre hätten sich allein hundert Veteranen wegen Nahrungsmangel das Leben genommen. Weiter riefte der Referent die „Volkshörigkeit“ der Liberalen ins rechte Licht und gab einige treffende Beispiele zum besten. Darauf ging er mit den deutschen Epheubürgern scharf ins Gericht, die im letzten Jahre in der Zeit der ärgsten Kriegshege gleich einem unwilligen Rindlein hinter dem Ofen hockten, vertrauensvoll, daß ihr Geschick in den Händen des Kinderlein-Wärtlers in guter Hut sei. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seinen temperamentsvollen Vortrag.

Für den Agitationsbezirk wurde am verflorenen Sonntag eine Wählerversammlung in Groß-Beeren veranstaltet, in der Genosse Kallist ebenfalls die Werke des verflorenen Reichstages kritisch behandelte und in treffender Weise die für die Wählerschaft sich ergebende Konsequenz bei den nächsten Wahlen klarlegte.

Breskow.

Öffentliche Versammlung. Seitdem es uns gelungen ist, durch Pachtung eines Grundstücks für Versammlungen unter freiem Himmel in dieser Hochburg der konservativen Wirtschaft zu der arbeitenden Bevölkerung reden zu können, fand hier am Sonntag die dritte Versammlung statt, die von etwa 250 Personen besucht war. Genosse Bogels wies bei Eröffnung derselben darauf hin, daß diese Versammlung trotz der kalten Witterung stattfinden mußte, weil nun endlich der konservative Kandidat aus seiner Nische heraustratete, einige Versammlungen abgehalten habe und sich in diesen als

einer der reaktionärsten Menschen offenbart habe. Der konservative Kandidat Marx habe sich unter anderem in Versammlungen am 19. Novbr. und 7. Dezbr. in Breskow und Friedenau ganz offen erklärt: gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter, gegen das Reichstagswahlrecht, gegen das Frauenwahlrecht. Gegen die Herabsetzung des Wahlalters. Der reaktionäre Millionär trete auch dafür ein, daß bei der eventuellen Einführung einer Erbschaftsteuer auch die kleinsten Erbschaften besteuert werden müßten. Er will also auch der Witwe des Arbeiters den Steuerzettel ins Haus schicken. — Der Referent Genosse Robert Bahn ging in seinem einseitigen temperamentsvollen Referat auf die reaktionären Bestrebungen sowie auf das übrige überaus lange Sündenregister der bürgerlichen Scharfmacher ein und wies auf die für die arbeitende Bevölkerung entstehenden Gefahren hin, wenn solche Leute gewählt werden würden. Der reiche Beifall, der seine wirkungsreichen Ausführungen begleitete, bürgt dafür, daß die Anwesenden die dringenden Mahnungen des Referenten bei der Wahl beherzigen werden.

Schöneiche bei Rosten.

Vor 120 Versammlungsteilnehmern sprach im Lokale des Herrn Stordel am Sonntag Genosse Piel-Steglich. In seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen über die Bedeutung der Reichstagswahl ging er mit den Konservativen und Liberalen scharf ins Gericht. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. Nach einem Appell der Genossen Schwanke-Schöneberg und Domke-Jossen, den 12. Januar zu einem Siegestag für die Sozialdemokratie zu gestalten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eichwalde, Schmüdowitz, Zenthen.

Eine außerordentlich besuchte Reichstagswählerversammlung tagte am Sonntag im Prillischen Lokal in Zenthen. Auch viele Frauen waren vertreten. Genosse Kluck-Mizdorf sprach über die Aufgaben des deutschen Reichstages. Nachdem Redner die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien im Reichstag einer scharfen Kritik unterzogen und auf deren vollschädigende Steuerpolitik hingewiesen hatte, forderte er die Anwesenden zu einem einmütigen Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten Genosse Zubeil auf. Genosse Prächle ermahnte die Erschienenen noch, sich nicht durch die scheinbare Untätigkeit der bürgerlichen Parteien einlassen zu lassen, da dieselben hinter den Kulissen mit Hilfe der Landräte und Kreisblätter um so intensiver arbeiten. Nachdem noch einige Aufnahmen für den sozialdemokratischen Wahlverein gemacht, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie und den Sieg derselben am 12. Januar 1912.

Biesdorf.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Splieth über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Referent zeigte in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Referat, wie die Hurra Stimmung, die noch den Wahlen voranging, die sogenannten Patrioten beherrschte, bald einem um so größeren Kagenjammer gewichen sei. Die Nachwahlen haben gezeigt, daß die Niedergerittenen sehr fest im Sattel sitzen. Redner unterzieht dann die gesamte innere und äußere Politik der deutschen Regierung einer vernichtenden Kritik und beleuchtet das frivole Spiel der herrschenden Klasse. Während dem Volke die wichtigsten Rohstoffe verweigert werden, ist die Regierung im Bunde mit den Großkapitalisten dabei, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden meldeten sich anwesende Gegner nicht zum Wort. — Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, mit allen Kräften für die bevorstehende Wahl zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wernsdorf.

Eine gut besuchte Versammlung nahm am Sonntag im Gasthaus zum Ober-Spree-Kanal ein Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen entgegen. Nachdem der Referent in treffenden Ausführungen die Zoll- und Steuerpolitik behandelt hatte, rechneten einige Genossen mit der schäblichen Kampfweise der Gegner ab und forderten zum Beitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein auf.

Kummerdorf bei Storkow.

Vor einer recht zahlreichen Zuhörerschaft referierte Gewerkschaftssekretär Genosse Wuschel aus Berlin. Eingehend schilderte Redner, wie sich aus dem ehemaligen Kautz- und Strauchrittern der moderne Junker entwickelte, der das Raubritterhandwerk jetzt viel raffinierter betreibt und die Auspöckerung der breiteren Volksmassen jetzt noch viel gründlicher betrieben wird. An drastischen Beispielen führte der Redner den Zuhörern vor Augen, wie unerbörter Luxus auf der einen Seite und die Verelendung der ärmeren Schichten auf der anderen Seite immer stärker zutage tritt. Mit der Aufforderung, am 12. Januar für unsere Kandidaten zu stimmen, schloß Redner unter stürmischem Beifall seine Ausführungen. Nachdem Genosse Blumhe Kritik an den neuen Versicherungsgeboten geübt, gab Genosse Rigner noch einige Ausführungen über die Wahl und schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie. Sechs neue Mitglieder meldeten sich zur Aufnahme in den Storkower Wahlverein.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichshagen. Mittwoch, den 13. Dezember, III. Abteilung (östl. Hälfte): Zahlabend. Vortrag über: „Preussisches Gefängniswesen“. Referent: Genosse Richard Barth.

1/2 12 Uhr: Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypsetzer, Kino-Operateure usw.

Donnerstag, den 14. Dezember, früh 5 Uhr: Zahlabend für Druckerei-Arbeiter.

Alle vorstehenden Veranstaltungen finden statt bei Julius Reyer, Dramenstr. 103. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 250-253 und 278 findet ein gemeinsamer Zahlabend mit einem Vortrag bei Wegner, Seydelstr. 30, statt.

5. Kreis. 1. und 1a-Abteilung: Freitag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Lunaläden, Königsstr. 7: Versammlung. Vortrag des Genossen Wermuth: Stellungnahme zur Reichstagswahl. Erscheinen dringend notwendig.

Rixdorf. Wir erlauben, die Einladungen zu den heute und morgen stattfindenden Zahlabenden, die auf Grund der Reichstagswahlbezirke stattfinden, besonders zu beachten, da fast überall andere Lokale als bisher in Betracht kommen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die Reichstagswahllisten in den Zahlabenden zur Einsichtnahme ausliegen. Die Parteigenossen können also alle auf dem Zahlabend die Listen einsehen. Das soz. Wahlkomitee.

Nieder-Schönweide. Heute Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale. — 8 1/2 Uhr: Zahlabend. Der Vorstand.

Eichwalde. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Zahlabend in E. Wittes „Waldschlößchen“. Tagesordnung: 1. Die technische Arbeit zur Reichstagswahl. 2. Bezirke. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Trebbin. Sonnabend, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (W. Fromm): Wählervereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Parteiangelegenheiten. Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Volksversammlung im „Gesellschaftshaus“. Referent: Emil Eichhorn. Sonntag, den 17. Dezember: Handzettelverteilung in Trebbin und Schönweide bei Lützenwalde. Der Vorstand.

Basdorf i. d. M. (Bez. Bantow). Am Sonntag, 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, bei Sebastian-Basdorf, öffentliche Versammlung. Genosse Schlemminger-Weißensee referiert über „Das deutsche Volk und die Reichstagswahlen“. Genossen, sorgt für guten Besuch. Die Agitationskommission.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stehen die bevorstehenden Reichstagswahlen. Im weiteren wird die Neueinteilung der Bezirke bekannt gegeben. Die Einzelzahlabende fallen aus diesem Grunde aus; die Beiträge werden vor der Versammlung kassiert.

Am Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Eiseler, Friedrichstr. 99/100: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: „Auf zur Reichstagswahl!“ Referent ist der Kandidat des Kreises, Genosse Stadthagen.

Bernau. Donnerstag, den 14. d. Mts.: Zahlabend in allen Bezirken in den bekannten Lokale. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die Bezirksleitung.

Teltow. Am Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, bei Benow: Öffentliche Wählerversammlung. Genosse Zubeil spricht über „Die Reichstagswahlen“. Donnerstag, abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist erwünscht.

Berliner Nachrichten.

Keine amtlichen Wahlkarten in Berlin.

Der Berliner Kommunalfreisinn scheint seinen Stolz darin zu sehen, als Feind jedweder Neuerung gelten zu wollen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte kürzlich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, den Reichstagswählern eine Legitimationskarte zugehen zu lassen, wie dies bereits bei den Stadtverordneten- und Landtagswahlen der Fall ist. Durch diese Karte würden die Wähler an ihre Wahlrechte erinnert, ferner ersüßern sie daraus, daß sie in der Liste stünden und außerdem würde sich das Wahlgeschäft schneller und glatter ab. In der Stadtverordnetenversammlung wurde gegen die Begründung des Antrages kein Wort gesagt, der Antrag wurde aber geschäftsordnungsgemäß an einen Ausschuss verwiesen, weil er eine Geldforderung in sich schloß. Nach dem Verlauf der Plenarverhandlung konnte man hoffen, daß der Antrag ohne weiteres zur Annahme gelangen würde. Wer diese Hoffnung hatte, wird sehr enttäuscht sein, wenn er hört, daß die Mehrheit des Ausschusses beschlossen hat, die Ablehnung des Antrages bei der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen. Und welches sind die Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben? Die Wahlbeteiligung in Berlin betrage 71, 80, 90 Proz. Karten könnten da kaum noch eine bessere Beteiligung herbeiführen. Dann käme der Umzugstermin in Betracht; ein großer Prozentsatz Karten würde als unbestellbar zurückkommen. Da könnte mit den Karten Unfug getrieben werden, ja die Wahlmogelei würde geradezu gefördert. Die Zeit zur Ausfertigung der Karten sei zu kurz und endlich verursache die Ausführung des Antrages erhebliche Kosten. Der letztgenannte Grund scheint für die freisinnigen Stadtverordneten der durchschlagende zu sein, während die übrigen Einwände nur mit den Haaren herbeigezogen worden sind. Unsere Kommunalfreisinnigen sind leichter geneigt, Maßnahmen zuzustimmen, wenn sie nichts kosten, als Beschlüsse zu fassen, die mit Ausgaben verbunden sind, auch auf die Gefahr hin, hinter vielen anderen Drien einherzugehen. Echter Kommunalfreisinn!

Mit dem Verkauf der Weihnachtsbäume in den Straßen Berlins ist gestern vormittag begonnen worden. Wie in jedem Jahre, werden auch diesmal den Detailhändlern ihre Verkaufsstände angewiesen. Zuhilfenahme holen sie die Weihnachtsbäume auf dem Engrosmarkt an der General-Papestraße. Die in verschiedenen Zeitungen vor einiger Zeit gemachten Angaben über teure Weihnachtsbäume treffen nicht ganz zu. Es sind trotz der herrschenden Dürre im vergangenen Sommer solche Mengen an Edelbäumen nach Berlin gebracht worden, daß das Angebot ein ganz bedeutendes ist. Auch Doppelbäume kann man viel beobachten. In den kommenden Tagen darf nun der Berliner wieder inmitten der Stadt keine Tannenbäume passieren.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus ist bis einschließlic nächsten Sonntag täglich von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Wer es möglich machen kann, möge die Ausstellung an einem Wochentage besuchen, da Sonntags der Andrang zu stark ist. Die Väterausstellung befindet sich im Saal III, nebenauf im Saal II hat die Buchhandlung Vorwärts einen Verkauf eingerichtet. — Im Ausstellungsraum des Gewerkschaftshauses befindet sich eine Ausstellung von Wandschmuck und von Schriften zur Bekämpfung der Schundliteratur. Auch diese Ausstellung ist täglich von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Die kürzlichige Grundelgentums-Deputation beschaffte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Verkauf des der Stadt Berlin gehörenden Gasthausgrundstücks (Restaurant Jenner) in Treptow. Eine Gesellschaft beabsichtigt auf diesem Grundstück und den angrenzenden Grundstücken bis an die Parkstraße heran einen großen Ausstellungs- und Vergnügungspark zu errichten. Die Deputation beschloß, das fragliche Grundstück vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörden zu verkaufen.

Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit. Der Stuhlrechter Schröder, der im Luergebäude des Hauses Veuffelstr. 23 wohnte, hat sich gestern vormittag in Abwesenheit seiner Ehefrau aus einem Fenster zwei Stockwerke tief auf den Hof hinabgestürzt und war sofort tot. Betweggrund: Arbeitslosigkeit.

Elf Schulklassen wegen Diphtherie geschlossen. Unter den Schülern der 2. Gemeindeschule in der Joachim-Friedrichstraße in Halensee sind mehrere Fälle von Diphtherie aufgetreten, die bereits am Sonnabend zur Schließung einer Klasse geführt haben. Nachdem im Laufe des Sonntags neue Erkrankungen zu verzeichnen waren, wurden am vorgestrigen Montag weitere 10 Klassen derselben Schule bis auf weiteres geschlossen. Die Räume werden, bevor sie wieder in Benutzung genommen werden, einer gründlichen Desinfektion unterzogen werden.

Einbrecher im Potenzimmer. In der vergangenen Woche suchten Einbrecher eine Wohnung in der Fußbüßer Straße heim.

Im dem Hause Nr. 48 wohnte längere Zeit der 37 Jahre alte Fabrikarbeiter Hans Lange mit seiner Frau und einer 14jährigen Tochter. Der Mann war seit fünf Jahren augenleidend und starb vor einigen Tagen. Die Leiche wurde in der kleinen Behausung in der Wohnstube aufgebahrt. Dann begab sich Frau Lange mit ihrer Tochter nach der Wohnung ihres Schwagers in der Korförder Straße, um dort zu übernachten. Den Sarg ließ sie offen, das Gesicht des Toten verdeckte sie mit einem Tuch. Als sie am Abend des nächsten Tages zurückkehrte, fand sie ihre Wohnung geöffnet. Zu ihrem Schrecken nahm sie wahr, daß Einbrecher dagewesen waren und aus einer unverschlossenen Schublade alle ihre Gold- und Schmucksachen, die Ueberbleibsel aus besseren Tagen, gestohlen hatten. Die goldene Uhr ihres Mannes mit Kette, ihre eigene goldene Uhr, ihr Armband und eine Kette, ein Halsband und eine Brosche der Tochter, waren verschwunden. Dieser zweite Schlag hat die arme Frau, die seit Jahren durch anstrengende Arbeit für den Lebensunterhalt der Familie sorgte, auf das Krankenbett geworfen. Die Einbrecher hatten ohne Zweifel die Gelegenheit gefasst. Gesehen hat sie niemand, wohl aber hörten die Untermieter gegen 10½ Uhr vor-mittags Tritte in dem Totenzimmer. Sie wußten nicht, daß Frau Lange und ihre Tochter nicht zu Hause waren.

Die Landhauseinbrecher treiben an verschiedenen Stellen in der Umgebung Berlins wieder ihr Unwesen. Während es im vergangenen Jahre gelang, eine Bande, die im Westen „arbeitete“, in Berlin mit der Deute festzunehmen, bevor noch die Einbrüche entdeckt waren, haben jetzt „Spezialisten“ in Vergeltung bei Stolp mehr Glück gehabt. Nicht weniger als 11 Landhauseinbrecher, die im Winter in Berlin wohnten, entdeckten dort zu ihrer unangenehmen Ueber-raschung, daß sie in der vergangenen Woche unerbittlichen Besuch gehabt hatten. Die Einbrecher hatten aus den ohne Aufsicht stehenden Behausungen alles, was ihnen Mißverdienst und für ihre Zwecke brauchbar erschien, weggeschleppt und nach einer entlegenen Villa zusammengetragen. Ueberall hatten sie die Dachziegel durch-geschritten, um auf die Grundstücke zu gelangen. Von dem Sammelpfahle schafften sie die ganze Deute mit einem Fuhrwerk weg. Man ließ sie dort gewähren, weil man glaubte, daß sie im Auftrage des Eigentümers mit dem Wagen gekommen wären. In Gräbwalde wurden in der Nacht zum Sonntag sieben kleine Land-häuser erbrochen. Hier nahmen die Täter u. a. auch mehrere Kisten Wein mit. Weil sie einen großen Teil der bereits zurückgelassenen Deutestücke zurückließen, so ist anzunehmen, daß sie irgendwie ge-führt worden sind.

„Schwester Josefa“ nennt sich eine Gaunerin, die zuletzt in Rigdorf in der Wasse einer Krankenpflegerin aufgetreten ist. Ein Herr traf sie in einem Restaurant in der Friedrichstraße und nahm die vermeintliche Krankenschwester zur Pflege seiner Wirtin mit. Schon am nächsten Tage mußte die Frau nach dem Krankenhause gebracht werden. Jetzt verstand die „Pflegerin“ und nahm eine große Menge Wäsche aller Art, mit dem Zeichen M. K., und ein grünes Damenportemonnaie mit 15 M. mit. Die etwa 28 bis 27 Jahre alte Diebin, anscheinend eine Polin, führte eine Leder-tasche mit der Aufschrift „Schwester Josefa“ bei sich. Sie ist mittel-groß und unterseht, hat dunkelblondes Haar und ein frisches Ge-sicht, zeigt ein sehr lebhaftes und unvorkommenes Wesen und trug zu ihrer schwarzen Kleidung eine ebenfalls schwarze, kleine Haube und einen ebenfalls schwarzen Gummimantel.

Todesurteil eines Greises. Ein bedauerlicher Unglücksfall er-ignete sich vorgestern vormittag in der Beusselstraße. Dort bewohnt in dem zweiten Stockwerk des Duergebäudes im Hause Nr. 22 seit langen Jahren der 70 Jahre alte Invalide Gustav Schröder mit seiner ebenso alten Frau eine kleine Wohnung. Der alte Mann litt seit dem letzten Jahre an einer Gehirnerkrankung und wurde auch öfter von Krämpfen befallen. Er hatte die Gewohnheit, sich in das nach dem Hofe führende Fenster zu legen und sich über diesen hinweg mit einem Stab in den Vorderhaus zu unterhalten. So tat er es auch gestern vormittag wieder. Wädhlich fiel der alte Mann losüber aus dem Fenster auf den asphaltierten Hof. Bei dem Sturz zog er sich einen Schädelbruch zu und blieb tot liegen. Allen Anschein nach ist Schröder von einem Krampf- oder Schlaganfall befallen worden und dadurch in die Tiefe gestürzt.

Geschwindigkeitsprüfung des Siemens-Schuckert. Das Siemens-Schuckert-Luftschiff stieg gestern mittag 1.35 Uhr unter Führung von Hauptmann v. Krogh zu einer Geschwindigkeitsprüfung bei fast vollkommener Windstille auf. Am Luftschiff waren bei der letzten Fahrt alle außen befindlichen Teile, welche Luftwiderstand und dadurch Widerstand erzeugen konnten, nach Möglichkeit entfernt bezw. in die Gondel hineingegenommen worden. Hierdurch wurde bei der gestrigen Fahrt, die sich bis zum Müggelsee erstreckte, eine Eigengeschwindig-keit von 19,25 Meter in der Sekunde erreicht und alle bisher ge-bauten Luftschiffe sehr beträchtlich übertroffen. Wieviel Ge-schwindigkeitszuwachs die noch beschriebene Vergrößerung der Propellerleistung, durch die eine Vollbelastung der Motoren an-gestrebt wird, bringen wird, bleibt abzuwarten.

Der Umsatz in den 82 Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung betrug im November dieses Jahres 784 599,04 Mark gegen 445 882,24 M. im November 1910; das sind 338 716,80 Mark mehr. Im Durchschnitt kommen 9570 M. Umsatz auf die Verkaufsstelle. In den fünf Monaten dieses Geschäftsjahres er-gaben sich 3 352 490,31 M. Umsatz gegen 1 507 279,44 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also ergibt sich ein Mehr von 1 845 210,87 Mark. Die Mitgliederzahl hat 46 000 überschritten und wächst ständig; auch die Hausanteile, die 670 000 M. ergeben. In der Bäckerei steigt der Umsatz rapid, es sind im November 18 831 Brote mehr herausgegangen als im Oktober, nämlich 254 872 Stück. Der Gesamtumsatz in der Bäckerei betrug im November 132 712,25 M., in der Selterwasserfabrik 18 708 Flaschen.

Feuer in einer chemischen Fabrik. Gestern vormittag brach in der chemischen Fabrik von Carl Raspe in der Berliner Allee Nr. 112/113 zu Weiskensee Feuer aus. Der Brandherd lag in den Lagerräumen im Erdgeschosse des Fabrikgebäudes. Neben der Weiskenseer Feuerwehr rückte auch der 20. Automobilabteilung der Berliner Feuerwehr aus der Schönlanter Straße nach der Fabrik aus. In Tätigkeit trat aber nur die Ortswehr, der es gelang, die Flammen innerhalb einer halben Stunde mit drei Schlauch-leitungen zu löschen. Der Schaden ist nicht erheblich.

Ein großer Kellerbrand alarmierte gestern mittag die Feuerwehr nach der Königsberger Straße 9 im Osten Berlins. Bei Ankunft des 7. Löschzuges stand dort ein Spänekeller in erheb-licher Ausdehnung in Flammen. Es dauerte über eine Stunde, ehe die Gefahr beseitigt war. Die Wächmannschaften hatten unter einer starken Rauchentwicklung sehr zu leiden. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Lichterfelde.

„Dann muß ich Euch totschicken...“ Jogen da am her-flossenen Montag drei Arbeiter mit ihrem Handwerkzeug durch die Berliner und Herwarthstraße. Da kam ihnen ein kleiner, paus-bädiger, anscheinend den wohlhabenden Klassen angehöriger, unge-fähr vier Jahre alter Knabe, mit einem Kindergewehr ausgerüstet, entgegen. Er machte wädhlich vor den drei Arbeitern Halt und fragte sie: „Seid Ihr denn Arbeiter?“ Auf die freundliche Ant-wort: „Ja wohl, mein Sohn!“ begann sich der Kleine nicht lange und erwiderte mit ernster Miene: „Dann muß ich Euch tot-schicken!“, legte an und knollte seine Kinderfinte ab. Die Arbeiter, die sich anfangs über den Jungen amüsiert hatten, be-gannen nachdenklich zu werden und allmählich den Zusammenhang der Dinge zu erfassen. Sie fragten den Knaben, wer ihm denn gesagt habe, daß man die Arbeiter totschicken solle. Vater oder Mutter. Da antwortete er freudig: „Meine Mutter.“ Inzwischen war ein Bruder des Kleinen, ein ungefähr sieben Jahre alter Junge

mit einer Mähe, wie sie die Schüler an den höheren Lehranstalten zu tragen pflegen, herangekommen, dem sich der kleine „Schütze“ an-schloß. — Das Verhalten des kleinen Jungen läßt weitgehende Schlüsse zu über das Maß von Wohlwollen und die Absichten in manchen Kreisen der besitzenden Klasse gegenüber der Arbeiterschaft. Es scheint gerabzu ausgeschlossen, daß das Kind aus sich selbst heraus auf den Gedanken hätte kommen können, ein paar des Weges kommende Männer totschicken zu wollen aus dem einzigen Grund, weil sie eben Arbeiter seien. Diese Episode ist lehrreich hin-sichtlich der Verteilung der in manchen patriotischen Kreisen herrschenden Stimmung und moralischen Anschauung, die sie freilich nicht hindern wird, in einigen Tagen das „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ mit besonderer Inbrunst nachzubeten.

Unmittelbar der Reichstagswahl auf dem Fuße folgen die Kom-munalwahlen, mit denen sich die örtlichen reaktionären Vereine, speziell der Verband der Grundbesitzervereine, bereits beschäftigt. Von sozialdemokratischer Seite sind dazu beim Gemeindevorstand zwei Anträge eingereicht worden, auf die aber, obwohl seitdem bereits mehr als sechs Wochen verlossen sind, noch keine Antwort ein-gegangen ist. Der erste Antrag bezweckt die Teilung des großen Bezirks westlich der Wäse; diese Teilung ist auch von bürgerlicher Seite beantragt worden, bisher aber ohne jeden Erfolg. Der Grund für die Schwerkörigkeit des Gemeindevorstandes und der Gemeinde-vertretung ist darin zu suchen, daß bei einer Teilung die Arbeiter-anstalt in einem Bezirk ausfielen und die dort beschäftigten Bibl-bliothekarien — über hundert Wählerberechtigte — nicht mehr in dem Maße wie bisher gegen die sozialdemokratischen Kan-didaten losgelassen werden könnten. Obwohl aus Zweckmäßigkeits- und Billigkeitsgründen gegenüber der Wählerschaft eine Teilung dieses Kommunalwahlbezirks notwendig wäre, dürfte eine solche aus dem oben angeführten politischen Grunde aller Wahr-scheinlichkeit nach nicht erfolgen. Der zweite Antrag betrifft die Vornahme der Gemeindevahlen für die 3. Klasse an einem Sonntag. Gegen diesen Antrag könnten eigentlich nur Gründe von dümmster und fadenfadenigster Beschaffenheit vorgebracht werden. Nachdem in Berlin und in den größeren Vororten die Sonntagswahlen eingeführt sind, könnte eine Weigerung der Gemeinde-verwaltung von Groß-Lichterfelde in der Frage der Sonntagswahl nach außen hin einen sehr unangenehmen Eindruck erwecken, um so mehr, als ein erheblicher Teil der Wähler der 3. Abteilung fern-ab von der Gemeinde beschäftigt ist und nur unter großen Opfern an Zeit und Geld seiner Wahlpflicht an Wochentagen zu genügen vermag. Jedenfalls wird die hoffentlich in Kürze eintreffende Ant-wort des Gemeindevorstandes auf diese beiden Anträge die er-wünschte Klärung bringen.

Rigdorf.

Ein Besuch der vom Bildungs- und Jugendausschuß gemeinsam veranstalteten Bücherausstellung in Hoppes Festhallen (Zuh. Markt), Hermannstr. 49/50, kann der Arbeiterschaft nur dringend angeraten werden. Der Eintritt ist frei, ein Kaufzwang besteht nicht. Neben den billigen, dabei doch geschmackvollen, einfachsten, finden die Ge-schlechter unzählbare sowie prächtig ausgestattete Bilderbücher für die Kleinen, ebenso alle Arten Spiele, Märchen, Erzählungen, Romane, Reisebeschreibungen, wissenschaftliche Werke usw. liegen in so großer Anzahl aus, daß jedes Alter und jeder Geschmack berücksichtigt ist. Wir finden hier billige gute Gesie, schon von 10 Pf. an, andererseits auch die gediegensten Werke, deren Anschaffung sonst dem Arbeiter nur schwer möglich ist. Auch die Klassiker liegen in veranschö-berten Auflagen aus. Das ganze Arrangement zeugt von fleißiger Arbeit und gutem Geschmack der Veranstalter. Da auch für den nötigen Schmutz der Hände gesorgt ist, macht die Ausstellung einen äußerst anheimelnden Eindruck.

Röpenitz.

Kreiskrankenhaus in Röpenitz.

Vor Jahresfrist beschlossen die städtischen Behörden von Röpenitz, aus dem Kreise Lettow nicht auszutreten und demzufolge das An-gebot des Kreises, in Röpenitz ein Kreiskrankenhaus zu errichten, an-zunehmen. In diesem Sinne wurde dann bald darauf zwischen Kreisgesundheitsamt und der Stadt Röpenitz ein Vertragsentwurf verein-bart, der die Genehmigung der Kreisgesundheitsbehörde gefunden und in der in Kürze erfolgenden Sitzung des Lettower Kreisgesundheits-amtes zur Verabredung erhoben werden wird. Danach soll bis zum 1. Oktober 1913 in Röpenitz auf einem von der Stadt zur Ver-fügung gestellten 80 000 Quadratmeter großen Gelände in der Kiezer Forst ein Krankenhaus nach den Plänen des Stadt-baurats Ringer errichtet werden, das zunächst 120 Betten erhalten wird und einer Erweiterung auf 150 Betten fähig ist. Die Gesamt-kosten des neuen Kreiskrankenhauses sind auf 1 847 000 M. ver-anschlagt. Hiervon entfallen 1 289 000 M. auf die Baufälligkeit, 320 000 M. auf die technische Einrichtung, 35 000 M. auf gärtnerische Anlagen und 203 000 M. auf das Inventar. Als Anstaltspersonal sind vorgesehen: außer dem leitenden Arzt 3 Assistenzärzte, 1 Medizinpraktikant, 1 Oberkammerer, 22 Schwestern, 1 Oberlächin, 1 Oberwäscherin und 35 andere Dienstleute.

Kallberge-Räderdorf.

Vollständig niedergebrannt ist am Montagabend die dem Bauern-gutsbesitzer Fink dorthelbst gehörige Scheune. Auch ein Pferd sowie drei Ziegen sind bei dem Brande ums Leben gekommen. Das gegen-über liegende Pflanzgebäude war arg gefährdet; die Feuerwehren mußten hauptsächlich darauf ihr Augenmerk richten, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten, was ihnen auch glücklicher-weise gelang. Ueber die Ursache des Brandes steht Bestimmtes noch nicht fest.

Mariendorf.

Aus Anlaß des von unseren Genossen veranstalteten Eltern-abends vollzog sich am letzten Sonnabend ein eigenartiger Vorgang. Nachdem alle Vorbereitungen getroffen, die Anmeldung der Ver-anstaltung schon sechs Tage vorher vollzogen war, kam am Sonn-abend, nachmittags 4 Uhr, ein Polizeibeamter, der dem Inhaber des Lokals ein Schreiben überbrachte, in welchem die Genehmigung zur Veranstaltung verweigert wurde. Gründe waren weiter nicht an-gedeutet, dafür wurde aber die Verweigerung zu einem so späten Termin überbracht, wo auch das Amtsbureau schon geschlossen und daher ein Einspruch unmöglich war. Bekanntlich wurde am selben Tage von der Schulbehörde ebenfalls ein Elternabend veranstaltet, der aber in einem von der Arbeiterschaft streng ge-sperren Lokale stattfand. Als Äquivalent für die fern-gebliebenen Eltern und Kinder wurde deswegen von unseren Genossen eine ähnliche Veranstaltung in Szene gesetzt. Es ist dies schon bereits zum dritten Male geschehen; jedesmal war der Zuspruch ein außerordentlich starker. In der letzten Gemeindevor-ter-sitzung wurde bekanntlich der Gemeindevorsteher von unseren Genossen stark in die Enge getrieben, weil er im vorigen Jahre die Erklärung abgegeben hatte, bei den nächstjährigen Veranstaltungen dafür einzutreten zu wollen, daß dieselben auf neutralem Gebiete stattfinden sollen. In dieser letzten Sitzung nun wurde der Gemein-devorsteher sehr ausfällig und entzog bei der Zurückweisung seiner Angriffe unserem Genossen das Wort. An denselben Gemein-devorstand ist nun irtümlicherweise die Anmeldung der Veranstaltung gelangt. Dort hat dieselbe nach Anzeige des wach-schabenden Polizeibeamten im Amtsbureau bis zum letzten Sonn-abend fröhlich gelegen und ist dann erst nach dem Amt gefandt worden. Näheres konnte leider nicht ermittelt werden. Statt-gefunden hat unsere äußerst würdig verlaufene Feier aber doch noch. — Um gleichzeitig den Geist kennen zu lernen, der den Elternabend der Schulbehörde beherzigt, muß man das letzte Pro-gramm durchlesen. Die Schulbehörde sagte früher, daß auf den Elternabenden eine Annäherung und kleinere Audiproben zwischen Lehrer und Eltern stattfinden sollte, um sich so über die Art der Kindererziehung verständigen zu können. Dies wäre an sich ganz

nett. Aber das Programm sagt's anders. Mit „Lobe den Herrn“ wird die Feier eingeleitet und alle anderen Vorführungen durch die Kinder sind streng in Patriotismus und Byzantinismus gehalten; für „Heil dir im Siegerkranz“ ist auf der Rückseite des Programms der Text zum Mitsingen abgedruckt. — Es scheint eher, daß der Zweck der Elternabende in der Gemeindefschule ist, die teilnehmenden Eltern zu Patrioten zu erziehen.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevorstellung. Gegen die hier Erfaßwahlen, welche am 12. resp. 15. November d. J. stattfanden, sind Einsprüche nicht erfolgt, es wurden daher die Gewählten, darunter der Genosse Rie-le, eingeführt. Ein Antrag auf Errichtung einer öffentlichen Rechtsauskunftsstelle wurde einstimmig angenommen. Der Versuch der Kinematographentheater soll durch Polizeiverordnung geregelt werden, welche besagt, daß Kinder unter 14 Jahren auch in Be-gleitung Erwachsener öffentliche Vorstellungen nach 9 Uhr abends nicht mehr besuchen dürfen. Der Ortsteil Hirschgarten soll unter-irdische Entwässerung erhalten, da sich herausgestellt hat, daß bei größeren Regenmengen einzelne Sträßenzüge nicht genügend Ab-fluß haben. Die Kosten wurden bewilligt und sollen durch Anleihe-mittel gedeckt werden. Ein Antrag des Gemeindevorstandes schlägt vor, den Platz vor der Kirche an der Friedrichstraße mit gemauertem Kalkplaster herzustellen. Hierzu stellte Verord-neter Gledde den Antrag, den Platz an der Vorhöfelle der Friedrichstraße außerdem mit einem zwei Meter breiten Rasen-streifen zu versehen. Genosse Barth sprach sich ebenfalls für den Antrag aus, dadurch werde vielleicht die Staubplage etwas gemildert. Sollte der Versuch günstig ausfallen, könnte man später die ganze Friedrichstraße in dieser Weise anlegen. Die Ausgemein-dung der Kaulsdorfer Buchwiesen wird in einem Antrag gefordert. Die Ortsteile Kaulsdorf und Kaulsdorf haben 6000 M. geboten; die Vertretung beschloß, das Angebot zu genehmigen. Der Antrag soll dem Grunderwerbsoffizium zustehen. Eine ausgebeutete und zu-weilen sehr heftige Debatte entspann sich infolge der Beschaffung der Dresdener Hygiene-Ausstellung durch die Gemeindevorstellung. Am 15. September hatte die Vertretung in der geheimen Sitzung be-schlossen, die Ausstellung durch zehn Mitglieder der Gemeinde und den Armen- und Schularzt zu besichtigen. Kurze Zeit darauf erschien in der „Friedrichshagener Rundschau“ ein Artikel, welcher der Ver-tretung vorwarf, daß sie mit den Gemeindegeldern nicht sparsam genug umginge und daß auch kein offizieller Beschluß vorliege. In der vergangenen Sitzung war der Antrag angenommen, das Blatt wegen dieses Artikels zu verklagen. Genosse Barth hatte vor dem Schritt gewarnt, und unsere Vertreter stimmten gegen den Antrag. In dieser Sitzung empfahl nun der Bürgermeister Stiller die Zu-rückziehung der Klage, da der verantwortliche Redakteur bei ihrer Geweise sei und versichert habe, daß der Artikel ohne sein Wissen in die Zeitung gelangt sei. Außerdem habe der Redakteur selbst gegen den Verleger der Zeitung wegen dieser Sache Strafantrag gestellt. Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens wird angenommen. Unsere Genossen enthielten sich der Abstimmung. Genosse Barth stellte außerdem noch den Antrag, über die Dresdener Reise noch-mals abzustimmen, da nach seiner Meinung vielleicht ein Form-fehler vorliege. Er betonte, daß sogar die ganze Gemeindevor-terung die Ausstellung hätte besuchen müssen, um so mehr, da gerade die bürgerlichen Vertreter schwer für einen Fortschritt auf dem Gebiete der Gesundheitspflege zu haben sind und sie auf der Ausstellung sehen konnten, was wir noch alles in Friedrichshagen in dieser Hinsicht zu tun hätten. Der Bürgermeister empfahl, daß diejenigen Beordneten, welche die Reise mitgemacht haben, sich der Abstimmung enthalten mögen. Der Antrag Barth wurde darauf, bei einer Anzahl Stimmenthaltungen, mit 7 Stimmen angenommen.

Adlershof.

Der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung lag folgender Antrag der Armenkommission vor: „Aus Anlaß der jetzt herrschenden außer-ordentlichen Teuerung ist den von der Armenkommission laufend unterstützten vom 1. November ab bis zum 31. März l. J. eine Kostensubvention zu den monatlichen Unterhaltungen zu gewähren; die Subventionen werden, wie nachstehend aufgeführt, betragen: I. Altmosenempfänger: a) Einzelpersonen monatlich 2 M.; b) ver-beirateten Personen ohne Kinder 3 M., mit 2 Kindern 4 M., mit 3—6 Kindern 6 M. II. Pflegegeldempfänger: für jedes unterstützte Kind, auch wenn es sich bei fremden Leuten befindet, monatlich 1 M. Die Zahlung der Kostensubventionen hat auch an solche Arme zu erfolgen, die noch bis zum 1. März l. J. eine laufende Unterstützung bewilligt erhalten.“

Der Antrag wurde abgelehnt. Nach ihrem Statut kann die Armenkommission selbstständig Unterstützungsbüße bis zur Höhe von 30 M. bewilligen. Es wird deshalb der Armenkommission anheim-gestellt, selbstständig die einzelnen Unterstützungsbüße nach Maßgabe ihres Antrages zu erhöhen. In der nächsten öffentlichen Sitzung wurden Terrainangelegenheiten erledigt.

Gemeindevorsteher-Erfaßwahl. Durch Verzug unseres Genossen Sorlich findet noch in diesem Monat eine Erfaßwahl zur Gemeindevorstellung statt.

Die Wahl ist am 12. d. Mis. ausgeschrieben und Wahltermin auf Dienstag, den 19. Dezember angesetzt. Die Wahl findet im Lokal von Lehmgrübler in der Wisnarsstraße vis-a-vis vom Bahnhof statt.

Der Bildungsausschuß unterhält in der Zeit vom 10.—17. De-zenber eine Ausstellung musikalischer Jugendbücher, Bilderbücher, Wandplakate und Münchener Künstlerbilderbogen. Die Ausstellung findet im „Jugendheim“, Wisnarsstr. 11, statt und wird der Arbeiter-bevölkerung zur Beschäftigung dringend empfohlen. Geöffnet Werk-tags von 7—10 Uhr abends, Sonntag von 9—10 Uhr abends.

Pankow.

Todesurteil in den Fahrstuhlgeschichten. Das Opfer einer verhäng-nisvollen Türberwechslung, so berichtet jetzt eine Korrespondenz über den von uns in der gestrigen Nummer bereits erwähnten Vorfall, wurde vorgestern der 28 Jahre alte Glaser Max Wlaschke, Kaiser-Friedrichstraße 66 wohnhaft. G. hatte den Auftrag erhalten, in der Krügerischen Tomatenfabrik in der Berliner Straße 68 im dritten Stockwerk neue Scheiben einzusetzen. Vorgestern suchte er das Gebäude auf, um die schadhaften Stellen zu besichtigen. Als er im dritten Stock an die Fahrstuhltür herantrat, war er der irrigen Meinung, es handele sich um eine Zimmertür, und da G. glaubte, auch in diesem verlockenden Raum Scheiben ausbessern zu müssen, machte er die Tür auf und trat vor. Sofort stürzte der Ahnungslose in die Tiefe. Mit zerschmetterten Gliedern blieb er im Fahrstuhlgeschicht liegen. Als der Unglücksfall bald darauf ent-deckt wurde, war der junge Mensch bereits tot. Dem Unglücksfall war der Kopf und der Brustkasten vollständig zerschmettert worden. Wenn diese Meldung mit dem wirklichen Vorgang übereinstimmt, so liegt eine Fahrlässigkeit infolge vor, als die Tür zum Fahrstuhl nicht verschlossen war. Ebenfogut wie der verunglückte Glaser hätten demnach auch andere unwissende Personen verunglückt werden können.

Zu den gestern bereits veröffentlichten Auslagenstellen in den einzelnen Vororten

tragen wir heute noch folgendes nach: Adlershof. Die Bitter liegen aus im hiesigen Gemeindevorstand 2, Posadowitzstraße 1, Zimmer Nr. 3, wochentags während der Dienst-stunden von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntag, den 17. Dezember, von vormittags 8 bis 10 Uhr. Für Wahl-berechtigte, welche verhindert sind, einzusehen, übernehmen folgende Genossen die Einsichtnahme: August Wed, Wisnarsstraße 11 (Kon-sum-Verkaufsstelle), Johann Heckerstein, Wisnarsstraße 26, Richard Kaul, Wisnarsstraße 16, Rudolf Otto, Sedanstraße 20. Rowanow. Während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und am Sonntag, den 17. Dezember, von 9 bis 10½ Uhr vormittags in den Durcauräumen Bietenstraße 1, portierze rechts, zur Einsichtnahme in die Liste haben sich bereits

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 11.12., am 10.12., Differenz. Includes stations like Remel, Tüft, Bregel, Jüterburg, Weichsel, Idorn, Oder, Ratibor, etc.

*) + bedeutet Hoch, - Nied. *) Untersee. *) Eisstand. *) Oberhalb der Schwelle Eisstand. *) Eisbreiten. *) Grundbeil.

erklärt die Restauratoren: Sind, Luisenstraße; Godefr., Ede Friedrich und Wilhelmstraße; Wolfram, Deutsche Feilsäge, Wilhelmstraße 41/43; Singer, Priesterstraße 31; Gensch, Priesterstraße 69; Franz Ebel, Tuchstraße 15; Hiemle, Wallstr. 55; Otto Gebauer, Wallstraße 62; Somoll, Großbeerstraße 59; Reiner, Großbeerstraße; Schulz, am Dreierhof; Cords, „Zum alten Krug“, Kaiser-Wilhelmstraße 20; Herm. Ebel, Stahndorfer Straße 18; Ritter, Goethestraße 41; Nagel, am Plantagenplatz, sowie Weismarengeschäft R. Silbermann, Friedrichstraße 14.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn über Treppen - Fahrstuhl - wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief ist in ein Umschlag und eine Zahl als Rückzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Kluge Frauen tragen man in der Sprechstunde vor.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 13. Dezember 1911.

Anfang 3 1/2 Uhr. Berliner. Ein Possivment. Neues Schauspielhaus. Ufensbrüdel.

Anfang 4 Uhr. Westen. Max und Moritz. Neues Volkstheater. Das Zauberblödsinn.

Anfang 7 1/2 Uhr. S. Oberhaus. Der Prophet. S. Schauspielhaus. Die Nabenheimerin.

Anfang 8 Uhr. Urania. Zauberstraße 48/49. Prof. Göttsch: Ueber Vererbungsgesetze.

Anfang 8 1/2 Uhr. Neues Schauspielhaus. Hans Sommerhöfers Höllefahrt.

Anfang 9 Uhr. Neues Schauspielhaus. Das Rädel von Montmartre.

Anfang 9 1/2 Uhr. Neues Schauspielhaus. Die Verknüpfung.

Anfang 9 3/4 Uhr. Neues Schauspielhaus. Die Verknüpfung.

Schiller-Theater O. Schiller-Theater. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Wildente.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Maskerade.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Das Rädel von Montmartre.

Theater des Westens. 8 Uhr: Fatinista.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute 8 Uhr: Ein Walzer von Chopin.

Luisen-Theater. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Ausgewiesen.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anfang 4 Uhr: Das verzauberte Schloß.

Metropol-Theater. Die Nacht von Berlin!

Apollo Theater. Abends ab 8 Uhr. Ein sensationeller Erfolg der großen Attraktionen mit Harry Walden.

Königstadt-Kasino. Cafe Holzmarkt- u. Werganderstraße vom 1. bis 16. Dezember: „Familie Müller“.

Sonnabend, den 16. Dezember 1911 im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer No. 15. Enoch Arden. Dichtung von Alfred Tennyson. Musik v. Rich. Strauß.

Midgets Town. Die Hauptstadt im Lande der Liliputaner in den Gesamtträumen von Cartans Panoptikum, Friedrichstr. 105.

Weißensee. In der Weihnachtswoche: von Sonntag, den 17. an, täglich 5 Uhr: Märchen - Lichtbilder.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Prof. Coerens: Ueber Vererbungsgesetze.

Volks-Theater. Hitzdorf, Hermannstr. 20. Sonntag, 17. Dezember: Der Hund von Baderville.

Union-Theater. Heute Mittwoch nachm. 3 Uhr Gr. Weihnachts-Kinder-Vorstellung.

Eis-Arena. Von 10 Uhr an geöffnet. Nachmittags: Militär-Konzert.

Admiralspalast. Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Von 10 Uhr an geöffnet.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Mein Baby.

Zirkus Schumann. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Geschwister Weise.

Herrnfeld Theater. Noch nie dagewesener Lachertolg! Das Kind der Firma.

Passage-Theater. Das große Festprogramm. Der Triumph der Schönheit!

Passage-Panoptikum. Acht Wochen bei den Feuerfressern.

Casino-Theater. Lotzringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nobilität!

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Mandelblüths Vollerabend.

Zirkus Busch. Heute, abends 7 1/2 Uhr: Große Gala-Wohltätigkeits-Vorstellung.

Voigt-Theater. Schindlerbrunnen. Badstraße 58. Mittwoch, den 13. Dezember: Eine Jüdenfamilie.

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.

Bummel-Studenten. Anfang 9 1/2 Uhr. Entr. 50 Pf.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Germania-Prachtsale. N. Chausseestr. 110. Carl Richter. Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger.

Humor-Quartett. Gg. Trener. Kastanienallee 60.

Puma-Stiefel für Damen und Herren 10⁵⁰ M.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wittmoos, Dominik, Feinberg, Feinberg

auf Wunsch bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgenommen

Spielwaren Pfefferkuchen Baumschmuck Lichte

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlaftstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Wandblechhaus. Billigste Einfassungen zum Weihnachtsfest. Sehr günstiger Waren-Verkauf. Nischenauswahl. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Bekanntmachung. Wandblechhaus. Schauffstrasse 60. Hochlegante Festgeschenke. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Zehn Prozent Rabatt. Teppiche, Plüschteppiche, mit Karbendelern. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Entgehendes Portellotal billig zu verkaufen. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Bilder. Trotz meiner vollständig konfessionslosen Preise habe ich mich entschlossen. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Verloren wurde am Sonnabend den 9. d. M. zwischen 7-8 Uhr. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Wandblechhaus. Rüstenerplatz 7. Billigster Warenverkauf. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Teppiche! (Lehrerbücher) in allen Größen. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Erdbücher. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Chaiselongue. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Platinfabrik. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Arbeitsmarkt. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Vorwärtsleiter erhalten zum Preis von Extrarabatt. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Chne Anzählung. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Schlafstellen. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Musikinstrumente. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Unterricht. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Stellengesuche. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Schuhmacher. Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.

Wandblechhaus. Wandblechhaus. Wandblechhaus.